

Tätigkeitsbericht 2012/2013





Tätigkeitsbericht 2012/2013

2. Halbjahr 2012 / 1. Halbjahr 2013

Dieser Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin, schließt an den anlässlich der ordentlichen Mitgliederversammlung am 21. September 2012 schriftlich vorgelegten und mündlich ergänzten Tätigkeitsbericht 2011/2012 an. Er umfasst – soweit sich aus den folgenden Ausführungen nichts anderes ergibt – den Berichtszeitraum 2. Halbjahr 2012 und 1. Halbjahr 2013.



Tätigkeitsbericht 2012/2013

Vorwort

Zusammenhalt in Vielfalt **4**

vhw-Verbandspolitik

1 Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts **8**

1.1 Vom Dialog zum Konsens 13

1.2 Städtenetzwerk vor Ort: Aus den Städten 20

1.3 Bürger und Politik in der Stadtgesellschaft –
Ziemlich beste Freunde? 28

2 Eckpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklung **35**

2.1 Integrierte Stadtentwicklung:
Themen vernetzt denken 35

2.2 Integrierte Stadtentwicklung:
Mit allen Akteuren 38

2.3 Integrierte Stadtentwicklung:
Beteiligung als Emanzipationsprozess 41

2.4 Kommunikation mit den Milieus der
Stadtgesellschaft 47

3 Engagement & Kooperation **50**

3.1 Vortragstätigkeit 50

Seite

3.2 Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale
Stadt 2012“ 51

Seite

vhw-Verbandstag 2012

4 vhw-Verbandstag 2012 **58**

vhw-Fort- und Ausbildung

5 Fort- und Ausbildung **66**

5.1 Entwicklung der Fortbildungstätigkeit 67

5.2 Das Kerngeschäft im Überblick 67

5.3 Fortbildung in den Themenfeldern 70

5.4 Fortbildung und Forschung – Synergien stärken 79

5.5 Fernlehrgänge 80

5.6 Fachliteratur 81

vhw-Öffentlichkeitsarbeit

6 Öffentlichkeitsarbeit **86**

6.1 Internet 86

6.2 Forum Wohnen und Stadtentwicklung 93

6.3 Seminarmarketing 96

	Seite
6.4	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 98
6.5	vhw-Schriftenreihe Nr. 4 99

Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

7	Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation	101
7.1	Rechtliche Verhältnisse	101
7.2	Ehrenmitgliedschaften	101
7.3	Organe des Verbands	102
7.3.1	Die Mitgliederversammlung (§§ 7-9 der Satzung)	102
7.3.2	Das Kuratorium (§ 10 der Satzung)	102
7.3.3	Der Verbandsrat (§ 11 der Satzung)	105
7.3.4	Der Vorstand (§ 12 der Satzung)	107
7.3.5	Rechnungsprüfungsausschuss (§ 6 Abs. 3 der Satzung)	107
7.4	Verbandsstruktur	108
7.4.1	Bundesgeschäftsstelle/Hauptgeschäftsstelle	108
7.4.2	Geschäftsstellen	108
7.5	Mitgliederbewegung	109
7.6	vhw-Dienstleistung GmbH	110

Anhang

vhw-Jahresabschluss 2011	112
Anschriften der vhw-Geschäftsstellen	116

Zusammenhalt in Vielfalt

Die Leipzig Charta ist im Diskurs über die Zukunft unserer Städte nach wie vor das Referenzdokument. Die Unterzeichner dieser Charta sahen und sehen in dem Modell der europäischen Stadt die Plattform für die Transformation eines zentralen Anliegens europäischer Politik: die soziale und wirtschaftliche Kohäsion. Die Charta formuliert mit dem Instrument der Integrierten Stadtentwicklung ein Leitbild, das beiden städtischen Realitäten – der Stadt als wirtschaftlichem Wachstumsmotor sowie als Kristallisationspunkt sozialer Disparitäten – gerecht werden soll. Eine bipolare Ausrichtung der Stadtentwicklungspolitik, die einerseits wirtschaftliches Wachstum fördert, andererseits soziale Spannungen abzufedern versucht, erhält mit dem in der Charta formulierten Leitbild eines gesamtstädtisch eingebetteten integrierten Entwicklungsansatzes die Chance, scheinbar konträre Politikansätze zu verknüpfen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Städte ihre Funktion als wirtschaftliche Wachstumspole nur dann nachhaltig erfüllen können, wenn gleichzeitig im Sinne der Politik der sozialen Kohäsion eine soziale Balance in (und zwischen) den Städten erreicht wird. Dies unterstützt insbesondere die zweite Kernforderung der Charta nach einer besonderen Berücksichtigung der benachteiligten Stadtquartiere im gesamtstädtischen Kontext.

Dass ein Handlungsbedarf auch nach einer lokalen Kohäsionspolitik besteht, deckt sich offenbar mit dem, was die meisten Bürger in ihrem Alltag erleben. In der von Wilhelm Heitmeyer verantworteten Langzeitstudie „Deutsche Zustände“, an der sich auch der vhw beteiligt hat, wurde im zehnten Band (2011) versucht, die Wahrnehmung der Bevölkerung zum (sozialen) Zustand unserer Gesellschaft in Zahlen zu fassen: Danach beschreiben 43 Prozent der Menschen ihr Leben als ständigen Kampf, 49 Prozent glauben, dass sie ihren Lebensstandard nicht halten können, 74 Prozent sagen, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderdrif-

tet, 62 Prozent befürchten, dass es keine Mitte mehr gibt, und mehr als die Hälfte waren der Meinung, der Zusammenhalt in Deutschland sei gefährdet.

Die Ursachen für diesen Befund sind vielfältig und sollen hier nur knapp skizziert werden.

- Der Anstieg unterschiedlicher Lebensentwürfe und -stile, die sogenannte „*Individualisierung. Dabei spielen, gerade im Hinblick auf die räumliche Dimension des Zusammenhalts, veränderte räumliche Aktivitätsmuster vieler Bürger eine wichtige Rolle und tendieren zu einer Schwächung des „traditionellen Zusammenhalts“*“.¹
- Die starke Zunahme von Wanderungsbewegungen innerhalb und zwischen den Staaten mit der Folge sich rasch verändernder Zusammensetzungen der Bevölkerung in vielen Städten (diversity). Der Umgang mit kultureller und Werte-Vielfalt wird zur großen Herausforderung.
- Neue Anforderungen sind im Zuge der Globalisierung in der Arbeitswelt entstanden: Flexibilität, Mobilität usw. mit der Folge abnehmender lokaler Bindungen.
- Die materielle Abkoppelung eines erheblichen Teils gerade der urbanen Bevölkerung, die sich auf hohem Niveau stabilisiert hat.²
- Die soziale Desintegration in den Städten, verbunden mit Diskriminierungserfahrungen, mit der Herausbildung von Problemgebieten, Parallelgesellschaften und „überforderten Nachbarschaften“. Dieser Prozess hat, wie die Frage der Roma-Zuwanderung aktuell zeigt, seinen negativen Höhepunkt vermutlich noch nicht erreicht.
- Schließlich ist hier auch das Phänomen der alternierenden Gesellschaft anzusprechen, mit vielfältigen Folgen für den „Zusammenhalt im Generationenwandel“.

¹ Vgl. vhw/Sinus-Studie zur Segregation, Berlin 2008.

² Vgl. den – umstrittenen – 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2013.

Was aber hält die Gesellschaft zusammen? Und wie viel Vielfalt verträgt sie? Diese beiden sozialen Fragen haben sich in den letzten Jahren im Diskurs über die Zukunft der bundesrepublikanischen Gesellschaft herauskristallisiert. Die gegensätzlichen politischen Assoziationen (kulturelle Vielfalt als Bedrohung – kulturelle Vielfalt als Chance) beziehen sich vor allem auf das Verhältnis von Einheimischen und Eingewanderten sowie auf starke und schwache Gruppen der (Stadt-) Gesellschaft. Die Antwort auf die Frage nach „Zusammenhalt in Vielfalt“ ist letztlich davon abhängig, wie viel Gleichwertigkeit verschiedenen sozialen Gruppen zugebilligt wird und inwieweit ihre soziale, politische und ökonomische Integration gewollt ist. Es geht hierbei stets um die Frage, welche Gruppen von der dominanten Mehrheit als legitim, gleichwertig und normal oder aber als störend, ungleich, abweichend oder sogar bedrohlich wahrgenommen werden.

Sozialer Zusammenhalt ist im öffentlichen Diskurs ein schillernder Begriff, der auch in politischen Debatten weitgehend unbestimmt bleibt. Er ist keine *„Tatsache und kein erreichbares Endziel, sondern ein politisch-sozialer Prozess, getragen von sozialmoralischen, lebensweltlich-kollektiven Einstellungen und Verhaltensweisen: Vertrauen in Verfassung, Institutionen und soziale Infrastruktur, Engagement für das Gemeinwohl, politische Beteiligung und Konfliktbereitschaft nach demokratischen Spielregeln“*.³

Lässt man sich nach Durchsicht verschiedener Erklärungsansätze aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich auf die Definition ein, dass *„soziale Kohäsion ein Zustand ist, der sich auf die Interaktionen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft bezieht, die durch Einstellungen und Normen charakterisiert werden und die ihrerseits Vertrauen, ein Gefühl der Zugehörigkeit und den Willen, teilzuhaben und zu helfen sowie deren Manifestation im Verhalten*

³ Hans-Gerd Jaschke: *Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gutachten im Auftrag des BME Berlin, November 2009, Seite 7.*

beinhalten“,⁴ so erhält man einen Zugang, der die Operationalisierbarkeit des Konzepts der Kohäsion ermöglicht. Denn diese Definition umfasst die Unterscheidung von objektiver und subjektiver Kohäsion, also Strukturen und Ressourcen feststellbarer Kohäsion auf der einen und wahrgenommene Kohäsion auf der anderen Seite.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass lokale Kohäsionspolitik darauf abzielen muss, den Bürgern ein Vertrauen in die öffentlichen Institutionen zu vermitteln und ihnen eine Chance aufzuzeigen, in der lokalen Gesellschaft ihren Platz zu finden. Hier setzt die Arbeit im Städtenetzwerk des vhw an.

Der offenkundige Vertrauensverlust vieler Bürger in staatliche Institutionen war eine der Antriebsfedern für den Aufbau des Städtenetzwerks, welches über die partizipative Einbindung aller Teile der kommunalen Bürgerschaft auf die (Wieder-)Erstarkung der lokalen Demokratie unter veränderten Bedingungen zielt. Die ausdrückliche Erweiterung der Zielsetzung des Projekts auf eine „Stärkung der sozialen Kohäsion“ in den Städten stellt eine folgerichtige Bewertung des entsprechenden politischen, gesellschaftlichen und auch instrumentellen Potenzials des Ansatzes dar. Dabei ist zunächst – mit Prof. Dr. Dangschat – an den engen Zusammenhang zwischen der lokalen Kohäsionsstrategie und den Handlungsfeldern der Stadtentwicklung zu erinnern.⁵ Dieser Zusammenhang reicht von der „Produktion“ sozial-räumlicher Konstellationen durch das Wohnungswesen über die Gestaltung der Bildungs- und Sozillandschaften vor Ort bis zur Förderung einer aufwertungsrelevanten lokalen Ökonomie.

Mindestens ebenso bedeutsam für die soziale Kohäsion vor Ort ist jedoch, dass sowohl die Vorbereitung und

⁴ Andreas Zick/Beate Küpper: *„Zusammenhalt durch Ausgrenzung“*, S. 153 ff (158) in: W. Heitmeyer: *Deutsche Zustände, Band 10.*

⁵ Vgl. Jens Dangschat: *Social Cohesion – eine Herausforderung für das Wohnungswesen und die Stadtentwicklung?*, in: *FWS, Heft 1-2011, S. 3-8.*



Vorwort

Gestaltung der Beteiligungsverfahren selbst als auch die dort erzielten Ergebnisse im Rahmen der Städtenetzarbeit unmittelbare oder mittelbare positive Effekte erzeugen.⁶ Diese entstehen in mehreren Phasen des Beteiligungsprozesses und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Kernaufgabe des Projekts innerhalb des Prozesses ist die Inklusion möglichst aller Teile der Stadtgesellschaft und die Herstellung von Teilhabegerechtigkeit. Diese wird gefördert, indem neue kommunikative Zugänge auch zu bislang sozial und/oder partizipativ abseits stehenden Teilen der Stadtgesellschaft (prekäre Milieus, Migrantengruppen, aber auch jüngere distanzierte Bewohner) entwickelt werden.
- Des Weiteren werden möglichst alle relevanten Anliegen und Perspektiven zum anstehenden Thema in den Prozess eingespeist, eben auch solche, die bislang unberücksichtigt geblieben sind.
- Das Verfahren selbst wird auf der Basis des themen-nahen Austauschs von Argumenten durchgeführt, wobei „Fairness“ und das „Sich einlassen“ wichtige Mittel sind, nicht zuletzt auch seitens der Lokalpolitik und -verwaltung (Deliberation).
- Dadurch entsteht sukzessive eine gemeinsame Kommunikationsbasis. Man spricht miteinander, lernt die Anliegen anderer Bürgergruppen, Akteure und der Lokalpolitik kennen und bringt sich ein. Ein solches Vorgehen „produziert“ also wichtige Grundlagen für einen neuen sozialen Zusammenhalt über Kulturen, Wertunterschiede oder Lebenslagen hinweg.
- Sukzessive kann daraus Vertrauen erwachsen, nicht zuletzt auch zur Lokalpolitik, die den Bürger und seine Anliegen im Rahmen solcher Verfahren „ernst“ nimmt und so Distanz und Abwendung abbaut.

⁶ Vgl. auch Kurt Möller: *Kohäsion? Integration? Inklusion? Formen und Sphären gesellschaftlicher Einbindung*, APuZ 13-14/2013, S. 50: *Es handelt sich somit um „gesellschaftliche Sozialintegration“, die „primär über abstrakt-funktionale kommunikative Leistungen wie Interessendurchsetzung und des Interessenausgleichs aufgebaut“ (wird), „dazu gehören Bereitschaften und Fähigkeiten zu Diskussion, Argumentation, Kompromissfindung oder Konfliktregulation“.*

- Schließlich sind es auch die inhaltlichen Ergebnisse der Verfahren – und der nachfolgende Umgang mit ihnen seitens der Kommunen – die zur Vertrauensbildung und zum Zusammenhalt beitragen.

Es gibt zweifellos auch andere Hebel zur Förderung der sozialen Kohäsion als das im Städtenetzwerk praktizierte inkludierend-deliberative Beteiligungsverfahren.

Die in der Bertelsmann-Studie „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet“ (2013) identifizierten Bedingungen Wohlstand, ausgeglichene Einkommensverteilung und technologischer Fortschritt überlagern im Zweifel die Wirkmöglichkeiten lokaler Ansätze. Allerdings rechtfertigt der Beitrag, den funktionierende demokratische Strukturen zu sozialer Kohäsion leisten können, das Engagement des Verbands auf diesem Handlungsfeld.

Der vhw wird daher in Fortführung seiner bisherigen Arbeit zum einen das heutige Verständnis von „sozialer Kohäsion“ bei den Bürgern differenziert ermitteln, wobei die Einbeziehung der Lebensstilforschung eine wichtige Rolle spielt. Über sie können (milieu-)spezifische Potenziale und Zugänge erschlossen und zielgerichtet in den Prozess einbezogen werden. Zum anderen sollen parallel die Anforderungen an lokale Kommunikationslandschaften zur Förderung der Beteiligungsbereitschaft und Teilhabegerechtigkeit zielorientiert erschlossen werden. Für all jene, für die Stadtentwicklung mit dem Bürger, das Wiedergewinnen von Vertrauen und letztlich die breite Koproduktion von Gemeinwohl unerlässliche Kernziele einer lokalen Kohäsionspolitik sind, will der Verband mit seiner Arbeit eine Hilfestellung geben.



Dr. Peter Kurz
Verbandsratsvorsitzender



Peter Rohland
Vorstand



1 Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtetzwerk-Projekts

Der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt ist in weiten Teilen Europas in eine ernste Krise geraten. Die Ursachen und Symptome sind vielfältig und reichen von einer breiten Individualisierung und Entsolidarisierung über den schwierigen Umgang mit wachsender Vielfalt (diversity management) bis zur Vertiefung der sozialen Spaltung in vielen Staaten. Besonders betroffen sind die größeren Städte, in denen sich ungeachtet aller Anstrengungen diese negativen Entwicklungen bündeln und sich ihre Symptome am deutlichsten zeigen.¹ Die Krisenerscheinungen der Kohäsion gehen einher mit einem Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und Mechanismen. Teile der Stadtgesellschaften sind im sozialen wie im politischen Sinn abgekoppelt.

Doch die soziale Kohäsion ist nicht nur schwächer geworden, vielmehr haben sich auch ihre Koordinaten verändert. Insofern bedarf es zu ihrer Revitalisierung einer entsprechend angepassten Rahmung und neuer Impulse, die den veränderten Bedingungen auf allen Ebenen Rechnung tragen. Herkömmliche Antworten reichen nicht mehr aus.

Das Städtetzwerk des vhw will und kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung und Neujustierung des Zusammenhalts auf lokaler Ebene leisten. Durch das Öffnen von Kommunikationskanälen, die Einbeziehung der abseits Stehenden in Partizipationsprozesse (Inklusion) und das Aufgreifen bislang unberücksichtigter

¹ Vgl. dazu für die europaweite Perspektive jüngst: EU-Kommission (Hrsg.): *Die regionale und urbane Dimension der Krise*. 8. Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Brüssel, Juni 2013. Zum „Zustand“ der Städte in Europa, vgl. *2nd State of European Cities Report*. RWI u. a., Research Project for the European Commission, DG Regional Policy, Nov. 2010.

Bürgeranliegen – in Summe also die Erzeugung von Teilhabegerechtigkeit – wird die Grundlage für eine neue Vertrauensbildung innerhalb der Bürgerschaft und zwischen Bürgern und Lokalpolitik sowie sonstigen Akteuren geschaffen.²

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und seine Erosion

Begriff, Substanzzuschreibung und Erfordernisse von „gesellschaftlichem Zusammenhalt in der Demokratie“ werden sehr unterschiedlich akzentuiert.³ Es handelt sich ebenso um eine analytische Kategorie wie um ein normatives Leitbild. Im Kern geht es um die Qualität des Zusammenlebens in der Gesellschaft.⁴

Der dauerhafte Bestand freiheitlich verfasster Gesellschaften hänge stark von der „Existenz sozialmoralischer Ressourcen“ ab, von der „Sorge der Bürger um das Gemeinwohl, ihrem Gemeinsinn und ihrer Bürgertugend“, die sich im freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement bzw. im „Sozialkapital einer vitalen Zivilgesellschaft manifestieren und reproduzieren“. Wenn diese Ressourcen abnehmen, so bedeute dies einen Verlust des sozialen Zusammenhalts, der, falls nicht gegensteuert wird, das „Auseinanderbrechen“ der Gesellschaft herbeiführen könne.⁵

Vor allem seit den späten 1990er Jahren verdichten sich jene Entwicklungen, welche für die negative Dynamik des Zusammenhalts bestimmend sind. Unter den Bür-

² Bharadwa betont das Erfordernis eines „organischen Wachstums von Zusammenhalt“ durch die Identifizierung und Artikulation gemeinsamer Anliegen zwischen unterschiedlichen Gruppen. Meena Bharadwa: *Go organic for a healthy cohesion crop*, S. 82-89, in: Nick Johnson (Ed.): *Citizenship, cohesion and solidarity*. The Smith Institute 2008.

³ Für den politischen Zugang, vgl. die entsprechenden Teile der Wahlprogramme der großen Parteien zur Bundestagswahl 2013.

⁴ Kurt Möller: *Kohäsion? Integration? Inklusion? Formen und Sphären gesellschaftlicher Einbindung*, APuZ, 13-14, 2013, S.44-51 (44)

⁵ Vgl. Herfried Münkler/Felix Wassermann: *Was hält eine Gesellschaft zusammen? Sozialmoralische Ressourcen der Demokratie*, S. 3-22 (3), in BMI (Hrsg.): *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts*. Berlin, Nov. 2008.

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

gern machten sich in der Folge Verunsicherung und Orientierungslosigkeit breit; mehr als 70 Prozent zeigten sich schon 2005 überzeugt, dass die Gesellschaft immer weiter auseinander treibe⁶, 2011 waren es sogar 74 Prozent der Befragten.

Die Ursachen und Dimensionen dieses Prozesses sind vielfältig und betreffen alle Ebenen des politischen und sozialen Handelns.

Keineswegs waren alle diese Entwicklungen sofort als abträglich für den Zusammenhalt auszumachen; viele haben ihre Separationskraft erst im Zusammenspiel mit anderen Faktoren entfaltet.

Lokale Kohäsionspolitik in Europa

Diagnostiziert wurde der erodierende Zusammenhalt in etlichen Ländern und vielen Städten Europas. Maßnahmen, um der Erosion entgegenzuwirken, wurden sowohl von den verschiedenen europäischen Institutionen wie auch von den Einzelstaaten verfolgt. So hat die EU, für die die Kohäsionspolitik bereits seit Maastricht 1991 eine maßgebliche Rolle spielt, entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht, so etwa die Forschungsplattform „Städte und soziale Kohäsion“. Der Europarat verabschiedete im Juli 2010 eine „neue Strategie und Aktionsplan des Europarats für soziale Kohäsion“, in der u. a. die Entwicklung „einer breiten Palette partizipativer Instrumente auf allen Ebenen“ gefordert wird.⁷

In den Niederlanden, wo mehrere Mordanschläge auf Politiker und Künstler das offene gesellschaftliche Klima belasteten⁸, wurde eine lokale Politik der „sozialen Mischung“ als Weg zu mehr Kohäsion propagiert. Viele

Beobachter sprachen jedoch bald von einem unzulänglichen Lösungsansatz.⁹

Auch in Großbritannien wurde vor dem Hintergrund von schweren sozial-ethnischen Auseinandersetzungen in vielen Städten eine Strategie zum Aufbau lokalen Zusammenhalts unter den Bedingungen der sozialen, ethnischen und religiösen Vielfalt konzipiert. Diese „community cohesion“-Konzepte sind in vielen Städten und Regionen in konkrete Maßnahmen überführt worden, die das soziale Zusammenleben in allen Facetten, vom Bildungsbereich über die öffentliche Sicherheit bis zum Sport, fördern sollen. Das zuständige Ministerium (Department for Communities and Local Government) und wissenschaftliche Einrichtungen (Institute of Community Cohesion) begleiten und bewerten den Prozess.¹⁰ Besondere Betonung findet weiterhin der „verhaltensbezogene“ Fokus der lokalen Kohäsionspolitik.¹¹

Ungeachtet der umfangreichen Aktivitäten werden die Ergebnisse für den lokalen Zusammenhalt durchaus unterschiedlich bewertet. Zu den wichtigen Folgerungen gehört u. a., dass für das (lokale) Zusammenleben zwischen Bewohnern unterschiedlicher kultureller Herkunft der „multikulturelle“ Ansatz durch einen „interkulturellen“ Zugang ersetzt werden müsse, um tragfähige Kohäsionsbrücken zu bauen.¹²

Auf weitere Ansätze zur lokalen Kohäsionspolitik, wie zum Beispiel in Finnland oder der Schweiz, kann an dieser Stelle nur hingewiesen werden. Meist steht auch dort der Umgang mit der (neuen) Vielfalt der Stadtgesellschaften im Vordergrund.

Der Gesamtbefund zur Wirksamkeit der bisherigen Ansätze in Europa fällt eher ernüchternd aus, insbesondere hinsicht-

6 vgl. Gero Neugebauer: *Politische Milieus in Deutschland*. FES, Bonn 2007, S.28f.

7 Ministerkomitee des Europarats, 7. Juli 2010, *Die neue Strategie und Aktionsplan des Europarats für soziale Kohäsion*, S.4 (B-17).

8 vgl. Hans Schmeets/Saskia te Riele: *A decline of social cohesion in the Netherlands? Participation and trust, 1997-2010*. Paper zur Internat. Conference on Social Cohesion and Development, Paris 20.1.2010.

9 Vgl. Robert van Kempen: *Social Cohesion, Social Mix, and Urban Policies in the Netherlands*. Paper for the Housing Studies Spring Conference, York, 2-4.4.2008.

10 Vgl. *Institute for Community Cohesion: Cohesion, Integration and Openness: From Multi to Inter Culturalism*. Februar 2012.

11 Darauf wies Güntner, a.a.O., S.388, schon 2009 hin.

12 Vgl. *Institute for Community Cohesion: Cohesion, Integration and Openness: From Multi to Inter Culturalism*. Februar 2012.

lich räumlicher Lösungen: „Many policy programmes tackle spatial unevenness in order to build more cohesive communities. These policies have some impact, but their effect on reducing inequalities at city level is limited“.¹³ („Viele der Politikprogramme verstehen die Aufgabe, mehr Kohäsion in den Städten herzustellen, indem räumliche Unterschiede angegangen werden. Diese Politik hat einigen Einfluss, ist aber in ihrer Wirkung, Ungleichheit für die gesamte Stadt zu reduzieren, eher begrenzt“. – d.R.)

Kohäsion „greifbar“ machen

Den hier nur angerissenen Bemühungen in vielen Staaten und Städten, der Erosion der lokalen Kohäsion aktiv entgegenzuwirken, fehlte allerdings oft eine ausreichende Erkenntnisbasis für die Wirkungszusammenhänge der relevanten Faktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder des Zustandekommens von „Exklusion“. Dazu heißt es im Agendabericht der erwähnten EU-Plattform zum Untersuchungsstand bei der sozialen Kohäsion:

(...) *The concept of social and spatial exclusion, as a state and as a process, is still lacking a precise definition able to account for and systematize its multidimensional nature; further investigation is thus needed on the conceptual and methodological clarification of the concept and the measurement of the related mechanisms and processes said to produce social exclusion. Clear social exclusion indicators at the micro-level are lacking, and work carried out in this direction remains far from adequate and sensitive to different scales of analysis. Some indicators are too broad, or not sufficiently accurate, to define the different types of dynamics that have led to exclusion (...)*.¹⁴ („Noch immer fehlt dem Konzept der sozialen und der räumlichen Exklusion, sowohl als Zustand wie als Prozess, eine präzise Definition, die seinem multidimensionalen Charakter Rechnung

¹³ So Tim Cassiers, Christian Kesteloot: *Socio-spatial Inequalities and Social Cohesion in European Cities*. *Urban Studies*, July 2012, S.1909.

¹⁴ Vgl. *Social platform on Cities and Social Cohesion: European Agenda for Research on Cities and Social Cohesion*. 2011, S.28.

trägt und ihn systematisiert. Daher ist weitere Forschung für die konzeptionelle und methodologische Erschließung des Konzepts sowie für die Messung jener Mechanismen und Prozesse nötig, von denen behauptet wird, dass sie soziale Exklusion erzeugen. Eindeutige Indikatoren für die soziale Exklusion auf dem Mikro-Level fehlen und die in diese Richtung betriebene Arbeit ist noch weit entfernt von angemessenen und einfühlsamen analytischen Mustern. Einige Indikatoren sind zu breit angelegt oder nicht ausreichend genau, um die unterschiedlichen Arten von Dynamik zu bestimmen, die zur Exklusion führen...“ – d.R.)

Aus den angesprochenen Defiziten lassen sich mehrere Erfordernisse ableiten. So gilt es vor allem, dimensionsintegrierende Ansätze zu entwickeln. Dabei sind die Aspekte der individuellen oder lebensweltlich-kollektiven Einstellungen und Zugänge zum sozialen Zusammenhalt ebenso zu berücksichtigen, wie die Wirkung sozial-räumlicher Strukturen und Dynamiken auf die lokale Kohäsion. Erst wenn diese Dimensionen aussagekräftig erschlossen sind, können (bisherige) kommunale Maßnahmen zur Förderung des Zusammenhalts auf den Prüfstand gestellt und vor allem neue Zugänge zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts – wie sie das Städtenetz über die inkludierende Partizipation verfolgt – auf ihren konkreten Beitrag hin bewertet werden. Bereits an dieser Stelle ist somit sichtbar, dass nur integrierte lokale Ansätze zielführend sein können, wie es im Einklang mit der Leipzig Charta von 2007 für die meisten Aspekte der Stadtentwicklung gilt.

Die Erschließung der verschiedenen Dimensionen des sozialen Zusammenhalts ist in den letzten Jahren vorangetrieben worden. Bereits 2005 hat der Europarat einen methodologischen Leitfaden vorgelegt, in dem wichtige Kohäsionsindikatoren aufgeführt sind; der metaphorische „Baum der Sozialen Kohäsion“ führt die Dimensionen des Zusammenhalts zusammen.¹⁵

¹⁵ Vgl. CoE (ed): *Concerted development of social cohesion indicators. A methodological guide*. Strassburg 2005, S. 43; Güntner, S. 380.

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

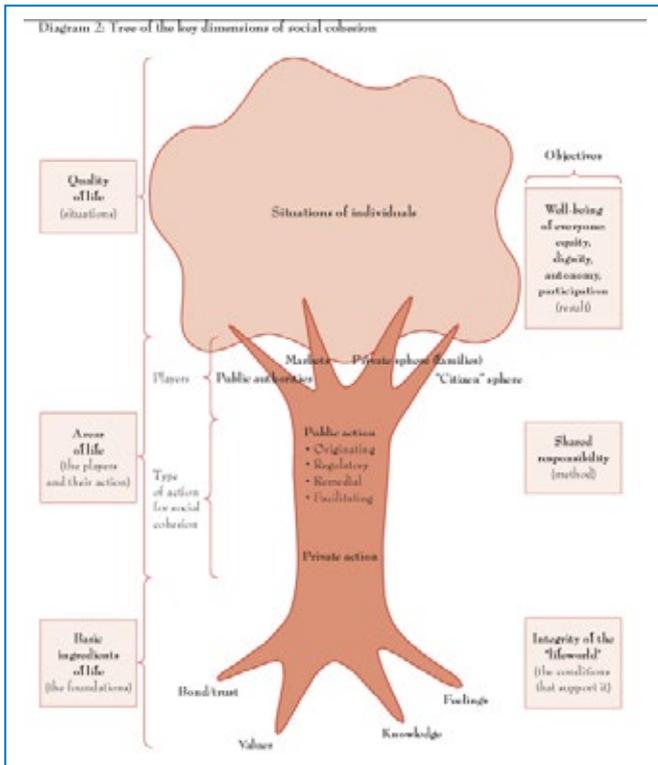


Abb.1: „Baum der Sozialen Kohäsion“ nach Europarat 2005

In der Folge sind viele empirische Einzelstudien vorgelegt worden; exemplarisch sei hier nur auf den Zusammenhang von Quartiers- und Individualebene für die nachbarschaftliche Kohäsion verwiesen.¹⁶ Unter Hinweis auf das Fehlen einer einheitlichen Definition und einheitlicher Indikatoren für die Ermittlung von Umfang und Ausprägung des gesellschaftlichen Zusammenhalts legte die Bertelsmann-Stiftung 2012 und 2013 zwei Studien vor, um diese gravierende Lücke füllen zu helfen. Während die erste der beiden Studien sich auf das Herausarbeiten relevanter Dimensionen und, darauf aufbauend, auf die Messung des aktuellen gesellschaft-

¹⁶ Vgl. Barbara Müller: *Soziale Kohäsion in der Nachbarschaft. Eine empirische Analyse von Einflussfaktoren auf Quartier- und Individualebene.* Universität Zürich, Dezember 2008.

lichen Zusammenhalts in Deutschland konzentrierte¹⁷, versuchte sich die Folgestudie an einem internationalen Kohäsionsvergleich, in den neben den EU-Staaten auch die übrigen westlichen OECD-Länder einbezogen wurden.¹⁸ Nach Ansicht der Autoren ist eine „kohäsive Gesellschaft (...) gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung“.¹⁹ Auch diese Studie geht von der Individualebene aus und versucht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den drei vorher genannten Bereichen mit insgesamt neun Dimensionen zu ermitteln.

Aus den Einzelwerten wurde ein Gesamtindex gebildet, auf dessen Basis Deutschland den 14. Rang unter insgesamt 34 Ländern belegte; ausschlaggebend war ein relativ ungünstiger Umfragewert für die „Identifikation mit dem Gemeinwesen“.²⁰

Die Bertelsmann-Studien können als Ausgangspunkt für eine verbesserte Erfassung der aktuellen Situation und ihrer Entwicklung dienen und dabei helfen, entsprechende Zugangsschwerpunkte für eine besonders erfolgversprechende Kohäsionspolitik zu identifizieren. Fortbestehende Defizite sind jedoch darin zu sehen, dass spezifische Gegebenheiten des Zusammenlebens in den Städten ebenso wenig Eingang finden wie Einstellungen zum (nah-)räumlichen Zusammenleben und Zusammenhalt. Positiv, und für die lokale Ebene besonders brauchbar, sind dagegen die Einbeziehung der „Akzeptanz von Diversität“ oder das „Vertrauen in Institutionen“ zu bewerten, wo Deutschland ebenfalls nur einen Rang im vorderen Mittelfeld belegt.

¹⁷ Vgl. D. Schiefer et al: *Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick.* Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 2012.

¹⁸ Vgl. G. Dragolov et al: *Radare gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich.* Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2013.

¹⁹ Ebd., S.13.

²⁰ Ebd., S. 31, Gesamtübersicht der Ergebnisse.

Das Städtenetzwerk-Projekt: Aufgaben und Ausblick

Der offenkundige Vertrauensverlust vieler Bürger in staatliche Institutionen war eine der Antriebsfedern für den Aufbau des Städtenetzwerks. In seiner Arbeit lässt sich das Städtenetzwerk davon leiten, dass neue Wege der partizipativen Einbindung der Stadtgesellschaft in den (stadtentwicklungs-)politischen Diskurs einen zentralen Beitrag zur städtischen Kohäsionspolitik leisten können. In diesen Prozess ist auf die Inklusion möglichst aller Teile der Stadtge-

sellschaft ebenso hinzuwirken wie auf ein Verfahren, das einen Diskurs auf Augenhöhe ermöglicht.

Bei diesen nachfolgend noch eingehend dargelegten inkludierenden deliberativen Beteiligungsverfahren dürfen ihre Grenzen für eine Förderung der lokalen Kohäsion allerdings nicht übersehen werden, ebenso wie die zu ihrer Umsetzung erforderlichen Vorleistungen.

Der vhw wird zu diesem Zweck weitere Forschungsvorhaben auf den Weg bringen. Zum einen soll das heutige Verständnis von „sozialer Kohäsion“ bei den Bürgern differenziert ermittelt werden, wobei die Einbeziehung

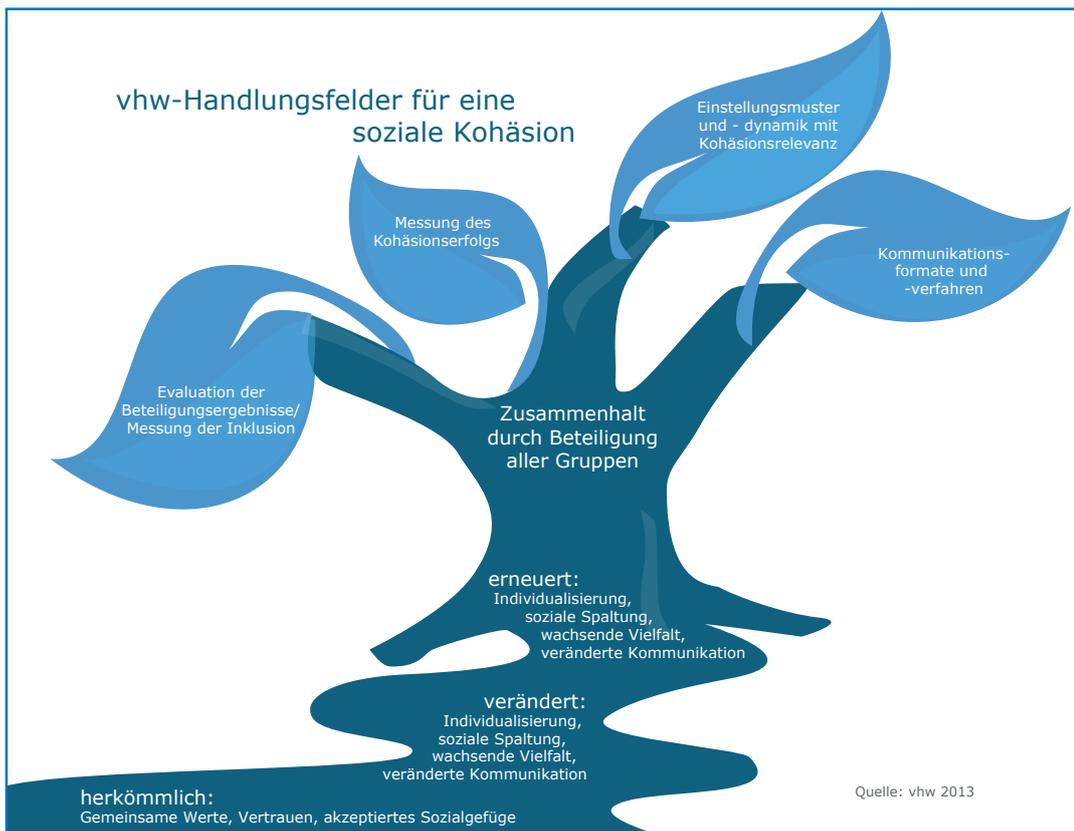


Abb.2: Der Beitrag von inkludierenden Beteiligungsverfahren im Städtenetz für eine – neu justierte – soziale Kohäsion
Grafik: vhw

der Milieuforschung eine wichtige Rolle spielt. Über sie können (milieu-)spezifische Potenziale und Zugänge erschlossen und zielgerichtet in den Prozess einbezogen werden.

Zum anderen sollen parallel auch die Anforderungen an lokale Kommunikationslandschaften zur Förderung der Beteiligungsbereitschaft und Teilhabegerechtigkeit zielorientiert erschlossen werden.

Ohne Partizipation und Teilhabegerechtigkeit wird sich ein Neuaufbau des gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht herbeiführen lassen. Die Hürden sind hoch, aber der Weg ist eindeutig vorgezeichnet.

1.1 Vom Dialog zum Konsens

Nachdem im Sommer 2012 die Phase der wissenschaftlichen Einbettung der Dialoge im Städtenetzwerk zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnte, steht nunmehr deren Umsetzung „vor Ort“ an oberster Stelle der Prioritäten. Im Zentrum der Bestrebungen steht dabei die Beförderung einer neuen politischen Dialogkultur zur Stärkung der lokalen Demokratie. Besonders wichtig ist hierbei das Ideal der Inklusion, auch verstanden als ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Kohäsion in der Gesellschaft. Inklusion bedeutet in erster Linie, dass alle stadtgesellschaftlichen Gruppen und Milieus bei der demokratischen Willensbildung und bei politischen Entscheidungsprozessen einbezogen sein sollten. Konzeptioneller Kern des Dialogs ist wiederum die Deliberation, d.h. die qualitativ hochwertige Diskussion unter Bürgern, die sich gegenseitig als frei und gleich anerkennen und ausschließlich „dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ folgen. Über die Verwirklichung dieser beiden Ideale, der Inklusion und der Deliberation, soll die Legitimation der demokratischen Entscheidungsprozesse und politischen Entscheidungen nachhaltig verbessert werden.

Im Dialog gelten die Regeln der Deliberation, wonach alle Akteure gleichberechtigt sind und allein das „bes-

sere“ Argument zum Konsens (nicht zum Kompromiss) führt. Der neutralen Moderation kommt die anspruchsvolle Aufgabe zu, die Gespräche nicht nur fair und qualitativ hochwertig im deliberativen Sinne zu gestalten, sondern auch spezifische Kommunikationsweisen der Milieus anzuwenden. Nach Bedarf können Experten sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung zu auftretenden Fachfragen in den ansonsten möglichst ungestörten Dialog einbezogen werden.

Die Teilnehmer beraten in möglichst zufällig zusammengesetzten Kleingruppen über die Dialogthemen. Sie verfassen schließlich eine Beschlussempfehlung zur Vorlage bei den parlamentarischen Gremien der Stadt. Dort wird die Empfehlung beraten, einer Abwägung und Entscheidung unterzogen und ausführlich öffentlich begründet.

Für alle Verfahren obligatorisch ist in den Dialogen die trisektoral zusammengesetzte Screening-Gruppe, die im Auftrag der parlamentarischen Gremien für die Ausgestaltung, Begleitung und Auswertung der Dialoge sowie für einen offenen und transparenten Umgang mit der Themensetzung zuständig zeichnet.

Nach Analyse und Festlegung der einzubeziehenden Akteure kann es sich als sinnvoll erweisen, (Telefon-) Interviews mit zufällig ausgewählten Bürgern oder Institutionen zu führen, die einen Einblick in deren Einstellungen, Befindlichkeiten und Bedarfe geben. In den Gesprächen stehen die Menschen im Fokus, ihre persönliche Sicht – auch unabhängig von der städtischen Agenda. Die Ergebnisse der Interviews werden in die Screening-Gruppe rückgespiegelt, bei der Konkretisierung der Themen einbezogen und ggf. den Materialien zum Dialog zugefügt.

Auch können auf Empfehlung der Screening-Gruppe Milieugruppengespräche mit zentralen, aber vielleicht wenig artikulationsstarken Akteuren durchgeführt werden. Hierbei können die Instrumente der Milieukommunikation zum Einsatz kommen, indem auszuwählende Formate und Kommunikationsweisen auf

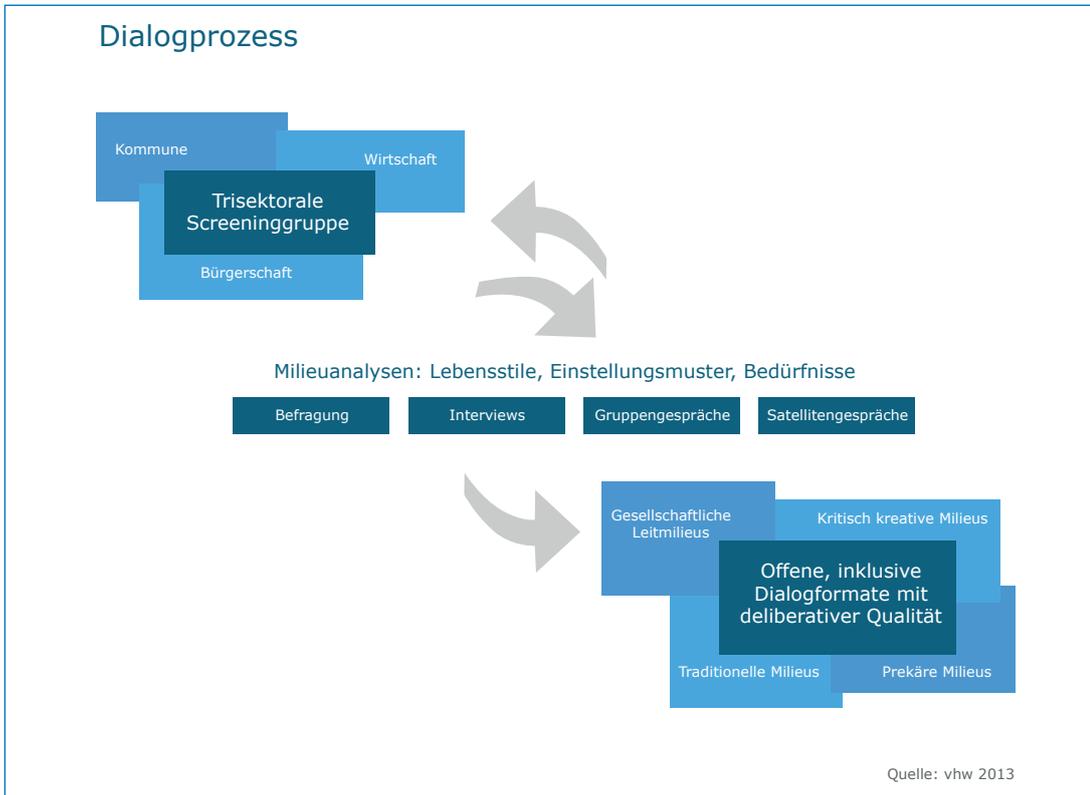


Abb.3: Die wichtigsten Bausteine des Dialogkonzepts
Grafik: vhw

die jeweiligen Akteure abgestimmt werden (vgl. *vhw-Kommunikationshandbuch 2013*). Damit sollen schwer erreichbare Akteure einbezogen werden, mit dem Ziel, Legitimationsdefizite abzubauen, die durch fehlende Repräsentativität und Inklusion begründet sind.

Zum Dialog selbst werden alle Interessierten der Stadtgesellschaft eingeladen. Für die Verbesserung der Inklusion wird besonderer Wert auf eine zielgenaue Ansprache gelegt. Dies betrifft vor allem die differenzierte Formulierung von Anschreiben und Einladungen, die auf unterschiedliche Einstellungen, Kommunikationsweisen und Interessen zielen. Auch

können milieudifferenzierte Veranstaltungsformate einer verbesserten Inklusion dienen, genauso wie die Bereitstellung von Flyern, Plakaten, Broschüren oder Postern, die auf Zielgruppen orientiert aufbereitet werden können.

Die Evaluation

Die anspruchsvollen Zielsetzungen im Städtenetzwerk verlangen von vornherein eine begleitende Qualitätskontrolle. Dazu wurde externe Expertise in Person von Prof. Dr. Gary S. Schaal und Dr. Claudia Ritzki; beide Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, eingebunden. Sie

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

erarbeiteten ein Konzept zur prozessbegleitenden Evaluation der Dialoge, das im Frühsommer 2012 vorgelegt wurde. Die Evaluation basiert demnach im Kern auf der schriftlichen Befragung von Verantwortlichen und Teilnehmern der Dialoge, die Auswertung erfolgt mit Methoden der qualitativen bzw. quantitativen Sozialforschung. Die Dialoge werden zudem in ihren zentralen Bausteinen einer Analyse der argumentativen Qualität anhand von Videoaufzeichnungen unterzogen.

Die Evaluation besteht aus dialogorientierten und prozessbezogenen Perspektiven und fragt nach Verwirklichung von Deliberationsidealen, Einstellungswandel der Akteure und Akzeptanz der Dialoge sowie nach resultierenden Empfehlungen. Sie geht der Frage nach, ob die Dialoge Inklusion, Partizipation und Fairness gefördert haben.

Zur Evaluation sind vor allem vier theoretisch fundierte Kriterien von Bedeutung: Inklusion / Efficacy / Epistemische Qualität und Erwartungen / Prozedurale Qualität (vgl. auch *Tätigkeitsbericht 2011/2012, Seite 36*).

Anhand dieses Evaluationskonzepts wurde in Kooperation mit Prof. Dr. Schaal und Dr. Ritzi und unter Begleitung einschlägiger Experten und verbandspolitischer Gremien des vhw in Folge anhand eines Schalenmodells (Abb.4) das konkrete Instrumentarium der Evaluation erarbeitet:

In den Satellitengesprächen, die vor allem der Erschließung der Dialogthemen aus der spezifischen Sicht bestimmter Gruppen dienen, wird in

Inklusion:	Epistemische Qualität und Erwartungen:
<p>Dieses Kriterium befasst sich mit der Frage, inwieweit die Einbeziehung von Bürgern aller Milieus, möglichst proportional zum jeweiligen Bevölkerungsanteil (im Sinne von Repräsentativität), in die Dialoge gelingt. Inklusion umfasst aber nicht nur die physische Teilnahme, sondern auch die gleichberechtigte Teilnahme an der Kommunikation. Unabhängig von Status und Milieu sollen alle Teilnehmer im Dialog ihre Einstellungen, Meinungen und Interessen artikulieren können, wobei es vor allem den Mittelschichtenbias einzugrenzen gilt.</p>	<p>Weiter gilt es, die „epistemische Qualität“ des Dialogs zu prüfen. Die Beteiligten des Dialogs und der Organisationsgruppe sollten sich idealerweise als Gleiche unter Gleichen anerkennen, sollten fair und sachorientiert argumentieren, damit der „zwanglose Zwang“ (Habermas) des besseren Arguments zum Tragen kommt, und sie sollten alle ausgewogenen Informationen erhalten, die für einen fundierten Dialog relevant sind. Ein solcher Dialog weckt die Erwartung einer erfolgreichen Legitimationssteigerung politischer Entscheidungen durch eine Konsensorientierung bei den Teilnehmern, eine Gemeinwohlorientierung bei den – fundiert begründeten – Ergebnissen.</p>
Efficacy:	Prozedurale Qualität:
<p>Dieses Kriterium umfasst zwei Dimensionen: Die „internal efficacy“ steht für die Selbsteinschätzung der Bürger, politisch kompetent zu sein. „External efficacy“ misst die Einschätzung, inwiefern die Rahmenbedingungen den Bürgern erlauben, sich effektiv in den politischen Prozess einzubringen. Für „internal“ und „external efficacy“ gilt, dass mit ihrem Ansteigen auch ein Anstieg der Teilnahmebereitschaft verbunden ist. Wenn es gelingt, die „internal“ und „external efficacy“ zu erhöhen, kann von einer Stärkung der Bürger gesprochen werden.</p>	<p>Der Erfolg eines Dialogs hängt zudem von Faktoren ab, die durch die Gestaltung des deliberativen Prozesses beeinflusst werden und der Sicherstellung formaler Gleichheit dienen. Dazu zählen gleiche Rederechte und Redezeiten, wobei diese Faktoren ggf. relational, unter Berücksichtigung der Milieuunterschiede zu handhaben sind, oder das „one person – one vote“-Prinzip bei Abstimmungen. Zu ermitteln ist auch die Bewertung des Dialogprozesses und seines Wirkens auf die kommunalpolitische Entscheidungsfindung. Die prozedurale Qualität ist daher auch von Vertretern der Kommunalpolitik und Administration zu bewerten.</p>

kleinen, fachkundig moderierten Runden über deren Einstellungen, Probleme und Präferenzen diskutiert. Die Teilnehmer, die z.B. nach Milieu-

gesichtspunkten ausgewählt wurden, werden im Anschluss schriftlich anhand eines Fragebogens zu ihren Eindrücken befragt. Die Satellitengespräche

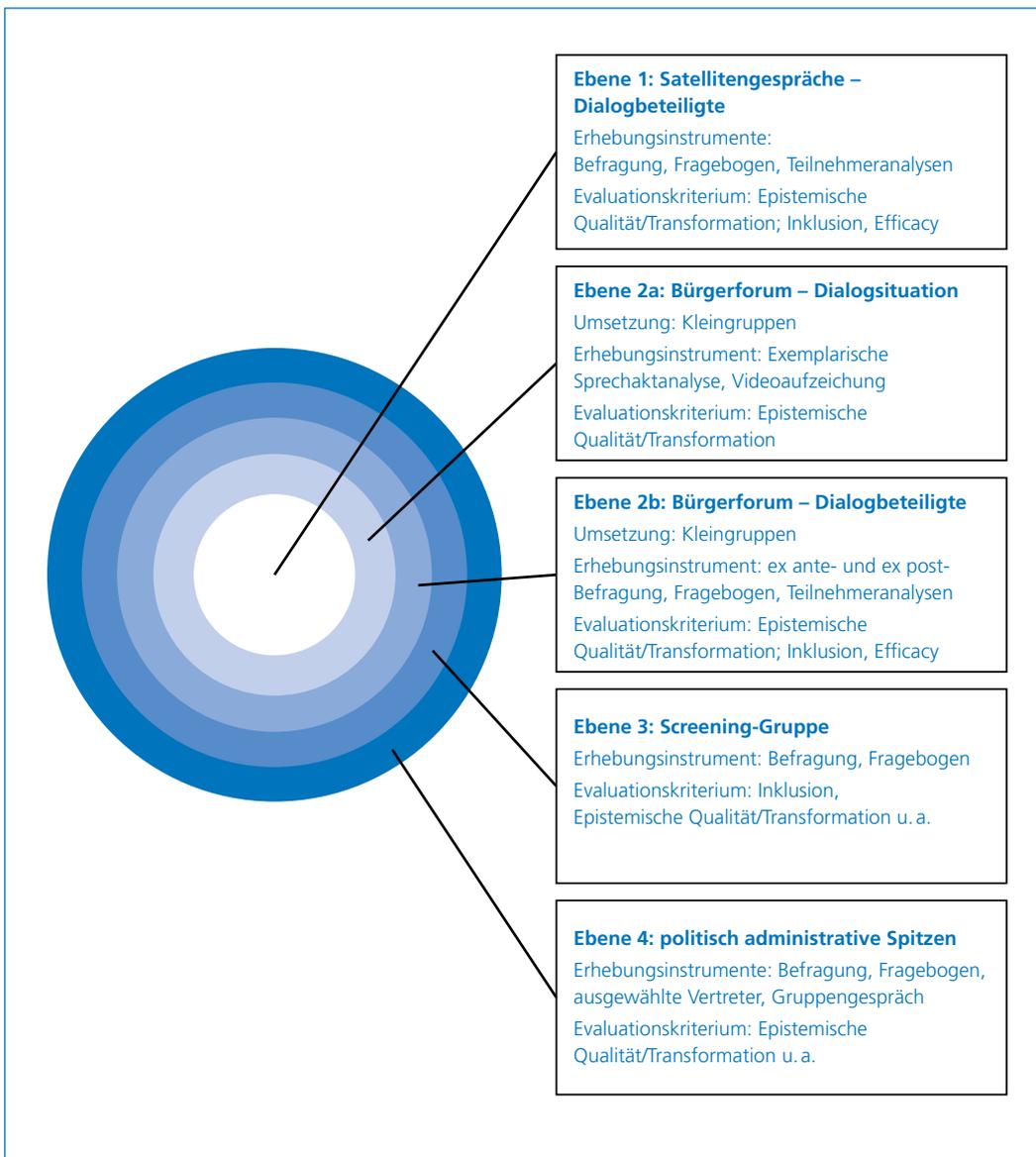


Abb.4: Das Schalenmodell der Evaluation des vhw-Städtenetzwerks
Quelle: Schaal/Ritzi

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

stellen somit die erste Ebene der Evaluation dar. Die zweite Ebene und zugleich das Herzstück ist die Evaluierung des eigentlichen Dialogs. Die Qualitätsmessung erfolgt hier über Videoanalysen – die vor allem für die Prozessbewertung relevant sind –, über die Analyse mikrogeographischer Milieudaten sowie über Befragungen. Dabei erhalten die Teilnehmer gleich zwei Fragebögen: Sie werden vor und nach der Teilnahme zu ihren Einstellungen im Allgemeinen und zu konkreten Beteiligungsfragen im Speziellen befragt. Mit Hilfe dieser Daten können wertvolle Analysen zur epistemischen und prozeduralen Qualität des Dialogs durchgeführt werden. Durch die anonymisierte Auswertung von Anmelde-daten können zudem Milieuinformationen über die Teilnehmer erhoben werden, die Aufschluss darüber geben, ob die Inklusion politikferner Milieus verbessert wurde.

Auf der dritten Ebene ist die Befragung der Screening-Gruppe verortet. Es ist wichtig, die an der Organisation beteiligten Akteure zu befragen, um zu bewerten, ob die Ziele des Verfahrens bereits während der Organisation hinreichend berücksichtigt wurden. Darüber hinaus gilt es zu untersuchen, ob der Screening-Gruppe genügend zeitliche, personelle und monetäre Ressourcen zur Verfügung standen, um eine erfolgreiche Beteiligung in die Wege leiten zu können.

Die vierte Ebene befasst sich mit politisch-administrativen Führungskräften, die für den weiteren Umgang mit den Empfehlungen und die Stärkung der lokalen Demokratie wichtig sind. Zu fragen ist hier, ob sich die Akzeptanz im Verlauf des Dialogs verändert und inwiefern Bereitschaft besteht, die Empfehlungen der Bürger in praktische Politik umzusetzen. Auch die Ergebnisse dieser Befragung sind von hoher Relevanz für die Evaluation, da erfolgreiche Beteiligung im Kontext repräsentativ-demokratischer Institutionen stets auf Akzeptanz und Unterstützung durch Politik und Verwaltung angewiesen ist: schließlich

verbleibt die Kompetenz, eine rechtlich bindende Entscheidung zu treffen, in den Händen der gewählten Politiker. Auch die Führungskräfte werden daher im Anschluss an das Verfahren befragt.

Nach einem Pretest auf einer Bürgerkonferenz der Stadt Ludwigsburg, bei dem die Verständlichkeit der Fragebögen und die Qualität und Nachvollziehbarkeit der erarbeiteten Evaluierungsinstrumente erfolgreich getestet werden konnten, begann im Sommer 2012 die Evaluierung der Dialoge in den Städten des Städtenetzwerks.

In den vergangenen 12 Monaten wurden vor diesem Hintergrund in den Städten Filderstadt und Ludwigsburg vollständige Dialogverfahren mit entsprechenden Evaluierungen durchgeführt und mit einem offengelegten Bericht abgeschlossen. In zahlreichen anderen Städten des Städtenetzwerks, darunter Remscheid, Hamburg, Hamm oder Karlsruhe wurden, zum Teil in noch andauernden Dialogprozessen, erste Bausteine umgesetzt oder Vorbereitungsarbeiten in Angriff genommen.

Die Qualitätsprüfung der Dialoge – wie auch die Dialoge als Bestandteil der Phase II im Städtenetzwerk – verfolgen dabei zugleich mehrere Zielsetzungen: Erstens dient die Evaluation der konkreten Weiterentwicklung und Verbesserung der Dialoge für die weitere Anwendung bzw. kurzfristige Umsetzung in den Städten. Zweitens leistet sie damit einen Beitrag zu einer mittelfristigen Stärkung der lokalen Demokratie.

Im Rahmen des Städtenetzwerks verspricht man sich drittens aus den Ergebnissen von Dialog und Evaluation in einer anschließenden Phase III auch einen empirisch gehaltvollen Beitrag zur Weiterentwicklung neuer Legitimationskonzepte sowie zukunftsweisender Governance-Formen auf kommunaler Ebene, hier verstanden als institutionalisierte Modi der sozialen Handlungskoordination, durch welche kollektiv verbindliche Regelungen erarbeitet und etabliert werden können (vgl. dazu u. a.: Mayntz und Scharpf, 1995). Von vordringlichem

Interesse ist dabei die begründete Ableitung bzw. Erarbeitung von konkreten kommunalpolitischen „compliance“ (Normen) bzw. normativen Regeln zum Dialog und zur Bürgerbeteiligung, die im Städtenetzwerk im kommenden Jahr verstärkt in Angriff genommen werden sollen.

In der konkreten Arbeit des Städtenetzwerks wurden inzwischen eine Auswertung der bislang abgeschlossenen Evaluationsverfahren vorgenommen und die Ergebnisse mit Blick auf Phase III in tragfähige Hypothesen für die weitere Arbeit überführt:

Die Einstellung der Bürger

Aus Sicht der Bürger erweisen sich qualitativ hochwertige deliberative Dialoge als Erfolgsgeschichte. Sie bringen deutlich erkennbare Legitimationsreserven und entsprechende Spillover-Effekte (Beeinflussungseffekte) hervor. Intensiv geführte Dialoge wecken aber auch hohe Erwartungen bei den Bürgern nach Berücksichtigung und Umsetzung der von ihnen erarbeiteten Ergebnisse. Eine Missachtung ihrer Arbeit kann in Rückzug und Politikverdrossenheit umschlagen.

Der Erfolg der Dialoge zeigt sich vor allem in der Zufriedenheit der Bürger mit den inklusiven Verfahren und deren Bausteinen, in der positiven Selbsteinschätzung der Bürger über die eigene, positiv zur Geltung gekommene Leistungsfähigkeit, in den benannten gegenseitigen Lerneffekten bei den Bürgern sowie in den erzielten Meinungsänderungen im Dialog. Diese Faktoren begründen die analytisch fundierte Auffassung, dass in den Dialogen vielschichtige Prozesse der konstruktiven Auseinandersetzung „auf Augenhöhe“ und eine Suche nach „besseren Lösungen“ im Sinne aller einbeziehender Dialoge stattgefunden haben.

Die Einstellung der politischen Eliten

Politische Eliten zeigen dagegen eine ambivalente Einstellung gegenüber dem Dialog: einerseits stellt der Dialog eine willkommene Begründungsressource für politisches Handeln und eine wichtige Legitimitätsreserve dar, andererseits aber auch eine kritisch betrachtete Legitimitätskonkurrenz mit unklarer Legitimationsgrundlage.

Die Einstellung politischer Eliten ist geprägt von einer großen Zustimmung zum Dialog, wie er im Städtenetzwerk angewandt wird. Dies gilt insbesondere für das Informieren und Mitnehmen der Bürger. Noch immer gibt es aber eine große Skepsis gegenüber dem „Konflikte ausräumen“ oder dem Mitentscheiden.

Die politischen Eliten stehen dementsprechend den Ergebnissen der Bürgerdialoge oft skeptisch gegenüber. Mehrheitlich wollen sie zwar die Ergebnisse der Dialoge zur Kenntnis nehmen, ihre Entscheidungen aber unabhängig davon treffen.

Auch die Frage der Effizienz wird von politischen Eliten kritisch bewertet: nur eine Minderheit erwartet eine Arbeitserleichterung durch Dialoge, und nur die Hälfte der politischen Eliten sieht dabei ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis. Im Gegensatz dazu steht jedoch die Erwartung der politischen Eliten, durch Dialoge eine höhere Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidungen beim Bürger zu erzielen.

Dialogische Qualitäten

Nach Auswertung der ersten Dialogverfahren und deren Evaluation zeichnet sich normativ gewendet das folgende, im Rahmen des Städtenetzwerks für realisierbar erachtete Bild qualitativ hochwertiger deliberativer Dialoge ab:

Dazu gehören:

- ein offenes, analytisch fundiertes und exakt fokussierendes Agenda-Setting,

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

- ein ausreichendes Maß an allgemein verständlich aufbereiteten Informationen,
- ein für jeden Interessierten offenes, breit angelegtes Veranstaltungsformat,
- ein am repräsentativen Ideal orientierter Anspruch auf stadtgesellschaftliche Inklusion über aktivierende, unterstützende und begleitende Maßnahmen,
- eine den Milieus gegenüber aufgeschlossene, deliberativ orientierte Moderation,
- ein faires Verfahren unter intensiver Einbindung und Berücksichtigung möglichst aller relevanten Interessen und Akteure sowie
- eine am deliberativen Ideal orientierte und gegenüber der Vielfalt an Lebensstilen aufgeschlossene faire Kommunikation, die sich auszeichnet durch eine geringe Dominanz Einzelner, ein Mehr an Respekt für die eigene Person/Position, ein Mehr an Gleichberechtigung, ein Mehr an gegenseitigen Lerneffekten und Meinungsänderungen sowie eine stärkere Orientierung an konstruktiven, gemeinwohlorientierten Lösungen.

Legitimatorische Kraft

Dialoge sind in hohem Maße auf ein wahrnehmbares Medienecho angewiesen, um eine legitimierende Kraft in großer gesellschaftlicher Breite entfalten zu können. Bei fehlendem Interesse seitens der Medien werden auch aus gut besuchten Bürgerbeteiligungsverfahren exklusive Entscheidungszirkel und resultieren politisch unerwünschte Legitimationsdefizite, die es durch geeignete Strategien der Information und Einbindung der breiten Öffentlichkeit unbedingt zu vermeiden gilt.

Ausblick

Mit den ersten erfolgreichen Dialog- und Evaluationserfahrungen im Städtenetzwerk konnten die angestrebten Innovationen zum analytisch fundierten, offenen Agenda-Setting, zur stadtgesellschaftlich breiten Inklusion, zu hochwertigen Dialogverfahren und zur milieuorientierten Kommunikation jenseits weiterer Verbesserungspotenziale erfolgreich realisiert werden.



Abb.5: Die Stadtgesellschaft ist diskursiv geworden.

Foto: vhw

Die Baustellen der zukünftigen Arbeit sind unter anderem zu sehen in:

- der konstruktiven Auseinandersetzung mit der kommunalpolitischen Skepsis,
- den begleitenden Fragen neuer kommunaler Legitimationsformate und der Ausbildung dauerhafter Regelungsstrukturen sowie
- der Auseinandersetzung mit den am politischen Prozess nicht Teilnehmenden, die im Zuge der Dialoge und der Evaluation nicht zu Wort kommen und über die man bislang nur wenige Erkenntnisse gewinnen konnte.

Weitere Forschungsbedarfe

Zu dem, was die Evaluation nicht leisten kann, besteht ein weiterer Forschungsbedarf. Das gilt zum Beispiel für:

- Längsschnittstudien zur Kulturentwicklung
- Netzwerkzusammenhänge
- Erforschung der Einstellungsmuster und der Motivation der Nicht-Inkludierten

1.2 Städtenetzwerk vor Ort: Aus den Städten

Städtenetzwerkstadt: Filderstadt

Filderstadt führte im zweiten Halbjahr 2012 ein vertiefendes Verfahren der Bürgerbeteiligung zur Stadtteilentwicklung durch. Im Grundsatzbeschluss des Gemeinderats der Stadt wurde dazu als wesentliches Ziel die Erarbeitung eines zentralen Steuerungsinstruments für Gemeinderat und Verwaltung für die zukünftige Stadtentwicklung formuliert. Das Beteiligungsverfahren hatte die in dem ISEK 1.0 (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) angedachten Planungsschritte und Maßnahmen für die Stadtteile in Filderstadt zu konkretisieren und neue, bislang nicht hinreichend partizipierende Gruppen von Bürgern für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung zu gewinnen. Die nach den Dialogkriterien des Städtenetzwerks durchgeführten Beteiligungsverfahren wurden in einem Evaluationsbericht auf Erfolg geprüft.



Abb.6: Evaluationsbericht zum Beteiligungsverfahren in Filderstadt

Auszug aus dem Evaluationsbericht:

...Besonders positive Bewertungen erfolgten durch die an der Stadtteilekonferenz und der Hubschrauber-Gruppe teilnehmenden Bürger. Die Erwartungen einer höheren Legitimation des politischen Handelns, der verbesserten subjektiven Bewertung von Dialogen durch die Akteure, der verbesserten Inklusion bei Beteiligungsprozessen und der deliberativen Kommunikation (unter gleichberechtigten Akteuren, die auf Augenhöhe miteinander kommunizieren und im Konsens gemeinwohlorientierte Positionen entwickeln) haben sich aus Sicht der Bürger in diesem Dialogverfahren im Sinne einer bürgerschaftlichen Emanzipation weitgehend erfüllt... (vgl. Kapitel 2.3 dieses Tätigkeitsberichts)

Städtenetzwerkstadt: Hamm

Nach längeren Vorgesprächen wurde die Kooperation mit der Stadt Hamm am östlichen Rande des Ruhrgebiets im Frühjahr und Sommer 2013 auf eine neue Basis gestellt. Nachdem der vhw bereits im Vorjahr die milieugestützte Basisanalyse für die Gesamtstadt der Verwaltung und dem Oberbürgermeister vorgestellt hatte, wurde nunmehr auch die Politik in Gestalt der Ratsfraktionen und der Bezirksvorsteher über die

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

wesentlichen Inhalte der Studie und die in ihr skizzierten Herausforderungen und Perspektiven informiert.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Milieulandschaft in Hamm ist – struktur- und lagebedingt – stark von traditionell-bürgerlichen Milieus auf der einen sowie sozial schwächeren Milieus auf der anderen Seite geprägt. Junge Kreativ-Milieus sind schwach vertreten.
2. Das Einkommensgefälle zwischen den Milieus ist geringer als andernorts; für die bürgerlichen Milieus ist Hamm eine „leistbare Stadt“, z. B. bei der Bildung von Eigentum.
3. Der Migrantenanteil liegt im Großstadtdurchschnitt. In allen Milieus kann Integrationspotenzial genutzt werden, allerdings fehlen lokal oft die ambitionierten und bürgerlichen Milieus als „Brücke“ zu den distanzierten Milieus.
4. Die Bevölkerung entwickelt sich insgesamt stabil, das Wachstum wird aber im Wesentlichen durch den Überschuss bei Migranten getragen.
5. Vom Re-Urbanisierungstrend kann Hamm nur bedingt profitieren: Zuwächse aus dem Umland stehen Verluste in Richtung (attraktiver) Großstädte gegenüber, die von urban orientierten (Kreativ-) Milieus ausgehen.
6. Beim lokalen Beschäftigungsangebot dominieren Berufs- und Ausbildungsprofile der bürgerlichen Milieus; Arbeitsplätze für jüngere bürgerliche oder Kreativ-Milieus sind dagegen unterrepräsentiert.
7. Der Wohnungsmarkt weist vor allem preisliche Vorteile gegenüber anderen Märkten in der Region auf, allerdings bestehen qualitative Defizite sowie Angebotsüberhänge in Segmenten, für welche die entsprechende Nachfrage fehlt, etwa bei Eigentumswohnungen.
8. Die Milieulandschaft bleibt nach der Prognose bis 2025 insgesamt stabil; der Einbruch bei den Traditi-

onellen unterstreicht aber Lösungsbedarf für stabile Quartiere und die Frage der Wohnnachfolge.

9. Eine erfolgversprechende Ansprache neuer Zielgruppen (Milieus) für das Leben in Hamm ist an verschiedene Bedingungen geknüpft: Der im Stadtvergleich günstigen Miet- und Preisposition stehen derzeit Defizite in der Attraktivität (Einkaufen etc.), aber auch Strukturen am Beschäftigungsmarkt entgegen.

Aus diesen Ergebnissen leitete die Analyse drei zentrale Herausforderungen ab:

- Das Wegbrechen der Traditionellen hat doppelte Folgen. Zum einen tragen sie aktuell zur Stabilität vieler älterer Siedlungen und Quartiere bei. Zum anderen bewohnen sie – als Eigentümer oder Mieter – Wohnungen, die aufgrund von Schnitt, Qualität oder Lage für viele andere Milieus nicht attraktiv sind. Die Chance: Als potenzielle Nachfolger kommen jüngere bürgerliche Milieus sowie bürgerliche Migrantenmilieus in Frage. Es gilt dafür die Bedingungen zu schaffen!
- Viele Quartiere sind lebensweltlich polarisiert, etwa zwischen bürgerlich-traditionellen Milieus und distanzierten Migrantenmilieus. Es besteht oft nur ein Nebeneinander. Ansatz und Chance: Milieugerechte Beteiligungsformen mit beiden Gruppen sollten zum Abbau von Distanzen und zur Lösung gemeinsamer Anliegen genutzt werden.
- Der Migrantenzuzug unterstreicht den zusätzlichen Integrationsbedarf. Die Milieukonstellation und das häufige Fehlen von Brückenmilieus erschweren die Lösung. Ansatz und Chance: In den meisten Migrantenmilieus gibt es – unterschiedlich ausgeprägtes – Integrationspotenzial. Dieses kann gezielt gehoben werden. Auch hier bieten gruppengerechte Beteiligungszugänge Einstiegschancen.

Zunächst wurden verschiedene spezifische Fragestellungen im Hinblick auf ihr Vertiefungs- und Dialogpo-

tenzial überprüft. Vereinbart wurde, dass im Rahmen der Zusammenarbeit durchaus eine Befassung mit allen drei Themen möglich sein sollte. Priorität wurde zunächst der Entwicklung der Hammer Innenstadt (Bezirk Mitte) eingeräumt. Damit konnte die Städtetzwerk-Kooperation mit dem parallel angelaufenen Prozess der Erstellung eines Rahmenplans Innenstadt verbunden bzw. in diesen eingebunden werden. Die Bedingungen in der Hammer Innenstadt ähneln vielen anderen Städten im strukturellen Umbruch, vornehmlich im Ruhrgebiet, und so können Erkenntnisse aus Hamm auch für andere Städte wichtig werden.

Die konkrete Arbeit bis zum Ende des Berichtszeitraums bestand aus zwei Elementen: Einer Vertiefungsanalyse für den Bereich Innenstadt und einem Stimmungsbild der Bevölkerung und Akteure in der Innenstadt, für das bis zum September 2013 über 50 Telefoninterviews durchgeführt werden, um das breite Spektrum von Anliegen und Kritik zu offenbaren.

Die Kernergebnisse der ersten Vertiefungsanalyse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das innerstädtische Wanderungsgeschehen hat sich seit 2001 sukzessive zu Gunsten der Innenstadt entwickelt, wobei der Umschwung der Wanderungsbilanzen von Mitte bei den 18- bis 44-Jährigen nach 2007 besonders auffällt.
- In der Außenwanderung haben sich dagegen die Wanderungsbilanzen mit Dortmund bei den jungen Erwachsenen verschlechtert. Offenbar wird die Nachbarstadt bei den Jüngeren immer mehr bevorzugt (Attraktoren und Lebensstile).
- Bezogen auf die Milieustruktur ist die Innenstadt von traditionell-bürgerlichen Milieus auf der einen Seite und sozial schwächeren Milieus, inkl. jüngeren Kreativen und oft mit Migrationshintergrund auf der anderen Seite geprägt. Leitmilieus oder Kreative mit höherem Status sind dagegen kaum zu finden (vgl.



Abb.7: Eindrücke aus der Hammer Innenstadt: Einkaufsstraße, „Kneipenmeile“, Begrünung, Nebenstraße in Hamm
Fotos: vhw

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

Abb.8). Einige dieser Gruppen konzentrieren sich stark in den Teilräumen.

- Wie auch die Kaufkraftsituation dokumentiert, handelt es sich insgesamt um eine sozial schwächere Bevölkerung mit deutlichen Leistungs- und Belastungsgrenzen. Aufgrund der Struktur würden ohne innovative Maßnahmen allerdings polarisierte Konstellationen mit jüngeren/sozial schwächeren Milieus drohen.
- Eine wichtige Herausforderung besteht darin, die Anpassung der Innenstadt für die Bedürfnisse der Bestandsbewohner mit jenen der potenziellen Zielgruppen in einen tragfähigen Einklang zu bringen.

Nach Einschätzung der Analyse muss die Stadt Hamm realistische Ziele formulieren – etwa für die Ansiedlung

von Studenten und begleitende Angebote – und diese unter Einbeziehung der Bürger umsetzen.

Die Ergebnisse der breit aufgestellten telefonischen Befragung sollen zunächst ein zeitnahes Stimmungsbild zur Bewertung der Innenstadt, ihrer Entwicklung, ihren Potenzialen und Defiziten erbringen. Dazu werden Bürger aus allen Teilräumen des Gebiets und unter Berücksichtigung von milieuräumlichen Strukturen befragt, darunter sowohl Traditionelle wie unterschiedliche Gruppen von Bürgern mit Migrationshintergrund. Einbezogen werden zudem verschiedene Akteure: Einzelhändler, DIHK, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Senioren- und Jugendeinrichtungen sowie die Universität. Erste Ergebnisse werden dann der Gesamtplanungsgruppe Innenstadt im Spätsommer 2013 vor-

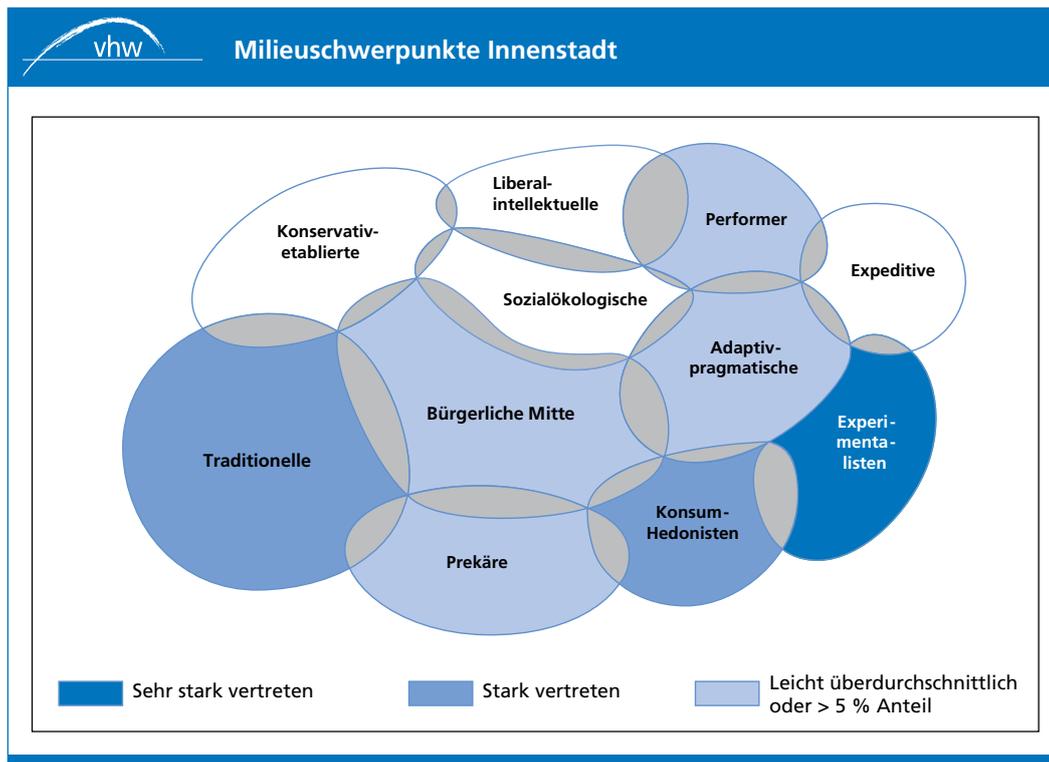


Abb.8: Struktur der Milieus in der Innenstadt Hamm
Grafik: vhw

gestellt. Zugleich soll das Stimmungsbild dazu dienen, weitere Milieu- und Akteursgespräche vorzubereiten, bevor anschließend eine Screening-Gruppe die konkrete Vorbereitung des Teilnahmeverfahrens wie Information, Themensetzung und Formate übernimmt. Diese weiteren Schritte sind für den Herbst 2013 geplant.

Städtenetzwerkstadt: Freie und Hansestadt Hamburg

Mehrere Gespräche zur Beteiligung im Städtenetzwerk mit der Freien und Hansestadt Hamburg haben bereits stattgefunden. Geplant ist ein Dialogverfahren als „bottom up“-Beteiligung von Bürgern für die zukunftsfähige Gestaltung der Elbinseln im Bezirk Hamburg-Mitte unter dem deliberativen Dialogverfahrensansatz wie er im Städtenetzwerk definiert ist. Auf den Elbinseln waren Wilhelmsburg, Veddel und andere Stadtteile sowie naturbelassene Freiräume in den letzten Jahren zum Gegenstand mehrerer Großprojekte geworden: wie der Internationalen Bauausstellung oder der Internationalen Gartenschau, die, lokalpolitisch sehr kritisch reflektiert, beide zugleich 2013 stattfinden.

Projektbegleitend soll mit dem Rahmenkonzept „Sprung über die Elbe“ bzw. mit der aus mehreren Planungswerkstätten resultierenden Fortschreibung „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ ein anspruchsvolles und weitreichendes Fundament für die zukünftige Stadtentwicklung auf den Elbinseln gelegt werden.

Städtenetzwerkstadt: Karlsruhe

In Karlsruhe erhielt der vhw im Februar 2013 den Auftrag für einen Bürgerdialog im Stadtteil Rintheim. Dabei geht es um einen bürgerorientierten Entwicklungsprozess einer Ganztagschule und um die Frage, welche Chancen die Bildungsentwicklung in Rintheim für die Quartiersentwicklung und insbesondere für das bürgerschaftliche Miteinander birgt.

Den Dialog, der die Interessenlagen aller Bevölkerungsgruppen in Alt-Rintheim und dem Rintheimer Feld berücksichtigen will, hat Karlsruhe in den Projektrahmen des Städtenetzwerks eingebunden. Karlsruhe und der vhw sind seit 2010 Partner im Projekt „Städtenetzwerk“ zur Stärkung lokaler Demokratie.

Im Rahmen des Projekts Städtenetzwerk analysierte der vhw zudem die Milieustruktur der Stadt Karlsruhe. In dem Beitrag des Verbands zur 2. Zukunftskonferenz „Wer wie wohnt“ im Herbst 2012 wurden die Ansprüche der sozialen Milieus an städtische Wohnformen nicht nur über ausgewählte Wohnprofileckwerte wie Wohnlage, bevorzugter Wohntyp, Anforderung an Infrastruktur und soziales Umfeld usw. identifiziert, sondern auch Nachbarschaftsbeziehungen der Milieus in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Quartiersbindung betrachtet und die unterschiedliche Bewertung von Bildungsinfrastruktur bei den Milieus aufgezeigt. Was bedeutet es für den Karlsruher Wohnungsmarkt, wenn die jüngeren, auf urbanes Leben orientierten (Kreativ-)Milieus mit zusammen fast 35 Prozent in der Stadt deutlich überrepräsentiert sind und die Traditionellen Milieus wegbrechen? Zum einen muss der Weg für die den Traditionellen nachfolgenden Milieus bereitet und zum anderen der Eigentumsneigung der Kreativen Milieus entsprochen werden. Gleichzeitig zielen mehr Milieus als bisher auf die Innenstadt, die sich auf stark verdichtete Wohnformen unterschiedlicher Qualität einstellen muss.

Städtenetzwerkstadt: Landeshauptstadt Kiel

Die Zusammenarbeit mit der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt hat mehrere Phasen durchlaufen. In der ersten Phase stand der beteiligungsorientierte Umgang mit dem Problemstadtteil Gaarden-Ost im Vordergrund. In diesem Quartier besteht eine komplexe Gemengelage, die durch die Bündelung sozialer und habituellder Probleme – u. a. Drogenszene mit ihren Folgewirkungen – einerseits und durch verschiedene, teil-

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

weise in ihrer Wirkung nicht aufeinander abgestimmte Projekte der Stadt andererseits geprägt ist.

Aufgrund der komplexen Ausgangslage, die erst nach Klärung verschiedener Fragen in eine – auch im Hinblick auf die angestrebte Inklusion aller Gruppen – erfolgversprechende Dialogvorbereitung überführt werden kann, haben sich Stadt und vhw entschlossen, diesen Komplex zunächst zurückzustellen.

Stattdessen wurde die 2010 getroffene bilaterale Vereinbarung im Rahmen des Städtenetzwerks nicht nur verlängert sondern zunächst auch anders ausgerichtet.

Im Vordergrund steht daher seit 2013 die Konzeption von Teilnahmeverfahren in solchen Projekten, mit denen die Landeshauptstadt das erwartete Bevölkerungswachstum bürgergerecht bewältigen will. Dabei geht es u. a. darum, Neubaumaßnahmen und deren Zielgruppenorientierung – also z. B. die Schaffung von Wohnraum für jüngere Familien mit begrenztem Belastungspotenzial – in Bestandsquartiere, vornehmlich mit nutzbarem kommunalen Flächenpotenzial, einzufügen. Dies soll unter partizipativer Berücksichtigung der Anliegen der Bestandsbewohner geschehen und somit ein breites, integriert zu bewältigendes Themenspektrum von Verkehrs- und Parkraumfragen über verschiedene Aspekte der Nutzung des öffentlichen Raums (Lärm, Sicherheit etc.) bis zu Fragen der Versorgungsinfrastruktur reichen.

Das Pilotverfahren zur Zusammenarbeit in diesen Projekten wird derzeit im Norden der Stadt vorbereitet; weitere Projekte sollen nach derzeitigem Stand folgen.

Städtenetzwerkstadt: Ludwigsburg

Die Zusammenarbeit der Stadt Ludwigsburg mit dem vhw in Dialog- und Teilnahmefragen zur Integrierten Stadtentwicklung hat im Jahr 2013 eine weiterführende Vertiefung und teilörtliche Vertiefung auf fachlicher Ebene erfahren.

Zunächst stand im Jahr 2012 die Vorbereitung und Durchführung der Zukunftskonferenz 2012 im Vordergrund. Für

die vierte Zukunftskonferenz der Stadt, die im Rahmen des BMBF-Projekts „ZukunftWerkStadt“ gefördert wurde und im November 2012 mit rund 260 Teilnehmern stattfand, hat der vhw in Kooperation mit Q | Agentur für Forschung aus Mannheim bereits im Vorfeld des Kongresses eine Studie zu Partizipation und Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund angefertigt, der 31 ausführliche, Leitfaden-gestützte Interviews zu Fragen der Integrierten Stadtentwicklung in Ludwigsburg, der Partizipation und des stadtgesellschaftlichen Engagements zugrunde lagen.

Genauso wie das vom vhw vorbereitete, ergänzende schriftliche Einladungsverfahren einer repräsentativen, nach Milieus quotierten Zufallsauswahl zu einer zeitlich vorgelagerten, themensetzenden Auftaktkonferenz, folgten die Interviews mit den Migranten sowohl einem grundlegenden Erkenntnis-, wie auch einem konkreten Aktivierungsinteresse im Hinblick auf die Zukunftskonferenz und eine angestrebte deutliche Verbesserung der Inklusion aller stadtgesellschaftlichen Milieus.

Des Weiteren führte der vhw auf der Zukunftskonferenz 2012 eine Open-Space-Arbeitsgruppe durch, die sich unter reger Beteiligung und Diskussion einiger Bürger und Stadträte intensiv mit integrierten Fragestellungen zur stadtgesellschaftlichen Integration und Identität befasste.

Begleitend wurde die Zukunftskonferenz einer umfassenden Evaluation durch Prof. Dr. Schaal und Dr. Ritzi von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg in Kooperation mit dem vhw unterzogen, bei der, unterstützt durch Begleitanalysen des vhw zur Inklusion, insbesondere die an der Vorbereitung der Konferenz beteiligten Akteure, die daran teilnehmenden Bürger sowie die Verantwortlichen aus Lokalpolitik und Verwaltung ausführlich zur Qualität und Inklusivität des Teilnahmeverfahrens befragt wurden. Die insgesamt recht positiv stimmenden Ergebnisse der Qualitätsprüfung wurden im Anschluss in einem ausführlichen Evaluationsbericht für die Stadt Ludwigsburg niedergelegt.

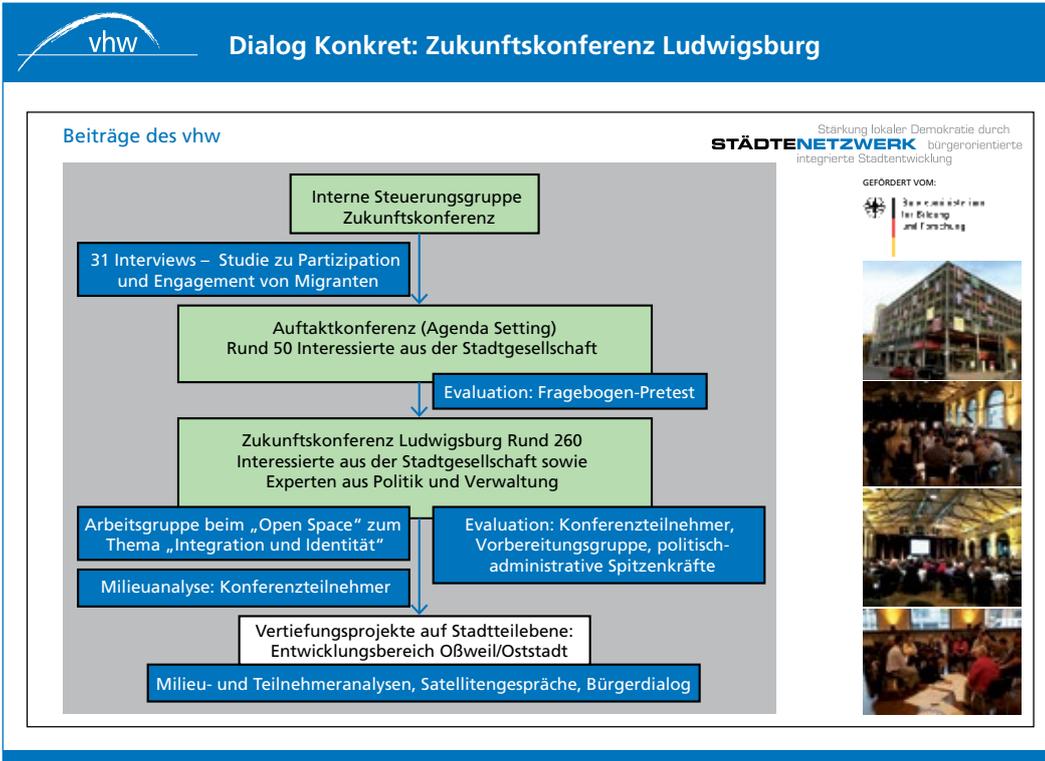


Abb.9: Der Plan zur Zukunftskonferenz unter Einhaltung des deliberativen Ansatzes

Quelle: vhw



Abb.10: Aushandeln, das Argument soll überzeugen

Foto: Stadt Ludwigsburg

Im Jahr 2013 konzentrierte sich die Zusammenarbeit der Stadt Ludwigsburg mit dem vhw bislang auf den sogenannten Entwicklungsbereich Oßweil/Oststadt, für den der vhw bereits im Vorjahr eine umfassende, milieuorientierte Analyse zur Stadtentwicklung vorgelegt hatte. Ziel dieser Zusammenarbeit war die Verbesserung der Inklusion der Bürger und der weiteren Berücksichtigung ihrer Interessen bei diesem Planungs- und Beteiligungsverfahren.

Zu den kooperativen Leistungen gehörten darüber hinaus gemeinsame Einladungsverfahren zu themensetzenden Dialogveranstaltungen und die Durchführung von Telefoninterviews mit Anwohnern des Planungsgebiets, deren Ergebnisse in einem Bericht über die Anliegen der Bürgerschaft niedergelegt und den Aus-

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

schreibungsunterlagen zu einem städtebaulichen Ideenwettbewerb über diesen Entwicklungsbereich hinzugefügt wurden.

Des Weiteren ist die aktive Mitwirkung im Kreis der Sachverständigen dieses über den Sommer 2013 noch andauernden Ideenwettbewerbs Gegenstand der Kooperation zwischen der Stadt Ludwigsburg und dem vhw. Eine Zukunftswerkstatt für junge Menschen und einen Experten-Laien-Dialog für die Bürger mit Unterstützung des vhw soll die Jugendlichen sowie die Anwohner entsprechend informieren und einbeziehen. Beide Veranstaltungen verfolgen das Ziel, dem Gemeinderat der Stadt über das eigentliche Ergebnis des Wettbewerbs hinaus, konkrete, durch ein hohes Maß an Inklusion ausgezeichnete und fundierte Empfehlungen der Jugendlichen und Bürger zum Planungsgegenstand zur Abwägung und letztendlichen Entscheidung durch die Lokalpolitik an die Hand zu geben.

Städtenetzwerkstadt: Mannheim

Dialog lokale Bildungslandschaft Neckarstadt-West

Mit der Verabschiedung der Beschlussvorlage „Dialog Bildungslandschaft Neckarstadt-West“ im Hauptausschuss 2013 wurde der politische Startschuss für die Umsetzung des Bürgerbeteiligungsverfahrens zur lokalen Bildungslandschaft im Stadtteil Neckarstadt-West gegeben.

Voraussetzungen hierfür waren neben den Ergebnissen eines städtischen Milieusurveys und der Studie „Educational Governance“ auch intensive Arbeits- und Planungstreffen mit den betroffenen Fachbereichen der Stadt Mannheim. Im Diskurs mit den Vertretern der Stadt konnte dabei eine thematische Ausrichtung in den Handlungsfeldern Bildung und Stadtentwicklung festgelegt werden, die zwei Ansatzpunkte formuliert.

1. Gemeinsame Bildungsgestaltung von Eltern und Einrichtungen – Bildungsdialog stärken

Ziel ist die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Herausforderungen und Perspektiven einer lokalen Bildungslandschaft und ihre gemeinsame Gestaltung. Das bedeutet insbesondere die Aktivierung der Eltern und die Stärkung ihrer Verantwortlichkeit beim Bildungserfolg ihrer Kinder. Es wird angestrebt, dass insbesondere die Eltern, die durch die bisherigen Bildungsangebote nicht erreicht werden konnten, ihre Bedarfe und Vorstellungen äußern und einen Beitrag zu ihrer Umsetzung leisten. Der Dialog soll dann klären, welche Beteiligungsmöglichkeiten Eltern und Bildungseinrichtungen voneinander erwarten.

2. Bildung als Teil einer Integrierten Stadtentwicklung verstehen – Akteursvernetzung stärken

Die benannten Bildungsfragen sollen als Teil einer Integrierten Stadtteilentwicklung verstanden und unterschiedliche Perspektiven miteinander verzahnt werden. Welche Rolle spielen die Bildungsinstitutionen im Stadtteil? Wie lassen sich bildungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele verzahnen?

Das Verfahren soll dazu dienen, aufbauend auf den bisherigen Stadtteilaktivitäten und -konzepten, die Neckarstadt-West bei der Wahrnehmung ihrer Funktion als Quartier mit Integrationsaufgaben zu bestärken. Hierbei wird der Frage nachgegangen, wie die lokale Bildungslandschaft durch eine dichtere Akteursvernetzung die soziale und wirtschaftliche und damit integrierte Entwicklung in dem Quartier unterstützen kann.

Aus Sicht der Stadt Mannheim und des vhw spiegeln beide Ansatzpunkte zwei ergänzende Perspektiven auf die Bildungslandschaft wider, die bei einer integrierten stadtentwicklungspolitischen Betrachtungsweise untrennbar miteinander verbunden sind.

Starten wird die operative Umsetzung des Prozesses im dritten Quartal 2013 mit einer Auftaktveranstaltung der Screening-Gruppe. Hierbei wird es Aufgabe sein, das

Anliegen dieses Projekts aus Sicht der Stadt und des vhw den zentralen Akteuren zu erläutern und gleichzeitig ein gemeinsames Verständnis für das Vorhaben bei allen Teilnehmern zu erzeugen. Zudem soll bei dieser Veranstaltung über eine Zuspitzung und Konkretisierung der thematischen Ausrichtung diskutiert und über weitere Verfahrensschritte beraten werden.

Im Laufe des Beteiligungsprozesses, der in einer offenen Dialogveranstaltung im zweiten Quartal 2014 seinen Höhepunkt findet, werden zu den vorher genannten Fragestellungen sowohl über Satelliten- und Expertengespräche mit formalen und non-formalen Bildungsinstitutionen als auch über Gespräche mit stadtteilprägenden Milieugruppen und über Interviews mit Einrichtungen, die den Stadt(teil)entwicklungsprozess im weitesten Sinne mitgestalten, Meinungen und Bedürfnisse eingeholt. Diese spielen bei der weiteren Prozessgestaltung eine zentrale Rolle, indem sie die inhaltlichen und organisatorischen Leitplanken für die anstehenden Verfahrensschritte vorgeben. Geplant ist, mit diesen Gesprächen nach dem Auftakttreffen der Screening-Gruppe zu beginnen, sodass deren Ergebnisse bereits bei einem zweiten Treffen im vierten Quartal 2013 rückgespiegelt werden können.

Städtenetzwerkstadt: Nürnberg

In der Stadt Nürnberg befindet sich das vom vhw initiierte Projekt „Städtenetzwerk – Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“ in der Sondierungsphase. Nach der Vorlage der Ergebnisse der „Milieuorientierten Analyse zum Status quo der Nürnberger Wohnungsnachfrage und deren Entwicklungsperspektiven bis 2025“ und eines ersten Konzeptentwurfs für einen möglichen Bürgerdialog zur integrierten Planung der Wohn- und Bildungslandschaft in der Nürnberger Weststadt ist hier noch keine Entscheidung über einen deliberativen Bürgerbeteiligungsprozess gefällt worden. Über die Ausgestaltung einer weiteren Zusammenarbeit zwischen der Stadt Nürnberg und dem vhw wird nach der Präsen-

tation des Endberichts der Studie „Educational Governance“ – unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Olk (Universität Halle-Wittenberg) – entschieden werden.

Städtenetzwerkstadt: Landeshauptstadt Saarbrücken

Auch in der Stadt Saarbrücken wurden weitere Analysearbeiten zur Vorbereitung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens geleistet. Neben der bereits durchgeführten integrierten Basisanalyse wurden weitere Milieuauswertungen auf unterschiedlichen städtischen Raumebenen angefertigt. Diese sollen dazu dienen, ein geeignetes Quartier für einen deliberativen Bürgerdialog nach vhw-Standards zu finden.

1.3 Bürger und Politik in der Stadtgesellschaft – Ziemlich beste Freunde?

Bericht vom 3. Kongress Städtenetzwerk am 6. und 7. Juni 2013 in Berlin

Am 6. und 7. Juni 2013 fand in der Berliner Kalkscheune, einem mittlerweile gesetzten Platz für Stadtentwicklungsfragen, unter dem Motto „Bürger und Politik in der Stadtgesellschaft – Ziemlich beste Freunde?“ der 3. Städtenetzwerkkongress des vhw statt.

Die Beteiligungswünsche der Bürgerinnen und Bürger richten sich nicht nur auf Mitentscheidung und punktuelle Abstimmungen, sondern gerade auch auf aktive Teilnahme an Kommunikationsprozessen von unten, in denen Bedürfnisse, Interessen und gute Gründe verschiedenartiger sozialer Gruppen artikuliert werden können. In der aktuellen politikwissenschaftlichen Legitimitätsdiskussion wird unter dem Begriff der Legitimität ein stetes Ringen und damit ein stetiger Diskurs um Zustimmung und Rechtfertigung für das lokale Regieren verstanden. Mutige und offene Kommunalpolitiker haben die Veränderungsnotwendigkeit erkannt, die aktive Kommuni-

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

kationsprozesse in der Stadtentwicklung „von unten“ bedeuten. Der Kongress konnte vor diesem Hintergrund nicht nur auf die fachlichen Inputs der Referenten, sondern insbesondere auch auf die vielfältigen Erfahrungen aus Teilnehmerstädten im Städtenetzwerk zählen.

„... und wenn sie es hier nicht tut, tut sie es nirgendwo“

Nach der Begrüßung der Gäste durch den Verbandsratsvorsitzenden des vhw, Dr. Peter Kurz, wies Marianne Birthler, ehemalige Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen bis 2011, auf das hohe Gut der Demokratie in ihrem Grußwort hin, dass das alles andere als selbstverständlich sei: *„Wir leben zwar in einem Land, in dem demokratische Strukturen und Verfahren selbstverständlich sind und von einer Mehrheit der Bevölkerung bejaht werden. Aber wir wissen, dass es damit nicht getan ist. Demokratie ist etwas Lebendiges. Menschen pflegen oder vernachlässigen sie, bringen sie zum Blühen oder zum Absterben. Und es sind die Städte und Kommunen, in denen sich die Anzeichen von beidem frühzeitig bemerkbar machen. Dort, wo Menschen aufwachsen, leben und arbeiten, ihre Kinder großziehen und alt werden, entsteht und regeneriert sich die Bürgergesellschaft, und wenn sie es hier nicht tut, tut sie es nirgendwo.“*



Abb.13/14: Marianne Birthler mit dem Beitrag: Demokratie – (k)eine Selbstverständlichkeit?
Fotos: vhw

Zum Ende ihres Vortrags ging sie auf zentrale Fragestellungen des vhw zum Thema Inklusion ein. Sie fragte nach der Gefahr, dass diejenigen, die ihre Interessen laut artikulieren können und in der Lage sind, Kampagnen zu organisieren, die anderen überrollen. Wichtig sei außerdem, dass Beteiligungsrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch von denen wahrgenommen werden können, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, die mit Behinderungen oder Krankheiten leben oder als vielfach belastete Eltern einfach keine Zeit haben: *„Wenn Menschen unfreiwillig im Abseits stehen, haben wir es deshalb nicht nur mit einem sozialen Problem zu tun, sondern auch mit einem Problem der Demokratie.“*



Abb.11/12: Stadtgesellschaftspolitische Plattform Kalkscheune

Fotos: vhw

Zur Legitimität lokaler Politik in Krisenzeiten der Demokratie

In gewohnt humorvoller Art referierte Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert vom Wissenschaftszentrum Berlin zum Thema „Legitimität lokaler Politik – festgegründet oder zunehmend prekär?“ und leitete damit die Diskussionsrunde mit den Stadtoberhäuptern von Kommunen im Städtenetzwerk ein. Er gab die Impulse über das Formulieren von „Krisen“ – insbesondere der Krise der Demokratie. Dies drücke sich zum einen in der Krise der Repräsentativität (sichtbar etwa in den sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien), in einer zunehmenden Verschiebung des Regierens von den Parlamenten hin zu Verfassungsgerichten, Zentralbanken, G7-Runden, Rating-Agenturen, globalen Unternehmen u. a. sowie in der Krise der Partizipation durch eine zunehmende soziale Selektivität in der Bevölkerung aus.

Prof. Dr. Jürgen Aring moderierte anschließend eine Runde mit Stadtpartnern aus dem Städtenetzwerk zur Legitimität von lokaler Politik. Zur Frage, ob die Legitimationskrise die Kommunen erreiche, unterstrich etwa Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, an Beispielen seiner Stadt die zwiespältigen Einstellungen in der Bevölkerung zu verschiedenen Entscheidungsprozessen, zu Akzeptanz und Legitimation. Thomas

Hunsteger-Petermann, Oberbürgermeister der Stadt Hamm, glaubt hingegen nicht, dass es eine Legitimationskrise auf kommunaler Ebene gebe. Vielmehr gelte es, private (auch völlig legitime) und öffentliche Interessen zu unterscheiden. Auch sei der kommunale Spielraum in Zeiten knapper Kassen sehr eingeschränkt. Dr. Martin Lenz, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, wagte die Einschätzung, dass sich die Kommunen schon mehr legitimieren müssten, weil die „Spielregeln“ zunehmend hinterfragt würden. Am Beispiel der Unterbringung von Asylbewerbern im Stadtgebiet unterstrich er, dass etwa ein Legitimieren durch Fachlichkeit notwendig sei. Hilmar von Lojewski, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetags, fragte am Beispiel der Stadt Aachen, welches „Design“ Beteiligungsprozesse haben sollten. Dabei stünden u. a. die Gegenstände der Verfahren sowie die jeweilige Haltung der Verwaltung im Fokus der Betrachtung. Er unterstrich darüber hinaus auch die Wichtigkeit der gewählten Vertreter, deren Engagement unabdingbar für das Funktionieren einer repräsentativen Demokratie sei. Trotzdem sei darüber hinaus das Thema Inklusion weiter zu verfolgen und etwa mit Methoden der Zufallsauswahl umzusetzen.



Abb.15/16: Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert: Legitimität lokaler Politik – festgegründet oder zunehmend prekär?

Fotos: vhw

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts



Abb.17/18/19: Diskussionsrunde zur Legitimität lokaler Politik (von links: Prof. Gunnar Folke Schuppert – WZB Berlin, Hilmar von Lojewski – Deutscher Städtetag, Bürgermeister Dr. Martin Lenz – Karlsruhe, Prof. Dr. Jürgen Aring – Moderation, Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz – Mannheim und Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann – Hamm) Fotos: vhw

Stadtgesellschaft: „Brennglas der Demokratie“

Der Nachmittag wurde eingeleitet durch Peter Rohland, Vorstand des vhw, der vor dem Hintergrund der Frage „Was leistet das Städtenetzwerk?“ neue Beteiligungszugänge und ein geändertes Dialogverständnis einforderte. Den Handlungsbedarf in Sachen lokaler Demokratie unterstrich er u. a. durch aktuelle Zahlen der Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein. Das Städtenetzwerk strebe deshalb eine Verbreiterung der Partizipationsbasis durch eine Aus-

weitung von Inklusion an. Die gesellschaftlich besser gestellten Milieus seien überrepräsentiert, was zu sozialer Ungleichheit auch in Partizipationsfragen bei der Stadtentwicklung führe. Der derzeit im dritten Jahr befindliche Praxistest im Rahmen des Städtenetzwerks zeige erste und bereits evaluierte Ergebnisse, die die stadtgemeinschaftlichen Inklusionsbestrebungen belegen. Am späteren Nachmittag arbeiteten die Teilnehmer des Kongresses in drei parallelen Workshops zu Themen von „Gentrifikation und Aufwertung“, „Bildung in der Stadtentwicklung“ sowie „Mig-



Abb.20/21: Was gewinnen die Städte? Unterstützt wurde der Workshop I durch die Städtenetzwerkstädte Kiel und Essen. Margarete Meyer (links) aus Essen zu Problemen und Lösungen bei der Aufwertung von Essen-Katernberg.

Fotos: vhw



Abb.22/23: Bildung und Stadtentwicklung – auch schon ziemlich beste Freunde? Workshop II mit Unterstützung der Städtenetzwerkstadt Karlsruhe und einem Input von Sabine Süß, stellvertretende Leiterin der Geschäftsstelle Stiftungsverbund LernenvorOrt, (rechts) zu Bildung: Vom Handlungsfeld in die Integrierte Stadtentwicklung
Fotos: vhw

ranten im Dialog“. Im Workshop „Gentrifikation und kreative Milieus“ (mit Beispielen aus Kiel und Essen) wurde u. a. festgehalten, dass es nicht um einen Diskurs zu Gentrifikation und kreativer Klasse, sondern vielmehr um die Verräumlichung gesellschaftlicher Polarisierungsprozesse gehe. Darüber hinaus gehe es im Kern um die Frage, wie viel Ungleichheit wir aushalten wollen und können. Wenn Kommunen Aufwertungsprozesse kontrollieren oder steuern wollten, seien kleinräumige Instrumente zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklung notwendig.

Im Workshop „Lernlandschaft als Stadtentwicklung?“ wurde eine bessere Positionierung und Standortentscheidung anhand dreier Punkte eingefordert: Globalisierung und Bildungsstandort, räumliche Segregation sowie Zuwanderung und Wissensgesellschaft. Anhand von Praxisbeispielen aus Karlsruhe und Nürnberg wurde der Frage nachgegangen, ob und wie etwa Ganztagschulen mit einem neuen Bildungsansatz, der über das „reine Lernen“ hinausgeht, positiv auf das gesamte Stadtquartier ausstrahlen und etwa die Funktion eines „Magneten“ annehmen könnten.



Abb.24/25: Prof. Dr. Roland Roth im Workshop III: Migranten im Dialog? Milieuviefalt im Stresstest (links). Die Städtenetzwerkstädte Hamburg, Hamm und Ludwigsburg lieferten wertvolle Inputs aus der kommunalen Realität zur verbesserten Inklusion dieser Bürgergruppe.
Fotos: vhw

Herausforderung „neue soziale Kohäsion“ in den Städten – Der Beitrag des Städtenetzwerk-Projekts

Es wurde u. a. festgestellt, dass eine der Hauptaufgaben darin bestehe, die soziale Ebene mit der Bildung zusammenzubringen.

Der Workshop „Migranten im Dialog“ hatte die Einbeziehung und Beteiligung von Migranten in Stadtpolitik und Stadtentwicklung zum Thema. Anhand dreier Beispiele aus dem Städtenetzwerk (Hamburg, Hamm und Ludwigsburg) wurden die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen bei den Bemühungen um einen guten Dialog mit Migranten zusammengetragen. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass es gelte, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und Wertschätzung zu vermitteln. Von entscheidender Bedeutung sei darüber hinaus der Nahbereich Lebenswelt der Migranten. Insbesondere niedrigschwellige Aktivitäten aus den Bereichen Bildung und Kultur böten gute Anknüpfungspunkte. Um Migranten zu mobilisieren, wäre es sinnvoll, Multiplikatoren und Institutionen vor Ort einzubinden. Als Anreiz für Engagement solle die Möglichkeit zum Mitentscheiden gegeben werden.

Kommunikation mit Milieus in der Stadtgesellschaft

Der zweite Tag der Veranstaltung stand ganz im Zeichen des zum 3. Städtenetzwerkkongress veröffentlichten Handbuchs „Kommunikation mit Milieus in

der Stadtgesellschaft“. Im Anschluss an ein Kurzinterview dazu mit Prof. Klaus Wermer aus Essen und Bernd Hallenberg vom vhw konnten die Kongressteilnehmer aktiv in Rollenspielen Kommunikation aus bestimmten Perspektiven erproben. Durch die Übernahme einer Rolle im Konflikt sollten die Motive, Zwänge und Möglichkeiten der Akteure deutlich werden. Neue Perspektiven sollten sichtbar und Lösungsansätze sowie Verhandlungsstrategien ausprobiert werden. Somit konnte das Rollenspiel zur Nachnutzung des Geländes „Alte Weberei“ in Großbürgerhausen nicht nur das Verständnis von planerischen Prozessen und sozialen Dynamiken befördern, sondern auch auf individueller Ebene zu einer Verbesserung persönlicher Fähigkeiten wie Kommunikation, Konfliktfähigkeit, strategisches Planen, Verhandlungsgeschick, Kompromissbereitschaft und Empathie führen. Dies alles allerdings in nur knapp zwei Stunden...

Sebastian Beck vom vhw stellte zum Abschluss der Veranstaltung ein typisches Fallbeispiel der Stadtentwicklung mit Kommunikationsansätzen aus dem Kommunikationshandbuch vor. Dabei knüpfte er unmittelbar an die Erfahrungen aus den vorher durchgeführten Rollenspielen an. Im Zentrum seines Beitrags stand der milieuorientierte Ansatz, der dem Handbuch zugrunde liegt. In diesem Zusammenhang und mit Blick exemplarisch auf die Mig-



Abb.26/27: links: Schnell das Rollenprofil lesen und ... rechts: Argumente in Gruppen finden, um danach in den Dialog zu treten!

Fotos: vhw

vhw-Verbandspolitik

rantenmilieus wies er auf sogenannte „zivilgesellschaftliche Grauzonen“ hin, die es zu erreichen gelte. Auch die vermeintlich gemeinwohlorientierten Begründungs-

zusammenhänge von sogenannten privilegierten Milieus gelte es, genau zu hinterfragen, verbergen sich dahinter oft doch durchaus eigenwohlorientierte Ansätze.



Abb.28/29: links: Nun ist Bürgerversammlung in Großbürgerhausen, rechts: Prof. Dr. Jens S. Dangschat als Claudia Kleinemeister, Integrationsbeauftragte der Stadt Großbürgerhausen

Fotos: vhw



Abb.30/31: vhw-Vorstand Peter Rohland in Gesprächen

Fotos: vhw

Peter Rohland beendete den 3. Städtenetzwerkkongress: „Im Städtenetzwerk lernen wir ständig und gemeinsam. Die Sicht auf Legitimität vor Ort gibt uns die Chance, die gelebte und gebrauchte Struktur im

Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Städte zu betrachten und in neue bundespolitische Regulationsstrukturen zu überführen. Das wird aber dann Thema des Verbandstags 2013 im November sein.“

2 Eckpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklung

2.1 Integrierte Stadtentwicklung: Themen vernetzt denken

Den Erfordernissen moderner Zivil- und Stadtgesellschaften im 21. Jahrhundert folgend hat der vhw seit mehreren Jahren die Bürger bzw. Bürger- oder Zivilgesellschaften in den Mittelpunkt seiner Arbeit in den Handlungsfeldern der Stadtentwicklung gestellt. Ausschlaggebend dafür war nicht nur die Erkenntnis, dass der Bürger sowohl als „Objekt“ von Stadtentwicklungskonzepten in seinen Wünschen, Bedürfnissen und Verhaltensmustern nur unzureichend wahrgenommen wurde. Vielmehr standen die Bürger auch als mitwirkendes „Subjekt“ bei der Gestaltung des Stadtentwicklungsprozesses bislang allenfalls am Rand; ihre Rolle war insgesamt eher marginal.

Mit dem Bestreben, den Bürger, seine Sichtweisen, Bedürfnisse und konkreten Anliegen wesentlich besser zu erfassen und vor allem zu berücksichtigen, verfolgt der vhw im Städtenetzwerk nicht nur eine für den Umgang mit zunehmender Vielfalt und geschwundener Politiknähe unverzichtbare politisch-gesellschaftliche Leitidee. Vielmehr bedarf eine die Bürgerperspektive und den Bürger selbst einbeziehende Basis der Stadtentwicklung auch der fachlichen und strukturellen Integration.

Die entsprechende Herleitung aus diesem Perspektivwechsel für eine – den Namen verdienende – Integrierte Stadtentwicklung ist schlüssig zu beschreiben. Wenn der Bürger in seinen Anliegen, Bedürfnissen und Verhaltensmustern zur zentralen Zielkategorie von Stadtentwicklung wird und im Rahmen von – teilhabegerechten – Beteiligungsverfahren zum Koproduzenten aufsteigt, dann muss die Orientierung auch bei ihm beginnen. Und natürlich sind die Ansprüche und Bedürfnisse der

Bürger in der Stadtgesellschaft keineswegs eindimensional-sektoral, sondern vielfältig und multi-thematisch ausgeprägt. Ohne eine Berücksichtigung entsprechender Entscheidungsprozesse und Zusammenhänge beim Bürger und der sich aus ihnen ergebenden Verhaltensmuster im Rahmen einer integrierten, Wirkungszusammenhänge einbeziehenden Politik und Umsetzung muss der Erfolg von Stadtentwicklung zwangsläufig rudimentär bleiben.

Obwohl das Erfordernis einer Integrierten Stadtentwicklung spätestens mit der Leipzig Charta vom Mai 2007 auf europäischer Ebene verankert worden ist, ist die Umsetzung dieser Anforderung in der Praxis bislang unzureichend. Allenfalls in Ansätzen haben Lokalpolitik und Verwaltungen in Deutschland den Weg in die erforderlichen neuen (Querschnitts- und Überbau-)Strukturen und disziplin- und themenverknüpfenden Planungsgrundlagen gefunden.

Wenn der Bürger zugleich Verkehrsteilnehmer, Bildungskonsument, Nachfrager nach Kultur und Versorgung ist oder sich in einer vielfältig schwierigen, gar prekären Lebenslage befindet, kann dem nur durch integrierte Ansätze begegnet werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn mehrere Entwicklungsziele formuliert werden, deren Umsetzung jedoch die jeweils entstehenden Wechselwirkungen und Zielkonflikte unberücksichtigt lässt.

Zwei Beispiele sollen dabei helfen, diese Zusammenhänge besser zu konturieren:

- Im Rahmen der mittel- und langfristigen Klimapolitik wird dem Beitrag der energetischen Sanierung im Gebäudebestand eine hohe Relevanz zugeschrieben. Gerade in älteren Gebäuden der Vor- und Nachkriegszeit kann die Energieeffizienz erheblich gesteigert und der CO₂-Ausstoß entsprechend vermindert werden. Aufgrund der damit meist verbundenen Mietsteigerungen ergibt sich jedoch oft eine asymmetrische Belastungswirkung bei den betroffenen Mietern. Mögliche Konsequenzen sind

die Verdrängung sozial schwächer gestellter Mieter, das „Aufbrechen“ bislang stabiler Quartiere und die Herausbildung neuer sanierungsbedingter Segregation. Damit geraten parallele Ziele der Stadtentwicklung in Konflikt.

- Ein anderes Beispiel betrifft kommunale Aufwertungsstrategien, die je nach Anlass gesamtstädtisch, stadtteil- oder quartiersbezogen ausgerichtet sein können. Oft geht es darum, Teilräume in den Städten „zukunftsfitig“ zu machen. Dies kann überkommene, unattraktive Strukturen in den Innenstädten ebenso betreffen wie den Umgang mit einem antizipierten Wachstum der Bevölkerung. Oft bleiben dabei jedoch wichtige Aspekte, die für die Bürger sogar entscheidungsrelevant sein können, auf der Strecke. Die Planungsgrundsätze gehen z.B. davon aus, dass ein Neubauangebot in einer Bestandssiedlung schon durch Bauform oder Preis den Wünschen einer bestimmten „Zielgruppe“ entspricht. Tatsächlich müssen jedoch viele Aspekte und Anliegen berücksichtigt werden: Gibt es für die angesprochenen Neubürger überhaupt qualifikationsgerechte Arbeitsplätze am Ort oder im Umland? Welche Ansprüche an Parkraum und Durchgangsverkehr sowie den ÖPNV sind zu berücksichtigen? Welches Bildungsangebot erwarten (und erwartet) die Zuzügler? Und wie lassen sich deren Ansprüche, deren Erfüllung entscheidend für die letztliche Nachfrage sein kann, mit den Bedürfnissen und Anliegen der bereits im Gebiet lebenden Bürger in Einklang bringen? Müssen parallele Bildungsangebote konzipiert werden? Besteht die Gefahr von Verdrängungsprozessen?

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Vor allem Fragen des Umgangs mit Vielfalt (diversity management) – unterschiedlichen Werten, Kulturen, Ansprüchen und Erwartungen – stellen eine große Herausforderung dar. Auch großflächige Phänomene wie Gentrifizierung lassen sich nur multidisziplinär und akteursübergreifend behandeln. Der Umgang mit den Themen der Stadtent-

wicklung muss der entsprechenden Vielfalt der Bürger Rechnung tragen – und dazu gehört natürlich die Einbeziehung der Bürger und der sonstigen relevanten Akteure in die Prozesse.

Themen vernetzt und zusammen mit den Bürgern denken und behandeln ist die Kernaufgabe der nächsten Jahre. Gerade im Bildungsbereich zeigt sich, wie schwierig es sein kann, herkömmliche Denkmuster aufzubrechen und neue themenübergreifende Zugänge zu schaffen.

Neben den traditionellen Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung hat der vhw seit 2009 auch das Handlungsfeld Bildung, genauer gesagt lokale Bildungslandschaften als wichtigen Baustein von Stadt- und Quartiersentwicklung im Blick. Dass Bildung derzeit oben auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda steht, bedarf keiner besonderen Betonung. Man denkt einerseits sofort an den Pisa-Schock, Sachbücher und Talksendungen im Fernsehen zur Bildungsmisere. Andererseits wird kaum eine Rede zur Zukunft Deutschlands gehalten, in der Bildung nicht als wichtigster Rohstoff bezeichnet wird. Doch was hat Bildung mit Stadtentwicklung zu tun?

Eine Aufgabe der Bildungspolitik wird darin gesehen, individuelle Bildungsbiographien erfolgreicher verlaufen zu lassen. Mit der instruktiven Überschrift „Kein Kind zurück lassen“ wird dabei gerne die Richtung gewiesen. Bei Bildung denkt man sicherlich zuerst an die Wissensvermittlung und den Erwerb von Bildungszertifikaten in der Schule. Dafür sollen gute Schulen und vorschulische Einrichtungen sorgen. Doch das Feld ist viel komplexer. Schon die Übergänge von der Kita zur Grundschule und der Grundschule zur weiterführenden Schule sind potenzielle Bruchstellen in Biographien, die eine Bildungslaufbahn nachhaltig beeinflussen können. Vernetzung und Abstimmung tun not. Darüber hinaus ist eine erfolgreiche Schullaufbahn zusätzlich auch auf günstige Voraussetzungen angewiesen, die außerhalb des formalen Bildungssystems geschaffen werden. Deutsche

Eckpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklung

Sprachkenntnisse, Ausdrucksfähigkeit, Allgemeinwissen, Neugier, Lernlust usw. sind wichtige Grundlagen für schulisches Lernen, die außerhalb der Schule im sozialen Umfeld gelegt werden, ganz besonders natürlich in der Familie, doch auch im Freundeskreis, in Nachbarschaften oder Vereinen. Da vielen Kindern diese Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen oft fehlen, bedarf es speziell zugeschnittener Unterstützungsangebote für das Lernen und Erfahren.

In diesem Sinne spricht man zu Recht von einer Bildungslandschaft, die entwickelt werden kann. Im Focus stehen dabei sowohl die Verbesserung von Institutionen und zusätzlichen Unterstützungseinrichtungen wie auch eine bessere Vernetzung und Abstimmung der Einrichtungen untereinander sowie mit den Eltern und Bürgern. „Bildungsferne“ und „Bildungsnähe“ sind gängige Begriffe, um die bildungsspezifische Haltung verschiedener Milieus bzw. sozialer Schichten zu beschreiben. Angesichts der sozialen Selektivität in Städten, die Quartiere mit speziellen Milieukonstellationen und damit auch speziellen Rollen und Aufgaben für die (Groß-)Stadt hervorbringt, sind Bildungslandschaften immer mit einer Sozialraumperspektive verknüpft. Sowohl die Herausforderungen wie die Lösungsmöglichkeiten sind ortsabhängig. Der Ort ist nicht nur die Bühne, sondern gleichzeitig ein Wesensmerkmal der Bildungslandschaft. Gerade in großen Städten lassen sich so quartiersbezogene Bildungslandschaften nicht von den allgemeinen Prozessen der Quartiersentwicklung trennen.

Eine zweite Perspektive erschließt sich, wenn man den engeren Bildungsbegriff verlässt, der mit Schulen und dem Erwerb von Bildungszertifikaten verbunden ist. Es ist die Realität in den Städten, dass dort viele Menschen leben – und zwar zumeist räumlich gehäuft – die den Anschluss an die Mainstream-Gesellschaft und Ökonomie verloren oder (noch) nicht gefunden haben. Man spricht hier von „Überforderten Nachbarschaften“, von Quartieren mit Integrationsaufgaben oder von Ankomm-Quartieren. Hier stellt sich die Herausforderung Anschluss zu finden, und zwar nicht nur für Kinder,

sondern vor allem auch für Erwachsene. Lernen ist dabei eine Dauerherausforderung, sei es beim Spracherwerb, der Orientierung am Arbeitsmarkt, der Orientierung im Verwaltungsstaat usw. Hier geht es beim Lernen nicht um den Erwerb von Bildungszertifikaten, sondern um Fähigkeiten, die im Alltag einen besseren Anschluss ermöglichen sollen. Stadtentwickler und Quartiermanager stellen vor diesem Hintergrund die Frage, wie die Idee der Bildungslandschaft weiter entwickelt und Baustein in einer Strategie der Quartierentwicklung werden kann.



Abb.32: Alle sollen gewinnen – Auftaktveranstaltung Dialog Ganztagschule in Karlsruhe

Im Städtenetzwerkprojekt haben Karlsruhe und Mannheim ihre jeweiligen Projekte inhaltlich mit der Aufgabe der Weiterentwicklung von Bildungslandschaften verknüpft. Dabei stehen Stadtquartiere im Fokus, die durch einen sozial schwachen Status der Bewohner gekennzeichnet sind und in welchen vorrangig Milieus anzutreffen sind, die als eher bildungsfern gelten und insofern dem Thema Bildung nicht unvoreingenommen und vorbehaltlos gegenüberstehen.

In Karlsruhe bildet die anstehende Umwandlung einer Halbtags- in eine Ganztagschule im Stadtteil Rintheim den Ausgangspunkt der Überlegungen. Vor dem Hinter-

grund der Schulentwicklung in Baden-Württemberg ist das ein Schritt, der auf viele Schulen zukommt. Im Kern des Projekts stehen zunächst Fragen der örtlichen Ausgestaltung der Ganztagschule und der Akzeptanz und Mitgestaltung der Veränderungen seitens der Eltern. Darüber hinaus wirft die Ganztagschule aber auch weitere Fragen auf, die im Laufe des Projekts aufgegriffen werden können. Welche Auswirkungen ergeben sich durch eine Ganztagschule für das Quartier? Wird sie in Verbindungen mit Wohnungsneubau den Einstieg in einen Aufwertungsprozess darstellen? Entstehen neue Bruchlinien zu einem benachbarten, eher bürgerlichen Quartier, weil mit der Ganztagschule andere Einzugsbereiche und mögliche neue soziale Durchmischungen erreicht werden? Die Fragen sind noch nicht abschließend gestellt, doch die Stadtentwicklungsdimension von Veränderungen in der Bildungslandschaft wird deutlich.

Im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West stehen zwei Fragen im Fokus. Zum einen geht es um die Aktivierung der Eltern und die Stärkung ihrer Verantwortlichkeit beim Bildungserfolg ihrer Kinder. Dabei stehen Grundschulen, Kitas und das informelle Lernumfeld besonders im Blickpunkt, und es kann auf örtliche Projekte in den Grundschulen des Stadtteils sowie Ansätze der Stiftungsinitiative „Ein Quadratkilometer Bildung“ und des Stiftungsverbands „Lernen vor Ort“ aufgebaut werden. Ungeachtet der erreichten Erfolge gilt das Ziel, Beteiligungsschwellen auf breiter Front weiter abzusenken. In der zweiten Perspektive im Projekt in Neckarstadt-West geht es darum, die örtliche Bildungslandschaft als Teil einer integrierten Quartiersentwicklung zu verstehen. Welche Rolle spielen die Bildungsinstitutionen für den Stadtteil? Wie lassen sich bildungs- und stadtentwicklungspolitische Ziele verzahnen? Letztlich soll das Projekt dazu beitragen, aufbauend auf den bisherigen Stadtteilaktivitäten und -konzepten, die Neckarstadt-West bei der Wahrnehmung ihrer Funktion als Quartier mit Integrationsaufgaben zu bestärken. Dazu wird der Frage nachgegangen, wie die lokale Bildungslandschaft

durch eine dichtere Akteursvernetzung die soziale und wirtschaftliche und damit integrierte Entwicklung in dem Quartier unterstützen kann.

Die Projekte in den Städtenetzwerkstädten stehen dabei nicht isoliert. Der vhw trägt vor Ort dazu bei, die konkreten Projekte im Sinne deliberativer dialogorientierter Prozesse voranzutreiben. Gleichzeitig bietet der vhw aber auch die Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten (Städtenetzwerk) und er strebt eine Reflexion der Projekte durch fachbezogene Inputs zum Thema Bildungslandschaften an (thematische Stadtentwicklungsdiskurse). Der Workshop „Lern- und Bildungslandschaften auf dem Städtenetzkongress im Juni 2013 in Berlin sowie der südwestdeutsche Regionalarbeitskreis „Dialog und Evaluation“ im September 2013 in Ludwigsburg sind konkrete Schritte auf diesem Weg. So werden Erkenntnisse und Erfahrungen erarbeitet, die auch in anderen Städten mit ähnlichen Herausforderungen genutzt werden können.

2.2 Integrierte Stadtentwicklung: Mit allen Akteuren

Ein gänzlich anderen Weg einer grundlegenden „bottom up“-Beteiligung von Bürgern am Dialogprozess zur Integrierten Stadtentwicklung wird die Freie und Hansestadt Hamburg mit dem vhw auf den Elbinseln im Bezirk Hamburg-Mitte beschreiten. Auf den Elbinseln sind Wilhelmsburg, Veddel und andere, teils recht beschauliche Stadtteile und naturbelassene Freiräume in den letzten Jahren zum Gegenstand mehrerer Großprojekte geworden: z. B. durch die Internationale Bauausstellung oder die Internationale Gartenschau, die beide zugleich 2013 stattfinden.

Projektbegleitend wurde mit dem Rahmenkonzept „Sprung über die Elbe“ bzw. mit der aus mehreren Planungswerkstätten resultierenden Fortschreibung „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ ein anspruchsvolles und weitreichendes Fundament für die zukünftige Stadt-

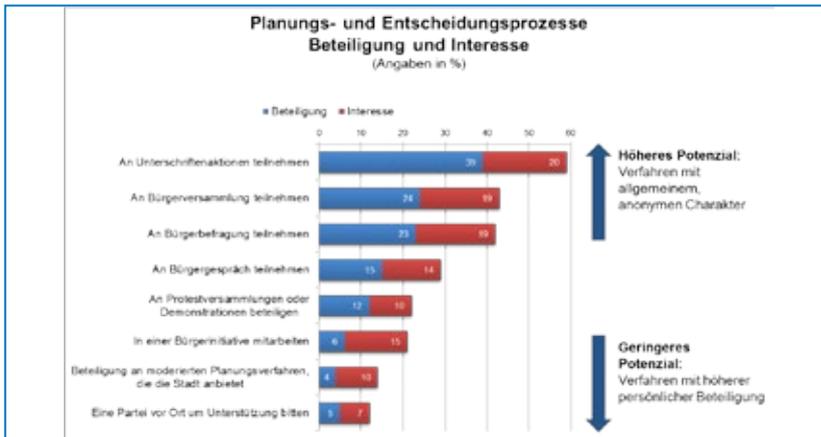


Abb.33/34: Beteiligungshaltungen, vhw-Trendstudie 2012, Basis: 2.016 Fälle

Quelle: vhw-Kommunikationshandbuch, S. 201/Foto: Wikipedia

entwicklung auf den Elbinseln gelegt. Welche gewaltige Dimension dieses Zukunftsbild aufweist und welche weitreichende Bedeutung dem für die Elbinseln zukommt, dürfte allein schon klar werden, wenn man sich das Ziel eines Neubaus von mehreren tausend Wohnungen in Wilhelmsburg vor Augen hält. Die mit einem konkreten Zukunftsbild abgeschlossenen Planungswerkstätten wurden durch verschiedene Bausteine der Information und der Mitwirkung an den Werkstätten begleitet, die im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg von einem lokalen Dienstleister erbracht werden.

Im Zuge der öffentlichen Kritik an der bisherigen Beteiligungspraxis, insbesondere bei den Planungswerkstätten zum „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“, haben sich lokale Initiativen und viele Bürger der Elbinseln dafür ausgesprochen, die städtebaulich und technisch formulierten Entwicklungsüberlegungen durch einen selbstgesteuerten, die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt rückenden „bottom up“-Prozess „mit allen Akteuren“ zu ergänzen. Dabei sollten, nicht nur wie bisher „die üblichen Verdächtigen“, sondern, im Sinne der Inklusion, alle Bürger der Stadtgesellschaft auf den Elbinseln in einen innovativen Dialog einbezogen werden.

Diesem selbstbewussten Anliegen tragen der Bezirk Mitte und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Rechnung, indem sie auf Basis einer gemeinsamen Finanzierung die Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg mit der Trägerschaft und mit der Durchführung des vielschichtigen Verfahrens „Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln“ beauftragt haben. Als Kooperationspartner wird der vhw im Rahmen seiner künftigen konzeptionellen Arbeit im Städtenetzwerk den Dialogprozess auf den Elbinseln mit seinen analytischen und beratenden Leistungen in Sachen Inklusion, Dialoggestaltung und Stärkung der lokalen Demokratie, die bei Stadt, Bezirk und Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg auf ein weitgehend deckungsgleiches Interesse gestoßen sind, unterstützen.

Dazu gehört im Einzelnen eine auf zahlreichen vom vhw zu führenden Interviews basierende Netzwerkanalyse der bisherigen Beteiligungslandschaft auf den Elbinseln. Im Sinne einer verbesserten Inklusion hat sie zum Ziel, die Zentren, die Reichweite, die Grenzen und das „Jenseits-davon“ der Beteiligungslandschaft auszuloten. Zudem gehören eine mikrogeografische Milieuanalyse der Bevölkerung der Elbinseln sowie ein Überblick der an Dialogprozessen aktiv Beteiligten dazu. Auch werden als Konsequenz aus diesen Analysen in Kooperation mit

vhw-Verbandspolitik

dem vhw-Partner TNS-Infratest auf den Elbinseln sechs Milieugruppengespräche durchgeführt, vornehmlich mit denjenigen Milieus, die bislang nicht oder nur unzureichend an Partizipationsprozessen teilgenommen haben bzw. teilnehmen. Darüber hinaus sind die erzielten Analyseergebnisse und erarbeiteten Wissensbestände über gemeinsame Transfer- und Entwicklungsworkshops in eine Aktivierungsstrategie zu überführen, die ggf. in Folge eine konkrete, die Inklusion fördernde Umsetzung in den Verfahren vor Ort erfahren wird. Begleitet werden diese vornehmlich analytischen und handlungsorientierten Beiträge noch durch das ergänzende Angebot der Politikberatung vor Ort bei der Konzipierung von bürgerschaftlichen Dialogen und der darauf bezogenen Herausbildung von Organisations-, Durchführungs- und neuen Legitimationsstrukturen sowie der Qualitätsprüfung/Evaluation der resultierenden Dialoge.



Abb.35: Die vom Abriss bedrohte Soulkitchen-Halle in Hamburg Wilhelmsburg

Foto: vhw

Eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen dieses Beteiligungsprozesses ist einerseits die grundlegende „bottom up“-Orientierung, die mit der Vergabe des kommunalpolitischen Verfahrens an eine zivilgesellschaftliche Institution vorgenommen wurde, bei gemeinsamer, wenngleich zurückhaltender Prozesssteuerung durch Senat, Bezirk, Stiftung Bürgerhaus

und – in beratender Funktion – vhw sowie einhergehend mit dem Entwicklungserfordernis völlig neuer Rollenverständnisse aufgrund der veränderten Kooperationskonstellation. Andererseits ist auch die politische Selbstverpflichtung der Stadt, sich sehr ausführlich mit den Prozessergebnissen zu befassen und den politischen Umgang damit fundiert zu begründen, eine Bedingung für den Erfolg des Vorhabens, ganz im Sinne der (kommunal-)politischen Selbstverpflichtung durch sogenannte Complyants-Regeln, wie sie mitunter auch von der Politikwissenschaft für Governance-Prozesse vorgeschlagen werden („*comply or explain!*“; Schuppert 2013). Politik und Verwaltung haben hierfür eine Zusage gegeben, die Ergebnisse den offiziellen politischen Gremien des Bezirks und der Stadt, d.h. der Bezirksversammlung und der Bürgerschaft, vorzulegen und sie im Grundsatz zu respektieren.

In der inhaltlichen Arbeit zielt das Verfahren „Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln“ zum einen darauf, ein bürgerschaftlich „mit allen Akteuren“ getragenes Leitbild für die Entwicklung der Elbinseln in der nächsten Dekade zu entwickeln und zum anderen, ein Modell für eine kontinuierliche Mitwirkung der Bürger und der Zivilgesellschaft an dessen Umsetzung zu entwerfen und nachhaltig zu befördern. Dabei gilt es, die auf den Elbinseln lebende Bevölkerung möglichst breit, in ihrer ganzen stadtgesellschaftlichen Vielfalt in die Beteiligung einzubinden, ebenso wie weitere Interessensgruppen, Politik, Fachbehörden, Verwaltung und ansässige Wirtschaft, die ggf. alle als Partner „auf Augenhöhe“ für den Beteiligungsprozess zu gewinnen sind. Dadurch soll insbesondere das Gemeinwesen und die lokale Demokratie auf den Elbinseln nachhaltig gestärkt werden. Als Ergebnis könnte dies zu einer Verstetigung der Mitwirkungsstrukturen führen und in einer von Politik und Verwaltung entwickelten kommunalpolitischen Satzung münden.

2.3 Integrierte Stadtentwicklung: Beteiligung als Emanzipationsprozess

Filderstadt – ein idealtypisches Dialogverfahren

Die Stadt Filderstadt führte im zweiten Halbjahr 2012 ein vertiefendes Verfahren der Bürgerbeteiligung zur Stadtteilentwicklung durch, das bereits in der ISEK 1.0, dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2011, zur weiteren Konkretisierung des Konzepts angekündigt worden war. Im Grundsatzbeschluss des Gemeinderats der Stadt wurde dazu als wesentliches Ziel die Erarbeitung eines zentralen Steuerungsinstrumentes für Gemeinderat und Verwaltung für die zukünftige Stadtentwicklung formuliert. Als Mitglied im bundesweiten Städtenetzwerk „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“ wurde der vhw als Kooperationspartner in dieses Verfahren eingebunden.

Das Beteiligungsverfahren, konzeptionell in vertraulicher Zusammenarbeit der kommunal Verantwortlichen mit dem vhw ausformuliert und eng am theoretischen Idealtypus des vhw angelehnt, hatte die in der ISEK 1.0 angedachten Planungsschritte und Maßnahmen für die Stadtteile in Filderstadt zu konkretisieren und neue, bislang nicht hinreichend partizipierende Gruppen von Bürgern für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung zu gewinnen.

Die Aufgaben der vertiefenden Erörterung der ISEK 1.0 in der Stadtteilkonferenz waren es:

- vom Leitbild im ISEK zu Maßnahmen im Stadtteil zu konkretisieren,
- einhergehend integrative Perspektiven zur Stadtentwicklung zu erarbeiten und
- möglichst die gesamte bürgerschaftliche Vielfalt zu beteiligen.

Die Resultate des Beteiligungsverfahrens, das auf Wunsch und Beschluss des Gemeinderats der Stadt für alle fünf Stadtteile gleichzeitig in einer gemeinsa-

men großen Bürgerkonferenz erfolgen sollte, wurden zu einer weiterentwickelten Fassung der ISEK 2.0 verdichtet. Diese Fassung, die zusätzlich in zahlreichen Auswertungsschritten der eingereichten Bürgeranregungen sowie Workshops und Gremiensitzungen feinjustiert wurde, wird abschließend dem Gemeinderat der Stadt als langfristiges Steuerungsinstrument der räumlichen und strukturellen Entwicklung zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

Fundiert wurde das Verfahren in integrativer Sichtweise durch vorgeschaltete milieubasierte und nachfrageorientierte Analysen des vhw zur Integrierten Stadtentwicklung, die u. a. den Fokus auf die besondere Rolle Filderstadts im Umfeld und Einzugsbereich der Großstadt Stuttgart lenkten und die damit verbundenen Chancen und Hemmnisse thematisierten. So ist die Bevölkerung in Filderstadt in ihrem Lebensstil noch teilweise sehr dörflich und beschaulich orientiert, insbesondere die älteren Bürger, teilweise aber auch bereits sehr großstädtisch, mobil und dynamisch.

Eine der Herausforderungen ist es demnach, diese gegensätzlichen Pole von Stadt und Land, Dynamik und Beschaulichkeit synergetisch in einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung zu vereinen. Dabei stellt eine „Renaissance der Innenstadt“, wie sie die Landeshauptstadt Stuttgart durch große, relativ kostengünstige Wohnungsbauprojekte in der Innenstadt erfolgreich anstrebt, eine potenzielle Konkurrenz um Einwohner und „Köpfe“ sowie für den großstädtisch orientierten Teil der Bevölkerung eine wirkliche Alternative dar, zumal rund 70 Prozent der Berufstätigen in Filderstadt ohnehin schon Auspendler sind, die ihre Stadt täglich zu Arbeitszwecken verlassen und nur in ihrer Freizeit tatsächlich nach Filderstadt zurückkehren. Für diese Klientel stellt ein zentral gelegenes, finanziell und lebensweltlich attraktives Wohnungsangebot in der Großstadt eine echte Versuchung dar, sich die weiten Wege „in die Stadt“ zu ersparen. Auch hier gilt es für Filderstadt, die eigenen urbanen und ländlichen Qualitäten zu stärken,

um eine eigenständige, nicht von regionalen Einflüssen bestimmte Stadtentwicklung voranzubringen.

Vorangestellt wurden auch Analysen zur bisherigen Beteiligungslandschaft in Filderstadt. Über die mikrogeographische und milieubasierte Auswertung anonymisierter Adressdaten von Teilnehmern der beiden letzten großen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen konnte ein aussagestarker Eindruck zur lebensweltlichen bzw. milieubasierten und sozialen Zusammensetzung der Bürger bei diesen Beteiligungsverfahren gewonnen werden. Vor allem aber konnte vor dem Hintergrund der politikwissenschaftlichen Inklusionsdebatte in Deutschland, die sich aktuell mit der asymmetrischen Zusammensetzung informeller Beteiligungsverfahren und deren fragwürdiger Legitimationsbasis befasst, anschaulich her-

ausgearbeitet werden, welche stadtgeseftlichen Milieus bislang stärker, weniger stark oder überhaupt nicht vertreten waren und welche Herausforderungen sich daraus für die „Bürgerrekrutierung“ in der Zukunft ableiten lassen.

Eine der weiteren erfolgreichen Innovationen in dem Beteiligungsverfahren, das nach mehrmonatiger Vorbereitung im November 2012 durchgeführt werden konnte, war zunächst die frühzeitige Einbindung einer 17-köpfigen, moderierten Vorbereitungs- bzw. Screening-Gruppe mit Mitgliedern aus der Bürgerschaft, dem Gemeinderat und der Verwaltung. Deren Aufgabe war es, das Verfahren langfristig vorzubereiten und verfahrensbegleitend zu steuern. Welche Bedeutung dieser zunächst recht einfach anmutenden Innovation zukommt, das zeigt sich vor

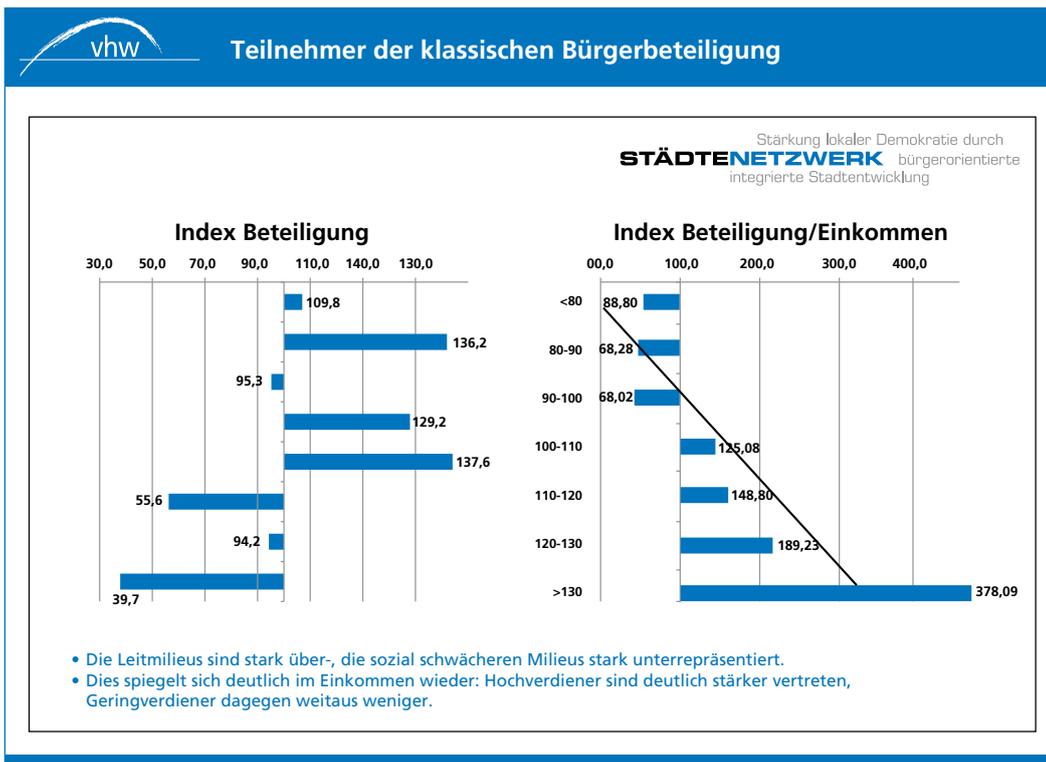


Abb.36: Zusammensetzung von Bürgerbeteiligungsverfahren (Beispiel Ludwigsburg 2012)
Quelle: vhw

Eckpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklung

allem dann, wenn man berücksichtigt, dass bereits im Vorfeld eines Beteiligungsverfahrens fast alle wichtigen Weichenstellungen (und leider auch fast alle wegweisenden Fehler) für das spätere Verfahren und dessen Legitimation vorgenommen werden. Das betrifft unter anderem die Setzung von Themen (Agenda-Setting), Schwerpunkten und einzubeziehenden Perspektiven, die (Nicht-)Einbeziehung von Gruppen und Akteuren, die Ansprache der Bürger oder ganz einfach das Format und die Abfolge von Veranstaltungen.

Nicht von ungefähr hat diese insgesamt nur drei- bis viermal tagende Gruppe eine zunehmend mehr verfahrenskreative und eigenverantwortliche Rolle in der Vorbereitung und Begleitung des Beteiligungsverfahrens eingenommen. Sie hat unter anderem das vollständige Ersetzen von Einführungsvorträgen durch einen 15-minütigen Einführungsfilm mit integrierten Statements beschlossen und zuletzt sogar den Anspruch formuliert, bestimmte Verfahrensschritte durch Kenntnisnahme und Zustimmung der Screening-Gruppe zu legitimieren. Nach Aussage der Verantwortlichen für den Dialog hat sich dieses Element des Verfahrens ganz besonders bewährt und soll daher auch zukünftig in die Routineabläufe der Stadt in Sachen Bürgerbeteiligungsprozesse integriert bleiben.

Ein besonderes Anliegen, welches sich u.a. aus der Beteiligungsanalyse des vhw zu früheren Prozessen der Integrierten Stadtentwicklung ableitete, bestand in dem formulierten politischen Wunsch der verbesserten Einbeziehung/Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund. Um die Bedürfnisse, Befindlichkeiten und Einstellungsmuster dieser Migranten besser kennenzulernen, führte der vhw im Vorfeld der eigentlichen Bürgerbeteiligung 15 Telefoninterviews mit Migranten durch, legte die kommunal vielbeachteten Ergebnisse in einer (nicht repräsentativen) Vorstudie nieder und ließ die Ergebnisse in die Beratungen der Screening-Gruppe zur Gestaltung der Stadtteilkonferenz einfließen. Einige Monate später wurde die Kurzstudie einem von der Stadt Filderstadt

angebotenen, ausgiebigen Wochenend-Workshop mit Migrantinnen und Migranten zugrunde gelegt.

Eine weitere Innovation war ein erstmals in dieser Form erprobtes Einladungsverfahren, mit dem alle Sozialmilieus in Filderstadt nach dem Prinzip der repräsentativen Zufallsauswahl erreicht werden sollten. Dazu stellte der vhw für alle Stadtteile milieuorientierte „Lostöpfe“ zur Verfügung, die mit Adressen bestückt wurden, die entsprechend der zugrunde liegenden mathematischen Modelle bestimmten „dominanten Milieus“ zugeordnet werden konnten. Aus diesen „Lostöpfen“ filterte die Stadtverwaltung in vertraulichem Verfahren über 2.000 Adressen heraus. Das Einwohnermeldeamt stellte für die per Zufall ausgewählten und zugleich quotiert zur Verfügung gestellten Adressen jeweils zugehörige Namen zur Verfügung. Diese ausgewählten Personen erhielten von Frau Oberbürgermeisterin Dönig-Poppensieker ein persönliches Anschreiben und eine leicht verständliche Einladung zur Stadtteilkonferenz.



Abb.37: Postkarte zur Stadtteilkonferenz mit Rücksendeoption für Anregungen der Bürger
Quelle: Stadt Filderstadt

Im Hinblick auf die Stadtteilkonferenz und die Inklusion der stadtgesellschaftlichen Vielfalt wurden bereits im Vorfeld in Zusammenarbeit von Stadt und vhw verschiedene Materialien zur Information über Belange der Integrierten Stadtentwicklung vorbereitet und passgenau auf die lebensweltlichen Kommunikationsweisen der Bürger abgestimmt. So wurden anschauliche Presetexte für das Amtsblatt (Auflage: 23.000 Exemplare, Zustellung an alle Haushalte der Stadt) und andere interessierte Medien erstellt sowie Broschüren zur Stadtentwicklung und Milieuanalyse erarbeitet. Des Weiteren wurden sprachlich nicht überfrachtete Einladungs- und Informationstexte sowie grafisch ansprechende Postkarten und Plakate für die verschiedenen Bausteine des Dialogs erstellt und auf diversen Kommunikationswegen veröffentlicht.

Besonders hervorzuheben in der Fülle an exklusiven Materialien sind stadtteilbezogene Postkarten, die auf der Vorderseite Werbung für die Stadtteilkonferenz machten und auf der Rückseite Platz für Anregungen und Bedenken hatten. Mehr als 500 schriftliche Eingaben wurden darauf verfasst und per Post oder Abgabe im Rathaus rückübermittelt. Alle kleinen und großen Anmerkungen wurden in der Folgezeit ausgewertet und zur Abhilfe an die zuständige Behörde weitergeleitet oder den Anregungen und Bedenken

im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur ISEK 2.0 hinzugefügt und einer späteren Auswertung zugänglich gemacht.

Ein weiteres zum Einsatz gekommenes Beteiligungsformat bestand in der Durchführung von geführten frühabendlichen Stadtpaziergängen in allen fünf Stadtteilen, an denen mehr als 100 Personen teilnahmen und auf denen die ortsbezogenen Herausforderungen besichtigt und anschließend in lokalen Räumlichkeiten diskutiert wurden.



Abb.38: Einer von fünf Stadtteilspaziergängen. Was gefällt und was wäre besser zu machen?
Foto: Stadt Filderstadt

Zentraler Kern des Dialogverfahrens, auf den alle der vielfältigen Bemühungen im Vorfeld zugeschnitten waren, war die große Stadtteilkonferenz, die am 23. November 2012 abends in der Aula eines Schulgebäu-



Abb.39/40: Diskussion und viele Vorschläge zur Stadtteilkonferenz im Juni 2013



Foto: vhw

Eckpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklung

des im Stadtteil Bonlanden stattfand und an der rund 260 Personen teilnahmen. Auf der Konferenz wurde in fünf moderierten, stadtteilbezogenen Arbeitsgruppen von etwa 30 bis 60 Personen über die zukünftige Entwicklung des jeweiligen Stadtteils im Kontext gesamtstädtischer Belange diskutiert. Im nachfolgenden Plenum wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen präsentiert, diskutiert und additiv zu einem ersten Gesamtprogramm der Integrierten Stadtentwicklung zusammengefügt. Eine Analyse der anonymisierten Teilnehmeradressen dieser Stadtteilkonferenz durch den vhw konnte im Nachgang deutlich aufzeigen, dass es bei der Stadtteilkonferenz relevante Verbesserungen bei der Inklusion bzw. der Breite der Einbeziehung stadtgesellschaftlicher Milieus gegeben hat.

Aufgrund des für jedermann offenen Verfahrens (wer kommt, der kommt), lassen sich Verwerfungen gegenüber einer repräsentativen Teilnehmerzusammensetzung nicht vermeiden. Um jedoch Schief lagen im Hinblick auf Repräsentativität – damit und letztlich auch Legitimation der Ergebnisse der Stadtteilkonferenz – zu korrigieren, wurde parallel zur Stadtteilkonferenz eine „Hubschrauber-Gruppe“ mit 17 zufällig ausgewählten, allerdings nach Stadtteilen, Geschlecht, Migrationsstatus und Milieu quotierten Bürgern vorgesehen, die zwei Wochen nach der Stadtteilkonferenz zu einer mehrstündigen Sitzung einberufen wurde.

In zwei überschaubar kleinen Arbeitsgruppen wurden unter sachkundiger Anleitung von milieuorientierten Moderatoren des vhw-Partners Agentur Q| aus Mann-

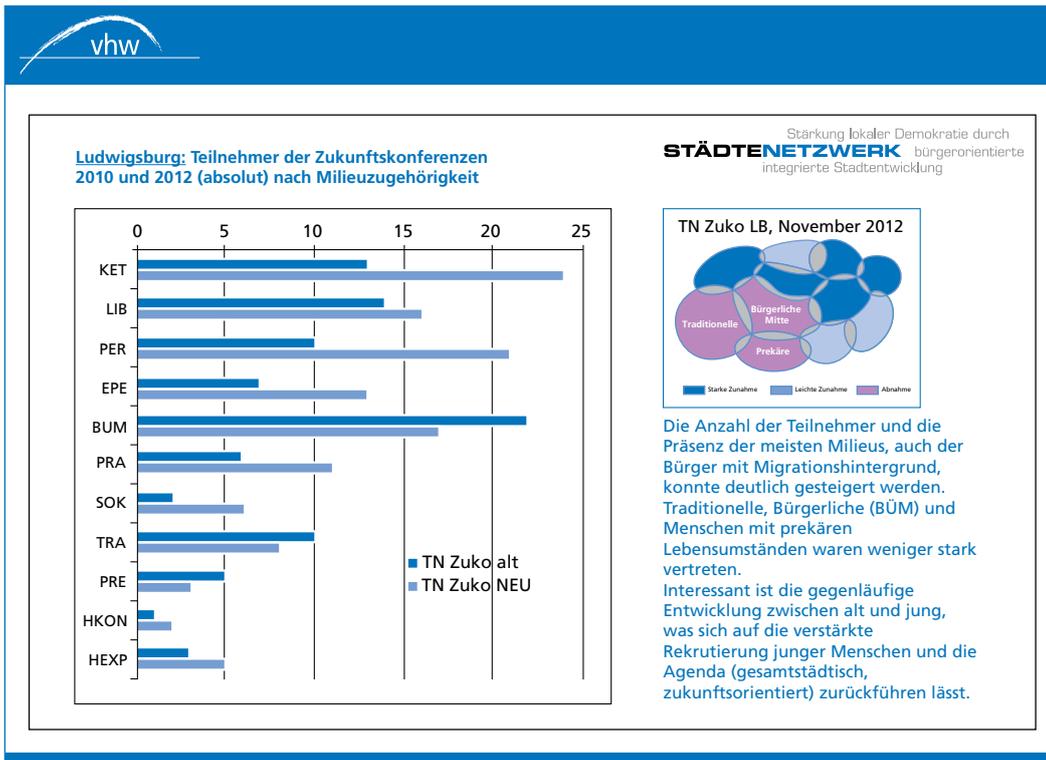


Abb.41: Vergleich der Teilnehmer der Stadtteilkonferenzen 2010 und 2012 Grafik: vhw

heim alle Ergebnisse und Erkenntnisse der früheren Beteiligungsverfahren noch einmal im Sinne einer Bürger-Jury systematisch gesichtet, intensiv nach den vorher erläuterten, strengen Regeln der Deliberation (d. h. gleichberechtigt, fair, gemeinwohl- und konsensorientiert) diskutiert, als Ergebnis einer abschließenden gemeinsamen Bewertung und Prioritätensetzung unterzogen und als einvernehmliche Beschlussempfehlung an den Gemeinderat der Stadt festgehalten.

Das gesamte Dialogverfahren im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklung Filderstadt wurde von einer ausführlichen, kritischen Evaluation durch Prof. Dr. Schaal und Dr. Ritzi von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, in Kooperation mit dem vhw, begleitet.

Fazit

In ihrem Fazit kamen die Evaluatoren zu der Feststellung, der Dialogprozess sei anhand der überprüften subjektiven Bewertungen der beteiligten Akteure und Gruppen (insbesondere der Eliten aus Politik und Verwaltung sowie der an der Stadtteilekonferenz bzw. Hubschrauber-Gruppe mitwirkenden Bürger) und ihrer eigenen teilnehmenden Beobachtung in seiner gesamten Aufstellung und Realisierung als Erfolg zu bewerten.

Besonders positive Bewertungen erfolgten durch die an der Stadtteilekonferenz und der Hubschrauber-Gruppe teilnehmenden Bürger. Die Erwartungen einer höheren Legitimation des politischen Handelns; der verbesserten subjektiven Bewertung von Dialogen durch die Akteure, der verbesserten Inklusion bei Beteiligungsprozessen und der deliberativen Kommunikation (unter gleichberechtigten Akteuren, die auf Augenhöhe miteinander kommunizieren und im Konsens gemeinwohlorientierte Positionen entwickeln) haben sich aus Sicht der Bürger in diesem Dialogverfahren im Sinne einer bürgerschaftlichen Emanzipation weitgehend erfüllt.

Allerdings gab es zwischen den Bewertungen der Stadtteilekonferenz und der Hubschrauber-Gruppe einige Unterschiede: Die Hubschrauber-Gruppe wurde als

inkluisiver, als gleichberechtigter und als weniger verzerrt empfunden, als die sehr viel größeren Arbeitsgruppen der Stadtteilekonferenz. Dazu dürfte wesentlich die größere Nähe der Arbeitsweise der Hubschrauber-Gruppe zu den benannten Idealen der Deliberation beigetragen haben.

Auch die Organisationsgruppe hat ihre Arbeitsbedingungen im Vorfeld positiv bewertet. Differenziert fielen dagegen die Einstellungen der politischen Eliten und Verwaltungsspitzen aus, denen im politischen Prozess eine entscheidende Rolle zukommt. Sehr wohlwollend stehen sie z. B. der Ausweitung und Verstärkung dialogorientierter Beteiligungsformen gegenüber. Ihre Erwartungen betreffen allerdings in erster Linie die „Information“ der Bürger und das „Mitnehmen“ bei der Durchsetzung der eigenen Politik im Sinne eines klassischen „Top-down“-Ansatzes. Problemlösende oder konfliktentschärfende Fähigkeiten werden dagegen weniger erwartet.

Korrespondierend damit wurden von den Eliten die Ergebnisse der Dialogprozesse sehr viel kritischer bewertet als von den Verwaltungsspitzen. Fällt die nachträgliche Einschätzung der Verwaltungsspitzen noch sehr positiv aus, indem sie mehrheitlich dafür plädieren, dass der Gemeinderat die Ergebnisse doch freiwillig übernehmen möge, so würden die politischen Eliten zwar die Ergebnisse des Dialogs bei ihren Entscheidungsprozessen im Gemeinderat berücksichtigen, sich jedoch keinesfalls freiwillig daran binden wollen.

Auch mit einem Blick auf die Evaluationskriterien, insbesondere die Legitimation, die Inklusion und die Deliberation, konnte der Dialogprozess in Filderstadt als ein Erfolg bewertet werden, den es allerdings differenziert zu betrachten galt: Eine deutliche Verbesserung der Inklusion wurde durch vielfältige Maßnahmen für alle Formate des Dialogprozesses angestrebt und gemessen am Ideal der Inklusion aller relevanten Milieus durchaus als Erfolg verzeichnet. Bei genauer Betrachtung zeigten sich jedoch bei der Zusammensetzung der Stadtteile-

konferenz trotz aller Bemühungen einige Verwerfungen: Bürger mit höherem Einkommen, Bildungsabschluss und Interesse am Thema dominierten die Veranstaltung und eine große Mehrheit der Teilnehmer war zwar zuvor nicht politisch, umso mehr aber bereits sozial sehr aktiv.

Im Vergleich dazu erwies sich die Hubschrauber-Gruppe als stadtgesehellschaftlich vielfältiger. Es waren zum einen mehr Bürger mit Migrationshintergrund dabei und das durchschnittliche Einkommen sowie die formalen Bildungsabschlüsse waren zum anderen weniger überdurchschnittlich. Stadtteilekonferenz und Hubschrauber-Gruppe konnten jedoch letztlich beide, so das Urteil der Evaluatoren, die anspruchsvollen Bedingungen der Deliberation im denkbaren lokalen Rahmen erfüllen. Das zeigten vor allem die Meinungsänderungen bei vielen Teilnehmern, die als Indikator für die deliberative Qualität von Dialogen gelten. Diese Bewertung traf jedoch generell mehr für die Hubschrauber-Gruppe als für die Stadtteilekonferenz zu.

Die Frage nach der legitimationsgenerierenden Wirkung des Dialogs wurde ebenfalls differenziert bewertet. Aus Sicht der Teilnehmer wurden Legitimitätsressourcen aufgebaut; die Bürger gaben z.B. an, ihre Akzeptanz gegenüber der Politik habe sich erhöht. Auch die Einschätzung der „external efficacy“ konnte verbessert werden und die Bürger gaben an, mit Familie, Freunden und Kollegen über ihre Erfahrungen zu sprechen, sodass sich eine gewisse Legitimitätswirkung entfalten konnte.

Die politischen Eliten zeigten hierzu eine eher ambivalente Sicht, obwohl sie die Ergebnisse des Dialogs als Begründungsressource für politische Entscheidungen nutzen und so auf eine weitere Legitimationsressource zurückgreifen können. Für sie ist der Emanzipationsprozess umstritten, da er in Konkurrenz zu den Verfahren der demokratisch gewählten Repräsentanten steht, ohne hinreichend legitimiert zu sein. In diesem Kontext mochten die politischen Eliten mehrheitlich zwar die Ergebnisse des Dialogs zur Kenntnis nehmen, aber nur

unabhängig davon entscheiden. Theoretisch nachvollziehbar kann dies aber erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen, da die Dialogakteure eine Abwägung oder Übernahme der Empfehlungen erwarten. Entscheidet sich ein Gemeinderat ohne Begründung anders als die Empfehlungen der Bürger, so droht ggf. Entfremdung und Politikverdrossenheit.

Alles in allem fällt auf, so die Evaluatoren zum Abschluss, dass zwischen „objektiver“ Bewertung durch die Evaluation und „subjektiver“ Bewertung durch die Teilnehmer eine gewisse Lücke klafft. Aus Sicht der Bürger war der Dialog in Filderstadt ein emanzipatorischer Erfolg. Da sie im Zentrum des Prozesses stehen und die ersten Adressaten einer zivilgesellschaftlichen Beteiligungskultur sind, könnte dies durchaus als zufriedenstellend anerkannt werden. Das Potenzial der Bürgerdialoge wurde jedoch noch nicht völlig ausgeschöpft. Durch zukünftige Feinjustierungen kleiner, entscheidender Stellschrauben lassen sich, so die Evaluatoren, noch bessere Ergebnisse erzielen, z. B. durch eine frühere Einbindung der Bürger beim Agenda-Setting, eine stärkere Fokussierung der komplexen Fragestellung bei knapper Zeit sowie eine intensivere Einbeziehung der Eliten aus Politik und Verwaltung.

2.4 Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft

Zum Städtenetzkongress im Juni 2013 wurde das Kommunikationshandbuch mit einer „Bedienungsanleitung“ und Beiträgen zu Milieuportraits, Kommunikationshaltungen und -stilen, einem Kapitel zu Partizipations- und Engagementverhalten sowie einigen Fallbeispielen veröffentlicht. Die Zielsetzung des Handbuchs war und ist, die Vielfalt der Milieus (in erster Linie bezogen auf deren Kommunikation) einzufangen und zu beschreiben sowie Handlungsempfehlungen für eine gelingende Kommunikation mit den Bürgern aufzuzeigen.

vhw-Verbandspolitik



Abb.42: Fünf Milieugruppen werden im Handbuch portraitiert Grafik: vhw

Das anspruchsvolle Ziel des Handbuchs ist es, durch verfügbares und anwendungsfähiges Wissen die Inklusion in Dialogprozessen zu stärken. Eben gerade jene Gruppen bzw. Milieus der Gesellschaft miteinzubeziehen, die sich sonst gering bis gar nicht beteiligen. Um das zu erreichen, müssen sich Beteiligungsverfahren kommunikativ anders auf die Bürger einlassen, ihre Kommuni-

kationsbedarfe berücksichtigen. Hoffen darauf, dass ein jeder Bürger sich aus staatsbürgerlicher Pflicht heraus an Dialogverfahren beteiligt, sie gar als Chancen auffasst, zum Mitgestalter und Koproduzenten von Stadt, Quartier und Kommune zu werden, reicht längst nicht mehr aus. Das bestätigt die bekannte „Mittelschichtlosigkeit“ bei Wahlen und Beteiligungsverfahren. Unterrepräsentierte Milieus fühlen sich nicht angesprochen, weil die Kommunikation in Dialogverfahren nicht entsprechend ihren Vorlieben und Präferenzen gestaltet wurde und ist. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache und so geben in der vhw-Trendbefragung 2010 vor allem Prekäre, Konsum-Hedonisten und Experimentalisten an, dass sie sich unter jenen, die sich engagieren, nicht willkommen fühlen.

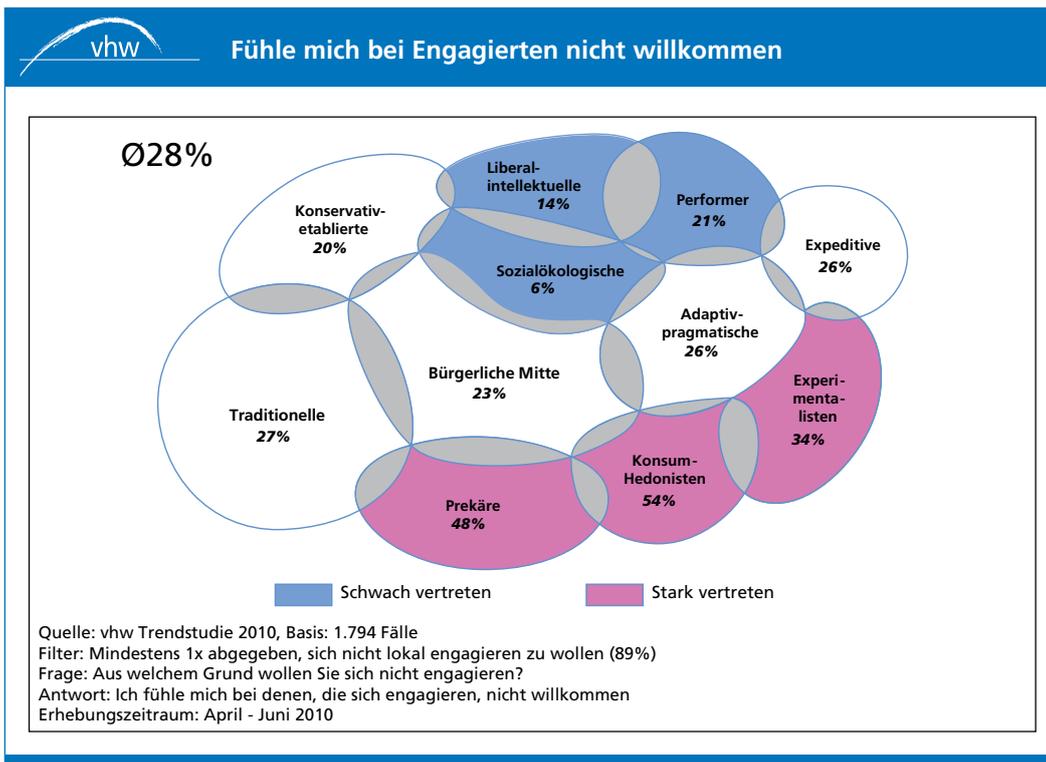


Abb.43: Aussageprofil zum Engagement
 Quelle: vhw Trendstudie 2010

In vier Punkten wird der Unterschied des vhw-Ansatzes zu den vielen gängigen Verfahren zur Gestaltung von Partizipation besonders deutlich:

1. Partizipation und Inklusion sind untrennbare Bedingungen zur Erreichung der politischen Zielsetzung.
2. Ergebnis und Rezeption des Verfahrens hängen – neben dem Inklusionserfolg – von der Qualität seiner Gestaltung im Sinne der Deliberation ab.
3. Inklusion bedeutet, dass möglichst alle Gruppen der Stadtgesellschaft an den Verfahren teilhaben. Vor allem soll die gesamte Breite der Interessen und Anliegen der Bürger Berücksichtigung in den Verfahren finden. Um die Stadtgesellschaft in ihrer Breite zu erfassen, bedient sich das Projekt des bewährten Modells der sozialen Milieus.
4. Das Inklusionsziel erfordert, die Bürger in ihrer realen Lebenslage zu erreichen und dort einen Zugang zu ihnen zu finden. Dies bedeutet, dass die soziale Situation, Bildungsnähe oder -ferne ebenso ins Blickfeld rücken wie lebensweltliche oder mentale Dispositionen. Auch die Ursachen und die Beeinflussbarkeit von politisch-gesellschaftlicher Distanz oder sonstigen Faktoren politischer Abwendung oder Indifferenz werden durchleuchtet.

Das Handbuch soll die Nutzer, also alle Akteure in der Stadtentwicklung, dazu befähigen, der Vielfalt in Kommunikationsbedarfen und -stilen der Bürger Rechnung zu tragen und die Akteure dafür zu sensibilisieren. Mit diesem Wissen ist ein guter Grundstock gelegt, Bürger in ihrer Lebenswelt zugeschnittener, treffender und gelingender anzusprechen, um durch das Einbeziehen der gesamten Stadtgesellschaft (also aller Milieugruppen) Beteiligungsprozesse inklusiver zu gestalten.

Die Arbeit am Handbuch ist damit aber nicht abgeschlossen. Im nächsten Schritt soll das Handbuch so weiterentwickelt werden, dass es den Themen der Integrierten Stadtentwicklung anwendungsbezogen gerecht wird: Wie stehen die Milieus zu den ganz konkreten Themen

der Stadtentwicklung? Diese Frage wurde in der vorliegenden Version des Handbuchs vorerst nur angerissen und skizziert und soll nun weiter vertieft werden. Dabei werden auch die Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Arbeit im Städtenetzwerkprojekt und mit den Städten stehen, helfen. Ganz konkret schlägt sich das in der derzeitigen Arbeit im Städtenetzwerk darin nieder, dass Bürger direkt nach ihrer Wahrnehmung ihrer Stadt befragt werden. Das erfolgt unter anderem mit der Methode der individuellen telefonischen Interviews, an deren Ende ein „Stimmungsbild“ entsteht, welches wiedergibt, wo den Bürgern in der Stadt oder einem bestimmten Stadtteil „der Schuh drückt“, was sie umtreibt, was ihnen wichtig ist und was sie unbedingt geändert sehen möchten. Individuelle Interviews bieten hier eine Möglichkeit, eben diese Einstellungen, Interessen- und Bedürfnislagen jener abzubilden, die sich sonst eher nicht an Dialogverfahren beteiligen. Mit telefonischen oder „Face-to-face“-Interviews lassen sich Stimmungsbilder vor Ort abbilden, die über bestimmte, aus Sicht der Stadt relevante Fragen zu einem Planungsgebiet hinausgehen. Sie setzen direkt an der Lebenswelt der Befragten an und sprechen sie auch unmittelbar in dieser an.

In der Rezension von Prof. Dr. Klaus Wermker, Vorsitzender des vhw-Kuratoriums, erhebt das Kommunikationshandbuch in seiner Gesamtheit einen hohen Anspruch: *„Gelesen – verstanden – angewandt kann dieses Buch wie kein anderes dazu beitragen, eine Kommunikationskultur zu entwickeln, die die schmal gewordene Legimitationsbasis politischen Handelns in den Kommunen wieder verbreitert.“*

3. Engagement & Kooperation

3.1 Vortragstätigkeit

Engagement im Quartier und kommunale Bürgerorientierung – Realitäten, Potenziale, Impulse

Veranstaltung: 5. Norddeutscher Wohn-Pflege-Tag zum Thema: In guter Gesellschaft – Bürgerschaftliches Engagement im Wohnquartier
Hamburg, 19. Oktober 2012

Zu schräg, zu alt, zu anders?

Vortrag auf der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa)
Osnabrück, 6. November 2012

Teilhabe und Vielfalt im Engagement ermöglichen milieuübergreifende Engagementförderung, Partizipation, Vielfalt und Stadtgesellschaft. Die bagfa ist der Dachverband der Freiwilligenagenturen. Sie ist in fast allen bundesdeutschen Großstädten präsent und ein Netzwerkknoten für die Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement. Dabei geht es vor allem um die Erschließung von neuen Engagementangeboten und -partnerschaften. Der strategische Ansatz des vhw-Städtenetzwerks ist seit 2011 ein gemeinsamer Diskussionsansatz zwischen bagfa und vhw – auch in Kooperation mit der Stiftung Mitarbeit, die gemeinsam mit der bagfa deren Jahrestagungen organisiert. Die gemeinsame Perspektive von bagfa und vhw ist die milieuorientierte Stärkung bürgerschaftlicher Engagementpotenziale über die Organisation ermöglichender lokaler Infrastrukturen. Nicht zuletzt im Bereich der Integrierten Stadtentwicklung sind die lokalen Freiwilligenagenturen der bagfa dabei ein potenzieller und interessierter Partner.

Konservativ, kooperativ oder hedonistisch – Formen des Engagements gesellschaftlicher Milieus

Veranstaltungsreihe „Engagement schlägt Brücken“ der Stadt Freiburg/Breisgau
Rathaus Freiburg/Breisgau, 14. November 2012

Wer will wo wohnen? Lebensgefühl Innenstadt

Veranstaltung: Netzwerk Innenstadt NRW: Tagung Innenstadt 2013 – Wie leben wir? Wo wohnen wir?
Dorsten, 15. Februar 2013

Vortrag auf dem Workshop „Datengrundlagen und CO₂-Reduktionspotenziale“ zur Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“

InnoZ, EUREF-Campus, Berlin, 15. April 2013

Die Berliner Milieus und die Umwelt – Ein klimaneutrales Berlin 2050 darf kein Flickenteppich sein! Die Berliner Milieulandschaft ist extrem modern: So viele kreative Milieus bzw. so starke moderne Fraktionen in den Status- und prekären Milieus finden sich in keiner anderen bundesdeutschen Stadt. Gleichzeitig zeigt die Berliner Milieuperspektive eine deutliche Polarisierung zwischen ressourcenstarken und -schwachen Milieus. Ein wichtiges Element einer Strategie für ein klimaneutrales Berlin wird die Frage nach der CO₂-Verringerung im Verbrauch privater Haushalte sein und damit auch die Frage nach der energetischen Sanierung. Neben einer Offenheit zum Thema Umwelt, finanziellen Möglichkeiten und Mehrausgabebereitschaft, ist es wichtig zu wissen, welche Milieus einer energetischen Sanierung auch noch bei steigenden Kosten positiv gegenüber stehen. Im Ergebnis sind das drei Kernmilieus: die Konservativ-Etablierten, die Liberal-Intellektuellen und die Performer. In Berlin stehen diese Milieus für rund 25 Prozent aller Haushalte. Wenn aber nur diese Zielgruppen auf den Weg einer klimaneutralen Stadt 2050 mitgenommen werden können, wird Berlin ein Flickenteppich!

Empfehlenswert wäre, die Strategie einer klimaneutralen Stadt Berlin 2050 als wechselseitigen Lernprozess zu konzipieren: Für die Milieus wie auch für die Entscheider der Stadt. Die Entscheider müssten sich auf einen Dialogprozess einlassen, der die Bedürfnisse und Präferenzen der Berliner Milieus „jenseits des klimaneutral-affinen Eliteklubs“ offen legt. Die Milieus müssten sich auf einen Lernprozess einlassen, wie sie ihre alltäglichen Routinen – für sie gewinnbringend – CO₂-reduzierter gestalten können.

Vortrag auf dem Zukunftskongress Hannover 2013, Themenwelt Wohnen und Leben 2013

Was brauchen wir für eine lebendige Nachbarschaft?
Wie stelle ich mir meinen Kiez 2030 vor?
Hannover, 1. Juni 2013

Mehr Teilhabe bei Wohnen und Stadtentwicklung lässt sich über Eigentum allein nicht lösen, gerade weil sich auch trotz Eigenheimzulage nicht alle Eigentum leisten können. Um Teilhabechancen für alle zu öffnen engagiert sich der vhw daher nun für die Förderung der Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen. Und darum geht es uns: Eine Stadt für alle zu ermöglichen. Dazu haben wir ein Projekt initiiert: Das „Städtenetzwerk – Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“. Die Diskussion auf dem Zukunftskongress zeigte, dass es schon heute ein breites Panorama an Möglichkeiten gibt, um lebendig Nachbarschaften zu gestalten. Es gibt öffentliche Räume, die man nutzen kann. Es gibt interessierte Vereine, Religionsgemeinschaften und engagierte Bürgergruppen, die etwas gestalten wollen. Es gibt lokale Institutionen wie Schulen, Kindergärten oder Zusammenschlüsse von lokalen Wirtschaftstreibenden, die sich für die Entwicklung ihres Stadtteils interessieren. Und es gibt einen reichen Erfahrungsschatz an Beteiligungsformaten, die auch jenen ein Mitmachen ermöglichen, die nicht wirklich Mittwochabends um 18 Uhr eine Diskussionsveranstaltung besuchen würden. Quartiersfonds, Wettbewerbe, Kinder- und Jugendpartizipation, Stadtteilst

etc. zeigen, dass es auch anders geht. Mit dem Projektvorhaben „Mein Kiez 2025“ ist Hannover vielleicht sogar schon dabei, einen Handlungsansatz gefunden zu haben. Denn eines ist klar: Immer mehr wollen sich mit einbringen, wenn es um die Gestaltung von Stadt und Stadtteilen geht.

3.2 Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2012“



Bereits zum siebten Mal seit 2000 wurde der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“, der sich inhaltlich an das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ anlehnt, ausgelobt und erfolgreich durchgeführt. Am 24. Januar 2013 fand der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2012“, an dem bundesweit 171 eingereichte Projekte beteiligt waren, mit der in Berlin im Rahmen einer Festveranstaltung zelebrierten öffentlichen Preisverleihung seinen Abschluss. Ort der Ehrung war diesmal das Albert-Schweitzer-Gymnasium in Berlin-Neukölln, mitten im Gebiet des Quartiersmanagements Flughafenstraße am Neuköllner Hermannplatz.

Der Wettbewerb stellt eine gemeinschaftliche Initiative der AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., des Deutschen Städtetags, des GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., der Schader-Stiftung und des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. dar. Diesmal und auch künftig mit dabei: der Deutsche Mieterbund. Unterstützt wird die Initiative durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Erreicht werden soll mit dem Wettbewerb die Förderung des Engagements bei der Restrukturierung sozial schwieriger und problembehafteter Stadtteile. Ziel ist es, der sozialen und räumlichen Polarisierung in den Städten entgegenzuwirken, eigenständiges Stadtteilleben wiederzubeleben, einen sozialen Verbund der Stadtteilbewohner herzustellen, die örtlich gegebenen Potenziale aufzuzeigen und Hilfe zur Selbsthilfe in den betroffenen Quartieren zu leisten. Der Wettbewerb soll auch dazu beitragen, die in diesem Bereich erzielten Erfolge nach außen zu tragen und Nachahmerinitiativen zu aktivieren.



Abb.44: Begrüßung durch Axel Gedaschko (GdW, 2 v. l.), Dr. Peter Kurz (vhw, Mitte) und Georg Krapp (Schulleiter, 2 v. r.) sowie die beiden Moderatoren Dr. Frank Jost (links) und Dr. Bernd Hunger (GdW) *Foto: vhw*

Neuköllner Einblicke

Die Festveranstaltung begann mit einer beeindruckenden musikalischen Darbietung von Ivon Mateljan (Gesang) und Katharina Wu (Klavier) von der Musikschule Neukölln, die bereits im Wettbewerb „Jugend musiziert“ 2012 reüssierten. Die beiden Moderatoren verwiesen u. a. auf die beeindruckende Erfolgsgeschichte der bisher durchgeführten Wettbewerbe und betonten die Bedeutung des notwendigen weitergehenden Engagements zur Förderung einer sozialen

Balance als Voraussetzung für die Entwicklung ökonomischer Stärke innerhalb der Städte.

Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, fesselte die Besucher mit Einblicken in die Probleme eines deutschlandweit bekannten „Problemkieses“. Dabei sparte er nicht mit Hinweisen an die Politik, das Programm Soziale Stadt nicht preiszugeben und führte Beispiel um Beispiel aus seinem Bezirk an, mit denen erfolgreiche Wege begangen wurden und werden. Der Ort der Veranstaltung selbst, das Albert-Schweitzer-Gymnasium, sei in seiner jüngeren Geschichte – neben der aus den Medien bekannten Rütli-Schule – ein Beispiel für eine erfolgreiche Umsteuerung in den Handlungsfeldern Bildung und Integration.



Abb.45: Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky in der Aula des Albert-Schweitzer-Gymnasiums *Foto: vhw*

Für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung beglückwünschte Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin für Raumordnung, Stadtentwicklung und Wohnen die diesjährigen Preisträger des Wettbewerbs und dankte allen Projektbeteiligten und Initiatoren für ihr herausragendes Engagement. Die Ergebnisse der Projekte zeigten deutlich, dass auch unter den gegebenen schwierigen Rahmenbedingungen ein gutes soziales Zusammenleben in benachteiligten Stadtteilen durch Menschen, „die die Ärmel hochkrepeln“, weiter verbessert werden kann. Trotz der aktuellen Reduzierungen im Programm Soziale Stadt sei bislang eine einzigartige und erfolgreiche Bewegung geschaf-

fen worden. Denn schließlich gehe es darum, Chancengleichheit losgelöst von biografischem, kulturellem und finanziellem Hintergrund, religiöser und ethnischer Zugehörigkeit zu erreichen. Integration, Bildung und Beschäftigung sollen vorangetrieben und die Spaltung in den Städten zwischen benachteiligten und gefestigten Teilen umgekehrt werden, um so Lebensperspektiven und ein gesundes Lebensumfeld für alle zu schaffen. Dies seien auch künftig die Ziele, unabhängig unter welchem Namen die Unterstützung des Bundesministeriums erfolge.

„Preis Soziale Stadt 2012“ – die zehn Preisträger

Mit dem „Preis Soziale Stadt 2012“ wurden Initiativen verschiedener Handlungsfelder und Themenbereiche ausgezeichnet. Im Mittelpunkt der preisgekrönten Initiativen standen Aktivitäten aus den Bereichen „Miteinander verschiedener Eigentümer im Quartier“, „Hilfe im Quartier“, „Zusammenhalt durch Stärkung der lokalen Ökonomie, Bildung und Kultur“ sowie „Förderung der Integration“.

Miteinander verschiedener Eigentümer im Quartier

- In der Lutherstadt Wittenberg hat sich die kommunale Wohnungsbaugesellschaft WIWOG mit der Wohnungsgenossenschaft zusammengetan, um eine Wohnsiedlung der 1960er Jahre nicht nur baulich umzugestalten, sondern durch den gemeinsamen Betrieb eines Quartierszentrums den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Bei allen Aktivitäten gilt das Prinzip, dass Senioren, junge Eltern und Kinder ihre Projekte gemeinsam durchführen, nach dem Motto „Alt werden und neu starten“.
- Die Wohntheke in Berlin-Hellersdorf ist ein Zusammenschluss von acht Wohnungsunternehmen, die – obwohl in Konkurrenz zueinander stehend – seit mehr als zwölf Jahren gemeinsame Initiativen starten, um die Attraktivität und das Image der

mit 42.000 Wohnungen zweitgrößten Wohnstadt Deutschlands zu stärken. Die Themen sind vielfältig: vom gemeinsamen Wohnstandortmarketing über die wohnungsnahе Versorgung und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen bis hin zur Organisation von Sportfesten und anderen Stadtteil-Events.

Hilfe im Quartier

- Mit der Vermietung eines modernisierten Wohngebäudes an den katholischen caritativen Fachverband für Prävention und Rehabilitation leistet die Landes-Bau-Genossenschaft Württemberg eG in Sigmaringen einen entscheidenden Beitrag, Wohnungslosen eine neue Lebensperspektive zu bieten. Hilfsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen nach dem Leitbild „Wieder selbständig wohnen – von der Obdachlosigkeit in ein geregeltes Leben“ helfen den Betroffenen, sich im Alltag zu organisieren und wieder zurück ins eigene Leben zu finden.
- Das Gemeinschaftsprojekt für Alleinerziehende „Jule“ vernetzt in Berlin-Marzahn die Bereitstellung von Wohnungen mit Kinderbetreuung, Qualifizierung und Arbeit. Es richtet sich an junge alleinerziehende Mütter und Väter im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, die bisher aufgrund von Arbeitslosigkeit, fehlenden Schul- oder Ausbildungsabschlüssen und der besonderen Belastung aus Kindererziehung und beruflicher Qualifizierung von Sozialleistungen leben. Das Projekt wurde initiiert von dem kommunalen Wohnungsunternehmen degewo.

Zusammenhalt durch Stärkung der lokalen Ökonomie, Bildung und Kultur

- Die OstWerkStadt zielt mit der Konzeption „Standort stärken – Unternehmen entwickeln – Beschäftigung schaffen“ im strukturschwachen Leipziger Osten darauf, die lokale Ökonomie im Stadtgebiet bedarfsorientiert zu fördern. Mit einem integrierten Ansatz ist es gelungen, Unternehmen und Arbeitsuchende zu beraten und zueinander zu führen. Schritte zur

Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt wurden initiiert und begleitet. Die geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten wirken als „Integrationsmotor“. Damit wurde der Stadtteil stabilisiert und die Quartiersentwicklung positiv beeinflusst.

- Jugendliche der Schülerfirma „Veddelerleben“ der Stadtteilschule in Hamburg-Wilhelmsburg betreiben eine Sporthalle in Eigenregie. Können 13- bis 14-Jährige ein Unternehmen leiten? – Wie kann das gelingen? Ein langfristig angelegtes Kooperationsprojekt von Schule, Wohnungsunternehmen und Stadtteilverein ermöglicht dieses besondere Ausbildungsprojekt.
- Der Circus Projekt Waldoni e. V. hat ein ehemaliges Bundeswehr-Areal in Erbpacht erworben, um dort seine gewaltpräventiv und gesundheitsorientiert ausgerichtete offene Kinder- und Jugendarbeit zu erweitern – und zwar in enger Kooperation mit den Schulen aus dem benachbarten Stadtteil Eberstadt, dem in Darmstadt wesentliche Integrationsaufgaben zufallen. Für die vielfältigen, erlebnispädagogischen Angebote stehen u.a. eine Trainingshalle, ein Kunstwerkhaus, ein Sozialbetreuungshaus, eine Kindertagesstätte, eine Fitnessbude, ein Café, eine Bildhauerwerkstatt und – natürlich – auch ein Zirkuszelt zur Verfügung.

Förderung der Integration

- In Köln unterstützt das durch die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die Kölner Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung gemeinsam entwickelte Handlungskonzept „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung“ die Nachbarschaften in 11 Gebieten. Insbesondere wird die Teilhabe von benachteiligten Bevölkerungsgruppen gefördert. Themenfelder sind: Kinder, Jugend und Familie, Soziales, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sport, Kultur, Wirtschaft und Arbeit, Gemeinwesen und Politik. Seit 2006 wurden ca. 1.000 Projekte und Maßnahmen durchgeführt.
- Im Stralsunder Wohngebiet Grünhufe sind Kommune, Kirche und Diakonie eine Partnerschaft eingegangen, um eine diakonische Kirche als Nachbarschaftszentrum zukunftsfähig zu machen. Das Zentrum in der ehemaligen Auferstehungskirche, dem letzten Kirchenneubau in der in der DDR, realisiert als Referenzstandort der Bundesplattform „Kirche findet Stadt“ beispielhaft den Leitgedanken, die Kirche als zivilgesellschaftlichen Akteur in Netzwerke der Stadtentwicklung einzubinden.
- Und noch einmal Köln: Selbsthilfe und Selbstorganisation, Beteiligung und Vernetzung werden durch die „Sozialistische Selbsthilfe Mülheim e.V.“ in Köln-Mülheim schon seit 1979 erfolgreich praktiziert. Die Akteure sind als Selbsthilfebetrieb zur Integration sozial benachteiligter und ausgegrenzter Menschen tätig. Der Lebensunterhalt der Gruppe wird durch Dienstleistungen am ersten Arbeitsmarkt in Form von Wohnungsaufösungen, Umzugshilfen, Transporten, Second-Hand-Handel und Raumvermietung ohne staatliche Zuschüsse und Transferleistungen erwirtschaftet.

Zehn weitere Initiativen wurden mit einer Anerkennung ausgezeichnet:

- Mit der Zukunftswerkstatt Mehringplatz stärkt die Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG im Bündnis mit anderen Partnern das bürgerschaftliche Engagement in Berlin-Kreuzberg.
- Der KNIF – Knoten interkultureller Familienbildung organisiert Hilfen für junge Familien mit Migrationshintergrund im Bahnhofsviertel in Hof.
- Die Wohnungsgenossenschaft München-West hat mit Hilfe des Vereins „Generationengerechtes Wohnen“ sieben Nachbarschaftstreffs eingerichtet.
- Die Nürnberger „Stadtteilpatenschaft“ ist ein innovatives Modell der Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen mit der Kommune zugunsten ausgewählter Stadtteile.

- Mit einem Kindertreff hat die Lübbenauer kommunale Wohnungsbaugesellschaft in einem industriell errichteten Wohngebiet vielfältige Betreuungsangebote geschaffen.
- Die „Helfenden Hände am Berg“ bieten haushaltsnahe Dienstleistungen für Migranten von Migranten in Marburg Richtsberg an.
- Durch den originellen Umbau eines ehemaligen Transformatorenhauses ist in Bischofsheim ein Vereins- und Quartierszentrum entstanden.
- 36 Kommunen haben sich freiwillig im Städtenetz Soziale Stadt NRW zusammengeschlossen, um die interkommunale Zusammenarbeit systematisch zu gestalten.
- Ehrenamtlich engagierte Anwohner und Mieter haben sich in der „Stadtteilinitiative gegen Wohnmissstände“ in Münster, Wohnquartier Brüningheide, zusammengeschlossen.
- Mit der Qualifizierungsküche ist im Altländer Viertel in Stade ein neuer lokaler Wirtschaftsstandort als „kulinarisch-kommunikativer Verbinder“ entstanden.



vhw-Verbandspolitik



4. vhw-Verbandstag 2012

BürgerMachtStadt – Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?!

Nein, Günther Jauch war nicht da – aber der Gasometer in Berlin-Schöneberg strahlte auch ohne den prominenten Moderator ein besonderes Flair aus. Der vhw hatte sich diesmal als Veranstaltungsort für seinen jährlichen Verbandstag ein Industriedenkmal und Fernsehstudio gleichermaßen ausgesucht. „BürgerMachtStadt – Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?!“ – so hieß das Thema des vhw-Verbandstags 2012, und über 200 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sind der Einladung des Verbands gefolgt. Die Rolle Günther Jauchs übernahm – wie schon beim Verbandstag 2011 – Elke Frauns aus Münster.

Die Demokratie ist eine Erfindung der Stadt, oder: „Die Stadt bin ich“

Die Begrüßung und die Einleitung in das Tagungsthema übernahm Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw. Er rief den Hinweis von Prof. Oskar Negt vom Verbandstag 2011 in Erinnerung, nach dem Demokratie die einzige Staatsform sei, die man lernen muss. Dieses Lernen bestehe als Daueraufgabe fort und müsse letztendlich in Haltungen und Werten münden. Ein durchaus bestehendes und beunruhigendes Phänomen sei etwa das der „rüden Bürgerlichkeit“ nach dem Motto: „Die Starken werden vom Staat nicht ausreichend vor den Schwachen geschützt.“ Hier finde eine Desintegration aus der Mitte der Gesellschaft heraus statt, warnte Dr. Kurz.

Historisch sind die Kommunen die Orte demokratischer Entwicklungen. Urbanität sei in diesem Zusammenhang das Umgehen mit Divergenz und die Stadt eben der Ort, an dem die diesbezüglichen Fragen behandelt würden. Die kommunale Ebene sei deshalb auch ein Feld der Wiederaneignung der Demokratie. Deshalb könnten

Kommunen in der Tat eine Art „Rettungsanker der Demokratie“ sein, so Dr. Kurz vor seiner Überleitung zu den weiteren Vorträgen am Veranstaltungstag.



Abb.46: vhw-Verbandstag 2012 im Berliner Gasometer

Foto: vhw

Peter Rohland, Vorstand des vhw, nahm in seinem Beitrag zum Städtenetzwerk „Stärkung der lokalen Demokratie“ eine Standortbestimmung des Projekts vor. Unter Hinweis auf den zentralen Ansatz der Berücksichtigung von Perspektivendifferenzen sowie der Hinterfragung von Legitimität auf kommunaler Ebene unterstrich er, dass Legitimität diskursiv geworden sei und idealerweise zu einer Koproduktion von Gemeinwohl durch die an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure führe.

Vom Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft verspreche sich der vhw, dass er nicht nur bessere und auch besser legitimierte Entscheidungen sowie geringere Implementationskosten hervorbringt, er sehe hierin vor allem einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie im Handlungsfeld der Integrierten Stadtentwicklung. Das zentrale, in der Roadmap des vhw und der Bündniserklärung des Städtenetzwerks zum Ausdruck kommende Anliegen des Verbands ist, die Stadtgesellschaft insgesamt und damit auch „politikferne Gruppen“ in den Diskurs über die Zukunft unserer Städte einzubinden. Dieses Ziel dürfe

BürgerMachtStadt – Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?!

nicht in Frage gestellt werden, so Rohland. Denn für den vhw sei es ein Ausweis demokratischer Qualität, dass alle relevanten und legitimen Interessen der Stadtgesellschaft im stadtentwicklungspolitischen Diskurs gleichgewichtig repräsentiert sind. Diese Produktion von Legitimität sei zuallererst die Produktion von Inklusion.

Das vhw-Städtenetzwerk habe in der ersten Phase bis Mitte 2012 einen stringenten Prozess hervorgebracht. Dabei würden die Bürger im Kontext der Stadtentwicklung umfassender und differenzierter wahrgenommen und es wurde eine innovative Basis für die Inklusion auch distanzierter Gruppen in Beteiligungsverfahren als wichtiger Schritt zur besseren sozialen Kohäsion in den Stadtgesellschaften des 21. Jahrhunderts aufgebaut.

Von der Zuschauerdemokratie zum alltäglichen demokratischen Engagement

Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse unterstrich in seinem Beitrag „Neue Verantwortungsteilung für Staat und Gesellschaft als Herausforderung der Demokratie“ einleitend, dass sich in den Kommunen die Herausforderungen und Chancen der Demokratie ganz unmittelbar abbilden. Hier zeige sich, ob der gesellschaftliche Zusammenhalt gelingt und ob die Demokratie noch funktioniert. Dagegen sei das Image des Politikers und das der Parteien in Umfragen ein sehr schlechtes, die Wahlbeteiligungen sinken, Politik finde in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend in Talkshows in Form einer „Zuschauerdemokratie“ statt. Das alltägliche demokratische Engagement in der repräsentativen Demokratie sei dagegen teilweise ein hartes Brot und mit Mühen verbunden. Zur Steigerung der lokalen Demokratie heißt dies für Politiker und alle demokratischen Vertreter etwa, alle Entscheidungen so transparent wie nur möglich vorzubereiten, damit die Bürger jederzeit erkennen können, wann, wo und wozu genau sie sich einbringen können.

Politiker müssten das Vertrauen stärken, um den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Politik zu erhöhen, etwa so

wie ihn Lobbyisten derzeit haben. Gemeinsam hätten Politik und Zivilgesellschaft die Aufgabe, am Gemeinwohl zu arbeiten. Dabei stellen grundlegende Übereinstimmungen zum Gemeinwohl – also im Wesentlichen eine Art Wertediskussion – eine große Herausforderung in einer sich weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft dar.

In einer Demokratie sind Staat und Bürger nicht Konkurrenten, sondern wechselseitig aufeinander angewiesen. Das demokratische Gemeinwesen insgesamt brauche deshalb das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Bürgergesellschaft ist vor diesem Hintergrund weder „Gegenbild“ und Konkurrent zu Politik und Verwaltung noch „Lückenbüßer“ für nicht mehr finanzierbare staatliche Aufgaben. Grundlage einer Beteiligungskultur sei Vertrauen. Deshalb müssten die Bürger spüren, dass sie als Bürger ernst genommen werden. Dr. Thierse schloss seinen Beitrag mit der Bemerkung, dass gerade in den Städten und Gemeinden erfahren werde, dass die Demokratie die politische Lebensform der Freiheit ist.



Abb.47: Gute Laune rund um Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse (Mitte)
Foto: vhw

Legitimation im Wandel

Prof. Dr. Michael Zürn vom Wissenschaftszentrum Berlin wagte sich mit seinem Beitrag zum Verständ-

nis von demokratischer Legitimation im Wandel in das Spannungsfeld von internationaler und kommunaler Ebene. Den Einstieg bildete dann auch die aktuelle Diskussion um die Übertragung von nationalen Kompetenzen im Rahmen des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) an die europäische Ebene. Das Bundesverfassungsgericht hatte dazu soeben ein Urteil gefällt.

Sein Vortrag unterstellte zu Beginn, dass sich die Grundlagen politischer Legitimation möglicherweise verschieben und gliederte ihn im Folgenden in drei Schritte. Erstens: Was ist Legitimation politischer Herrschaft? Zweitens: Aufzeigen von drei unterschiedlichen Entwicklungen, um darzulegen dass die politische Legitimation an Boden verliert. Drittens: Was bedeuten diese Entwicklungen für die Demokratie?

Als Entwicklungen, die die demokratische Legitimität schwächen, identifizierte er die Schwächung von und den Vertrauensverlust in Entscheidungen im Mehrheitsmodus in allen Ländern der Welt (z. B. Parteiverdrossenheit), die Entstehung internationaler politischer Autorität (z. B. EU) sowie den Erfolg nicht-demokratischer Systeme (z. B. China). Dadurch entstehe das demokratische Paradox der Entkoppelung von Prinzip und Praxis durch eine Gegenwartsbezogenheit mehrheitsdemokratischer Entscheidungen auf der einen sowie eine nationale Beschränktheit mehrheitsdemokratischer Entscheidungen auf der anderen Seite. Die Ausweitung der Räume habe im Zeitalter der Globalisierung unmittelbare Folgen, auch über den Raum der jeweils zuständigen Legitimationsebene hinaus. Die Entgrenzung des Raums spiele vor

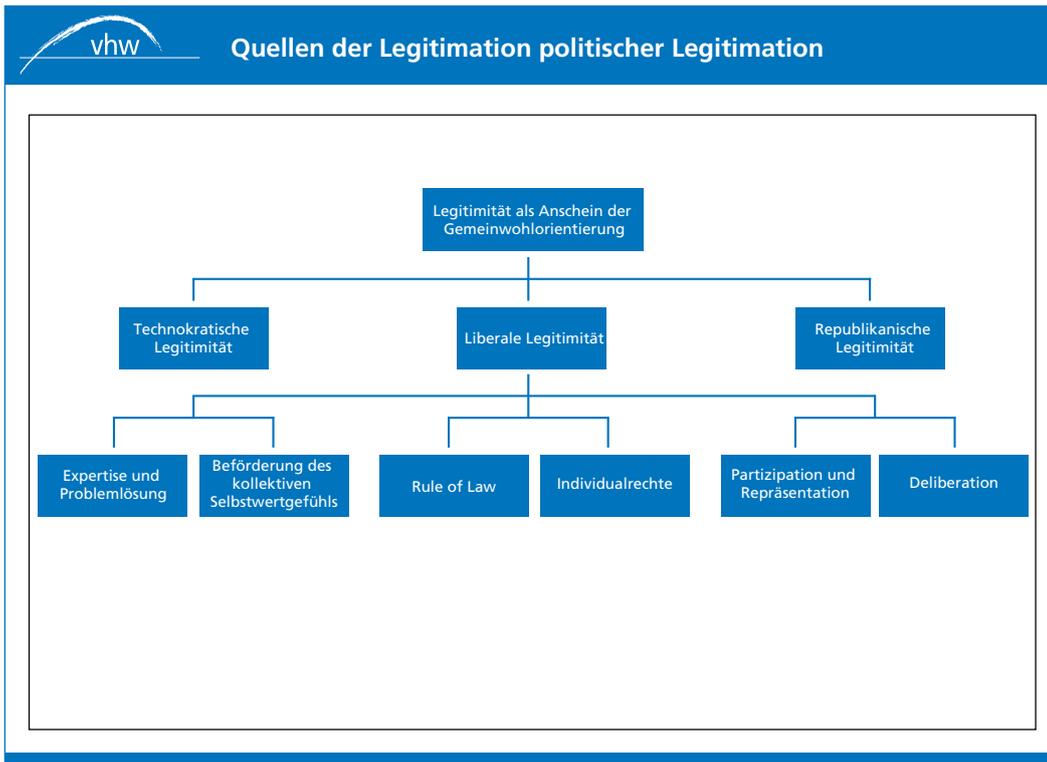


Abb.48: Quellen der Legitimation politischer Legitimation

Quelle: Prof. Dr. Michael Zürn

BürgerMachtStadt – Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?!

diesem Hintergrund auf lokaler wie auch auf nationaler und internationaler Ebene eine immer größer werdende Rolle. Im Gegensatz zum demokratietheoretischen Überbau sei die Zukunft für die Bürger auf der kommunalen Ebene erfahrbarer und unmittelbarer. Trotzdem blieb weitestgehend offen, wie mit dem beschriebenen demokratischen Paradox in den Kommunen umgegangen werden kann.

Kommunen im Stress?!

Die unmittelbar kommunale Ebene wurde nach der Mittagspause von Dr. Angelika Vetter von der Universität Stuttgart besprochen. Sie beleuchtete zum Thema „Kommunalpolitik im Stresstest – Wer macht die Stadtentwicklung?“ die Kommunalpolitik als Akteur im Kontext von „riskanten Entscheidungen“, Bürgerprotesten und Dialoganforderungen. Sie tat dies in vier Schritten. Einleitend umriss sie die Probleme lokalen Regierens und fragte anschließend, warum gerade jetzt offenbar eine große Offenheit für Veränderungen hinsichtlich politischer Beteiligungsmöglichkeiten existiere. Ein eigenes Kapitel umfasste die Frage nach Handlungsalternativen – z.B.: Was steht zur Debatte? Was verstehe ich unter mitgestaltender Bürgerbeteiligung? – während abschließend wichtige Voraussetzungen und Grenzen zum Erreichen der Ziele umrissen wurden.

Dr. Vetter unterstrich, dass eine verstärkte Bürgerbeteiligung Zeit und Kultur brauche, die nicht von heute auf morgen entstehe. Kein Regelwerk könne diese verordnen – vielmehr müsse mehr Bürgerbeteiligung sozialisiert werden und zu neuen Verhandlungsmustern führen. Ein Hindernis bestehe etwa darin, dass Politik dann und wann auch Bürgerbeteiligung für die Durchsetzung eigener Interessen nutze. Dies könne zu Vertrauensverlusten führen, die nur mit immensen Aufwand wieder behoben werden könnten. Vor diesem Hintergrund müsse auch über die Rolle der politischen Parteien innerhalb der repräsentativen Demokratie nachgedacht werden.



Abb.49: BürgerMachtStadt: Interessierte Zuhörer

Foto: vhw

Umfrageergebnisse zu den Vorstellungen der Bürger

„Wie wollen Bürger Stadt gestalten?“ war das Thema des Vortrags von Richard Hilmer von Infratest/dimap. Er leistete in Form von Umfrageergebnissen den empirischen Teil zur Veranstaltung. Im Fokus standen die Bürger als Akteure für die Zukunft ihrer Städte. Während etwa Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht oder die Polizei bei den Bürgern eine hohe Wertschätzung genießen, stehen Politiker und Parteien am Ende dieser Skala.

Die Zufriedenheitswerte zur repräsentativen Demokratie sind ebenfalls zurückhaltend, was sich etwa auch in den zurückgehenden Wahlbeteiligungen widerspiegelt. Die Akzeptanz demokratisch legitimierter Entscheidung leide parallel zu diesen Einstellungen entsprechend. Stuttgart 21 ist da nur ein bekanntes Beispiel. Wenden sich die Bürger nun von der Politik langsam ab? Dies sei nicht der Fall, so Hilmer. In einer Langzeitstudie seit Beginn der achtziger Jahre sagen konstant sieben von zehn der Bürger, dass sie sich politisch interessieren und das politische Geschehen mit Interesse verfolgen. Der Freiwilligensurvey aus dem Herbst 2012 konstatiert dagegen, dass sich die Art des Engagements sehr wohl

verändere. In den Parteien, Gewerkschaften, Institutionen sind z.B. nur noch drei Prozent der Bevölkerung aktiv. Andere Gruppen verzeichnen dagegen einen Zulauf. Zu registrieren ist ein Trend: weg von den etablierten Formen hin zu freieren Formen, die offenbar direkter am Bürger agieren. Die Partei der Piraten hat es vor diesem Hintergrund mit den Forderungen nach mehr Partizipation und mehr Transparenz geschafft, große Teile aus dem Nichtwählerbereich zu aktivieren.

Anforderungen an eine zeitgemäße Kommunikations-, Dialog- und Engagementkultur

Als Einstieg für die abschließende Diskussionsrunde mit den Stadtoberhäuptern aus Mannheim, Ludwigsburg und Saarbrücken gab Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung in Berlin, einen Impuls zur neuen Dialogkultur in Berlin. In der laufenden Legislaturperiode werden fünf Themenbereiche der Berliner Stadtentwicklung mit Prioritäten vorangetrieben. Neben dem Topthema „Wohnen und Mieten“ sind dies „Umwelt und Energie“, „Mobilität“, „Stadtgestaltung/historische Stadtmitte“ und nicht zuletzt „Partizipation“ als eigenständiger Schwerpunkt neben der in den anderen Themenbereichen gleichwohl ebenfalls – selbstverständlich – stattfindenden Bürgerbeteiligung. Ausdruck dieses fünften Schwerpunkts ist das kürzlich durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erschienene „Handbuch zur Partizipation“.

Anhand einiger Beispiele aus Berlin erläuterte Müller, wie die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Bevölkerung in wichtige Themen der Stadt einbindet, etwa in den Tiergartendialog oder bei der Nachnutzung des Flughafens Tegel in Form von Standortkonferenzen und öffentlichen Dialogveranstaltungen. Auch das Areal des ehemaligen Flughafens Tempelhof stellt weiter ein großes stadtentwicklungspolitisches Thema mit den Bürgern dar. Hier finden interessante Auseinandersetzungen – insbesondere auch innerhalb der Stadtgesellschaft – statt. Auch das „Flaggschiff der Berliner Bürgerbeteiligung“, das Quartiersmanagement, stellt weiter einen ganz konkreten Partizipationsansatz dar. Die Bürgerinnen und Bürger sollen ferner in einen Leitbildprozess zum „Stadtentwicklungskonzept 2030“ eingebunden werden.

Senator Müller wechselte unmittelbar im Anschluss an seinen Input in die Diskussionsrunde mit Oberbürgermeisterin Charlotte Britz aus der Landeshauptstadt Saarbrücken, Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz aus Mannheim und Oberbürgermeister Werner Spec aus Ludwigsburg zum Thema „Anforderungen an eine zeitgemäße Kommunikations-, Dialog- und Engagementkultur aus der Gestaltungsperspektive der kommunalen Politik“. Charlotte Britz stellte als eine der Ursachen für die festgestellten Demokratiedefizite u. a. die Gerechtigkeitsfrage in den Vordergrund. Werner Spec beklagte, dass es die Demokratie nicht geschafft habe, mit gesunden Finanzen zu wirtschaften. Er forderte vor diesem Hintergrund ein neues Verhältnis von Politik und Gesellschaft. Auf die Frage nach einer möglichen Überforderung der Bürger unterstrich Dr. Peter Kurz, dass es i. d. R. auf die lokale Situation ankomme, wie viel von den Bürgern etwa thematisch verarbeitet werden könne. Es würden nichtsdestotrotz permanent Lernprozesse stattfinden – auch auf der Ebene der Stadtverwaltung. Auch der Ressourceneinsatz auf Seiten der Verwaltung müsse vor diesem Hintergrund mitbedacht werden.



Abb.50: Senator Michael Müller mit dem „Handbuch zur Partizipation“

Foto: vhw

BürgerMachtStadt – Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?!



Abb.51: Abschlussdiskussion mit (v.l.n.r.): Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (Landeshauptstadt Saarbrücken), Senator Michael Müller (Berlin), Elke Frauns (Moderation), Oberbürgermeister Werner Spec (Ludwigsburg), Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (Mannheim)
Foto: vhw

Peter Rohland schloss den Verbandstag 2012 mit dem Ausblick, dass der deliberative Diskurs weitergetrieben werden müsse, um in der Stadtgesellschaft Inklusion zu erreichen und die lokale Demokratie weiterzuentwickeln.



Abb.52: Klares Votum: „Der Verbandstag war... Spitze“

Foto: vhw



vhw-Verbandstag 2012



5. Fort- und Ausbildung



Auftrag: Bildungsförderung

Der vhw dient als gemeinnütziger, eingetragener Verein mit seiner Fortbildungstätigkeit seiner satzungsgemäßen Aufgabe der Bildungsförderung. Dieses Ziel verwirklicht der Verband mit der bun-

desweiten Durchführung von Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen durch die regionalen vhw-Geschäftsstellen. Das breit angelegte Fortbildungsprogramm hat die laufende fachliche Unter- richtung aller am Wohnungswesen, Städtebau, der Raumordnung und der Umwelt beteiligten Akteure, insbesondere der staatlichen und kommunalen Stellen, der Siedlungs- und Wohnungsunternehmen, der Verbände, der Kreditinstitute sowie von Architekten, Ingenieuren und Sachverständigen zur Aufgabe. Die Fortbildungsmaßnahmen sind auf die sich durch die föderale Struktur der Bundesrepublik ergebenden landesspezifischen Erfordernisse ebenso ausgerichtet wie auf bundesweite Themen. Dies ist gewährleistet

Veranstaltungstatistik 2010 - 2013

	2010		2011		2012		2013 1. Halbj.		Gesamt 2010 bis 30.06.2013	
	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare
Baden-Württemberg	4.103	122	5.055	151	4.961	154	2.995	87	17.114	514
Bayern	2.961	99	3.813	121	4.464	154	2.533	97	13.771	471
Hessen	3.017	102	3.550	116	3.340	126	1.599	68	11.506	412
Niedersachsen/Bremen	5.052	160	4.979	153	5.340	174	3.197	103	18.568	590
Nordrhein-Westfalen	8.609	198	9.180	222	9.410	238	5.047	135	32.246	798
Rheinland-Pfalz	1.539	55	1.353	51	1.531	54	986	28	5.409	188
Saarland	753	18	663	18	623	19	406	13	2.445	68
Schleswig-Holstein/Hamburg	1.228	44	1.620	60	1.623	66	863	35	5.334	205
Summe alte Bundesländer	27.262	798	30.213	892	31.292	985	17.626	566	106.393	3.241
Berlin/Brandenburg	3.726	105	4.209	160	4.658	167	2.349	83	14.942	515
Mecklenburg-Vorpommern	827	35	678	28	830	36	305	13	2.640	112
Sachsen	2.787	110	3.059	119	3.108	134	1.684	67	10.638	430
Sachsen-Anhalt	1.288	47	998	43	947	41	499	20	3.732	151
Thüringen	1.375	55	1.084	33	1.053	42	500	16	4.012	146
Region Ost	471	14	0	0	0	0	0	0	471	14
Summe neue Bundesländer	10.474	366	10.028	383	10.596	420	5.337	199	36.435	1.368
	37.736	1.164	40.241	1.275	41.888	1.405	22.963	765	142.828	4.609

Abb.53: Veranstaltungstatistik

Tabella: vhw

durch die engen Kontakte des vhw zu Politik, Verwaltung und Fachinstitutionen. Bei den Fortbildungsveranstaltungen werden in den Bereichen Recht und Technik insbesondere die Themenfelder aus dem Städtebaurecht, des Umwelt-, Boden- und Vergaberechts, der Stadtentwicklung und der Wohnungswirtschaft behandelt.

5.1 Entwicklung der Fortbildungstätigkeit

Im Jahre 2012 führte der vhw insgesamt 1.405 Veranstaltungen in der Bundesrepublik durch, in denen 41.888 Teilnehmer angesprochen wurden. Während bei den Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 130 Seminaren zu verzeichnen ist, stieg die Teilnehmerzahl um 1.647 Personen.

Betrachtet man die Entwicklung der Fortbildungstätigkeit im Detail, so ergibt sich folgendes Bild:

Beginnend mit dem Jahr 2003 ist die Fortbildungstätigkeit in den neuen Bundesländern als Gesamtregion Ost neu strukturiert worden. Betrachtet man die Entwicklung der Fortbildungstätigkeit getrennt nach den neuen und alten Bundesländern, so konnten in den neuen Bundesländern in 2011 mit 383 Veranstaltungen 10.028 Teilnehmer angesprochen werden. 2012 hat sich die Anzahl der Veranstaltungen um 37 auf 420 und die Anzahl der Teilnehmern um 568 auf 10.596 erhöht. In den alten Bundesländern ist 2012 gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Veranstaltungen um 93, von 892 im Jahr 2011 auf 985 im Jahr 2012 gestiegen; die Teilnehmerzahl ist um 1.079 von 30.213 in 2011 auf 31.292 in 2012 gestiegen.

Die Anzahl der Teilnehmer im ersten Halbjahr 2012 war mit 22.903 um 3.918 Teilnehmer höher als im zweiten Halbjahr 2012 mit 18.985 Teilnehmern. Die Auslastung zwischen dem ersten und zweiten Halbjahr war 2012 mit 55 Prozent der Gesamtteilnehmerzahl zu Gunsten des ersten Halbjahrs geringfügig

höher als die Auslastung im ersten Halbjahr 2011 mit 53 Prozent der Gesamtteilnehmerzahl. Für die Gesamtteilnehmerzahl 2013 ist die Tendenz weiter steigend, sowohl die Anzahl der Teilnehmer im ersten Halbjahr 2013 ist mit 22.963 um 60 höher als im ersten Halbjahr 2012 als auch die Anzahl der Veranstaltungen um 32 auf 765 gestiegen ist.

5.2 Das Kerngeschäft im Überblick



Baden-Württemberg

Die Geschäftsstelle Baden-Württemberg hat im Berichtszeitraum das Fortbildungsangebot für die Wohnungseigentumsverwaltung wieder deutlich verstärkt. Mit sechs Seminarangeboten für den professionellen WEG-Verwalter konnten wir über 140 Teilnehmer erreichen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Seminare war es, konkrete Hilfestellungen für die Durchführung von Eigentümersammlungen zu geben.

Hervorzuheben sind auch die 2. Baurechtstage Baden-Württemberg, die am 27. und 28. September 2012 im badischen Ettlingen bei Karlsruhe stattfanden. An zwei Tagen wurden die Teilnehmer kompakt über aktuelle Entwicklungen im öffentlichen Baurecht informiert. Ergänzend hierzu befassten sich die Baurechtstage wieder mit Fragen der Partizipation des Bürgers bei der Umsetzung von städtebaulichen Projekten. Intensiv diskutiert wurden Rechtsfragen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in der Bauleitplanung und Fragen der Akzeptanzgewinnung beim Ausbau der Windkraft. Eine Stadtführung durch die Ettlinger Altstadt rundete das Programm ab.

vhw-Fort- und Ausbildung

Verschiedene tragische Brandereignisse haben in Baden-Württemberg das Thema „Vorbeugender baulicher Brandschutz“ in den Fokus des Fortbildungsbedarfs gerückt. Insbesondere nachträgliche Brandschutzanforderungen an bestehende Gebäude stellen die Baurechtsbehörden vor eine schwierige Herausforderung. Der vhw Baden-Württemberg hat sich diesem Thema mit einem neuen Seminarkonzept „Brandschutz und Bestandschutz“ angenommen und mit drei Großveranstaltungen über 200 Teilnehmer erreicht.



Bayern

Die Geschäftsstelle Bayern hat ihr Seminarangebot sowohl thematisch wie auch quantitativ weiter ausgebaut. Es fanden im zurückliegenden Berichtszeitraum über 4.500 Teilnehmer in unsere in Bayern angebotenen Seminare. Unserem Anspruch, teilnehmerrelevante, aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung in unsere Veranstaltungen zu tragen, sind wir wiederum gerecht geworden. Hervorzuheben sind im diesem Zusammenhang die Seminare zur Novelle der Bayerischen Bauordnung im Januar 2013 sowie die Veranstaltungen zum Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts, dem zweiten Teil der Novelle des Baugesetzbuchs.



Region Nord

Ein besonderer Schwerpunkt des Fortbildungsangebots in Niedersachsen lag im Berichtszeitraum 1. Juli

2012 bis 30. Juni 2013 auf der Neufassung der Niedersächsischen Bauordnung, die am 1. November 2012 vollumfänglich in Kraft getreten ist und die Bauordnung von 2003 ersetzt. Zahlreiche Veranstaltungen, zum Teil unter Mitwirkung der obersten Baubehörde, waren der Novelle gewidmet.

Das Baurechtsforum des vhw – Region Nord wurde nach Bad Zwischenahn und Lübeck erstmalig in Hamburg durchgeführt und widmete sich dem Thema „Ausbau der Windenergie und „Repowering“. Auf breites Interesse stießen erneut die Bad Zwischenahner Beitragstage mit fast 100 Teilnehmern. Gute Resonanz hatten auch die Seminare zum neuen Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen sowie zum Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts, dem zweiten Teil der Novelle des Baugesetzbuchs.



Nordrhein-Westfalen

Die Themen, die in NRW im Zeitraum von Juli 2012 bis Juni 2013 auf besonderes Interesse stießen, zeigen, wo in der Praxis „der Schuh drückt“: Wegen der großen Nachfrage wurden – mit jeweils großem Zulauf – drei Seminare zum Thema „Akteneinsicht“ angeboten, bei dem viele rechtliche und praktische Probleme diskutiert wurden. Groß war auch das Interesse an Soft-Skill-Seminaren, insbesondere zum Zeitmanagement und zu Führungsfragen, zu denen jeweils mehrere Termine angeboten wurden. Bezeichnend als Spiegel der aktuellen Notwendigkeiten war auch die Nachfrage nach Themen wie „Friedhofsfinanzierung und Gebührenkalkulation“, den traditionellen Kommunalen Gebührentagen sowie den viel-

fältigen Seminarangeboten zum Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht, die im Berichtszeitraum wieder großen Zulauf fanden. Geld bewegt die Welt – und auch die Kommunen: das Thema „Zuwendungsrückforderungen“ stieß und stößt auf großes Interesse. Den gesetzgeberischen Entwicklungen wurde durch Seminare zum neuen BauGB Rechnung getragen.



Region Neue Bundesländer

Im Kerngeschäft der Region Ost wurden 420 Seminare mit insgesamt 10.596 Teilnehmern durchgeführt.

Diese Seminare fanden teils in den einzelnen Bundesländern, teils länderübergreifend für die gesamte Region Ost an zentral gelegenen Orten – zumeist Berlin und Leipzig – statt. So konnten auch ausdifferenzierte und spezialisierte Seminarthemen, bei denen die Zielgruppe der Teilnehmer in den einzelnen Bundesländern als zu klein eingeschätzt wurde, angeboten werden.

Aus der Vielzahl der Veranstaltungsangebote werden folgende exemplarisch herausgehoben:

Einen großen Zulauf hatten die traditionell durchgeführten Beitrags- und Gebührentage sowie die

Seminare zum Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht, in denen jeweils aktuell anstehende Fragestellungen diskutiert wurden. Veranstaltungen, in denen Fragen der Eingriffsverwaltung (z. B. Befugnisse der Bauaufsichts- und Denkmalbehörden, Erhaltung von Denkmälern, Betreten von Grundstücken sowie Umgang mit abwesenden Grundstückseigentümern) behandelt wurden, stießen insbesondere bei den Kommunen und staatlichen Behörden auf großes Interesse, die sich aufgrund von Schrumpfungsprozessen und geringer Nachfrage auf dem Immobilienmarkt mit einer zunehmenden Zahl verwahrloster Grundstücke auseinandersetzen müssen.

Ein großes Interesse rief auch das mehrfach angebotene Seminar zum Akteneinsichtsrecht hervor, in dem der korrekte behördliche Umgang mit Informationsansprüchen der Bürger thematisiert wurde.

Die Seminare zum Bauplanungsrecht wurden maßgeblich durch den Ausblick auf die zwischenzeitlich fast komplett in Kraft getretene BauGB-Novelle geprägt. Darüber hinaus erfreuten sich sowohl Themen, die auf kooperative Modelle der Baulandentwicklung (Vorhaben- und Erschließungspläne sowie Aufstellung von Bebauungsplänen und Abschluss städtebaulicher Verträge), als auch Themen, die die Zulassung von Vorhaben (Innen- und Außenbereich sowie Ausnahmen und Befreiungen) betreffen, einer großen Nachfrage.



Region Südwest

Die Region Südwest umfasst die Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz, in denen im Fortbildungsbereich zum einen landesspezifische Themen ausschließlich für das jeweilige Bundesland, zum anderen übergreifend geeignete Thematiken, etwa bei bun-

desgesetzlicher Rechtslage, als Veranstaltungen für Teilnehmer aus beiden Bundesländern gemeinsam angeboten werden. Die meisten Grundlagen-, Vertiefungsseminare, Workshops u. ä. finden im erweiterten Rhein-Main-Gebiet statt, jedoch werden, da es sich in beiden Fällen um Flächenländer handelt, auch an peripheren Tagungsorten, um dort die Teilnehmer „vor Ort“ abzuholen, Veranstaltungen offeriert. Dies führt notwendigerweise zu unterschiedlich hohen Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen. Neben den städtebaurechtlichen Themen – wobei im Berichtszeitraum nicht nur die BauGB-Änderungen, sondern auch die zum Städtebaurecht gehörenden sich ständig stellenden Grundsatzfragen oder Vertiefungsthemen behandelt wurden – liegen Schwerpunkte im Bauordnungsrecht, Abgabenrecht, Polizei- und Ordnungsrecht, allgemeinen und besonderen Verwaltungsrecht. Neu kreierte Formate wie „Update in Rechtsprechung und Gesetzgebung“ als Intensivkurs, Kolloquien bzw. Erfahrungsaustausch für gestandene Experten und zeitgenaue Behandlung von Gesetzesänderungen mit weitreichender Bedeutung für die Kommunen, wie etwa das Kommunalabgabengesetz in Hessen zum 1. Januar 2013, unter anderem mit der Einführung des sogenannten wiederkehrenden Beitrags für Straßen, stellen die Leistungsfähigkeit des vhw fortlaufend unter Beweis. Hinzu kommen immer wieder neue Themen, wie etwa Ölspurenbeseitigung, Feuerwehrbedarfsplanung (Wie viel Feuerwehr braucht die Gemeinde?) und Handreichungen für Konzepte bei kommunaler Beteiligung bei Windenergieanlagen. Infolge des umfangreichen Fortbildungsangebots in Südwest – nicht nur durch den vhw mit seinen Geschäftsstellenseminaren und den Seminaren der vhw-Themenfelder, sondern auch durch andere regionale und überregionale Anbieter – werden die Fortbildungsbereiche ständig verbessert und fortentwickelt, um weiterhin mit qualitativem Angebot den Kunden zu überzeugen und zu gewinnen.

5.3 Fortbildung in den Themenfeldern



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im Zeitraum Juli 2012 bis Juni 2013 wurden insgesamt rund 88 Seminare mit ca. 2.256 Teilnehmern bundesweit durchgeführt. Themenschwerpunkte im Kompetenzfeld Bodenrecht & Immobilienbewertung für das Fortbildungsjahr 2012/13 waren:

- Erbbaurecht,
- Landpachtverträge und Pachtpreise,
- Abwägung, Entschädigung, Enteignung und vorzeitige Besitzeinweisung,
- Ausgleichsbeträge in Sanierungsgebieten,
- Grundbuch,
- Sachwertrichtlinie und NHK 2010 sowie
- Methoden und Anwendungsbereiche der Wertermittlung.

Im Bereich des Erbbaurechts besteht nach wie vor große Nachfrage nach Vertiefungsseminaren. Das Thema Landpacht, das in vielen Liegenschaftsämtern eine wichtige Rolle spielt, wurde 2011 neu ins vhw-Seminarprogramm aufgenommen und 2012/13 anhand der Seminare zu den Themen „Pachtpreise“ und „Landpachtvertrag“ vertieft.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 18. Oktober 2012 die Sachwertrichtlinie (SW-RL) veröffentlicht, welche das Sachwertverfahren weitgehend normiert. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Anwender in demselben Modell bleiben, denn nur dann sind die Sachwertfaktoren, die

das Bindeglied zwischen einem kostenorientierten Zwischenwert auf Basis einer speziellen normierten Sachwertkalkulation und dem marktorientierten Verkehrswert bilden, aussagefähig. Im Fortbildungsjahr 2012/13 wurden diverse Seminare zu diesem Thema erfolgreich durchgeführt.

Durch die Novellierung der WertV und das Inkrafttreten der ImmoWertV ist auch eine Überarbeitung der Vergleichsrichtlinie notwendig geworden. Im Juli 2012 wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der Entwurf veröffentlicht. Die endgültige Endabstimmung und Veröffentlichung wird derzeit erwartet. Der vhw bietet ab Herbst 2013 die ersten Weiterbildungsveranstaltungen zu diesem wichtigen Themenbereich der Immobilienbewertung an.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Neben weiteren Themenfeldern des Immobilienrechts, richtet der vhw einen besonderen Fokus auf das Mietrecht. Bereits durch seinen Verbandsnamen „Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“ wird deutlich, dass dem Bereich Wohnen und damit einhergehend dem Wohnraummietrecht ein besonderer Stellenwert zukommt. Daneben widmete sich der Verband mit seinen Fortbildungsveranstaltungen, wie bereits in den Jahren zuvor, aber auch dem gewerblichen Mietrecht und mietrechtlichen Randthemen.

Auch im zurückliegenden Berichtszeitraum ist es dem vhw gelungen, den Teilnehmerkreis aus Mitarbeitern der Mieterverwaltungen in Wohnungsunternehmen und Wohnungsverwaltungen, aus kommunalen Woh-

nungs-, Rechts- und Liegenschaftsämtern, Mieter- und Grundstückseigentümern sowie Rechtsanwälten und sonstigen am Mietrecht Interessierten durch ein ausdifferenziertes Seminarangebot zu erweitern.

In den angebotenen Veranstaltungen wurden neben klassischen mietrechtlichen Themen, wie etwa dem Betriebskostenrecht, auch regelmäßig in der Praxis auftretende Problemkonstellationen und damit einhergehende mietrechtliche Schnittmengenprobleme dargestellt und erörtert. Fortgeführt wurden darüber hinaus die jährlich platzierten Rechtsprechungsseminare, in denen die relevanten und wegweisenden Entscheidungen des mit dem Wohnraummietrecht befassten XIII. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs durch den ehemaligen Richter dieses Senats, Herrn Dr. Beyer, vorgestellt und erläutert wurden.

Ein besonderes Augenmerk lag auf dem Mietrechtsänderungsgesetz, welches am 1. Mai 2013, bzw. hinsichtlich der Regelungen zum Contracting und der gewerblichen Wärmelieferung durch ein spezialisiertes Unternehmen am 1. Juli 2013 in Kraft getreten ist. Die zeitlich parallel zum Inkrafttreten platzierten Veranstaltungen, in denen die neu geregelten Komplexe, insbesondere die energetische Modernisierung von Wohnraum, die Förderung des Contracting und der Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorgestellt wurden, fanden bei den Teilnehmern regen Zuspruch.

Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund veranstaltete der vhw die traditionellen Weimarer Immobilienrechtstage, die, wie in den Jahren zuvor, von über 200 Mietrechtspraktikern besucht wurden. Auch die seit vielen Jahren vom vhw angebotenen Mietrechtstage in Bad Salzungen und Meißen, bei denen einem weiten Interessentenkreis aktuelle Entwicklungen und wegweisende Rechtsprechung im Mietrecht vorgestellt werden, wurden wieder erfolgreich angeboten.

vhw-Fort- und Ausbildung

Vor dem Hintergrund der Mietrechtsnovelle und der damit verbundenen Notwendigkeit der inhaltlichen Überarbeitung, wurde der erfolgreich angebotene Fernlehrgang Mietrecht zum Frühjahr 2013 eingestellt. Mit der Ausarbeitung eines neuen Fernlehrgangs, in dem in zwei Lektionen auch das Gewerberaummietrecht behandelt wird, wurde unmittelbar begonnen. Der Startschuss zum neuen Fernlehrgang Wohn- und Gewerberaummietrecht wird voraussichtlich im Januar 2014 fallen.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Kooperation mit dem Verband der Kommunalen Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e. V.

In der Seminarreihe „Kommunale Immobilien“ wurde im Jahre 1997 das erste Seminar mit dem Titel „Neuordnung der kommunalen Gebäudewirtschaft“ angeboten. Hintergrund für das zunehmende Interesse an diesem Thema war der Bericht „Organisation der Gebäudewirtschaft“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Die traditionelle Zersplitterung der Zuständigkeiten in der kommunalen Gebäudebewirtschaftung hatte zu einem „System der organisierten Unverantwortlichkeit“ geführt.

Der KGSt-Bericht war der Impulsgeber für eine entsprechende Neuausrichtung in vielen Kommunen. Das große Interesse an den vhw-Seminaren zu den zunehmend ausdifferenzierten Themen in diesem Themenfeld hält erfreulicherweise bis heute an. Allerdings kann dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, dass die

Neuorientierung im Sinne eines professionellen Gebäudemanagements bisher nur bei etwa einem Drittel aller Kommunen bundesweit erfolgt oder eingeleitet worden ist.

Leider hat auch die bundesweit erfolgte Einführung der Doppik in den Kommunen keine Trendwende in diesem Zusammenhang erbracht. Die kommunale Doppik hat im Gegenteil zu erheblichen Irritationen hinsichtlich der notwendigen Neuorganisation der kommunalen Gebäudewirtschaft geführt. Mit der Erfassung der Grundstücks- und Immobilienwerte für die Erstellung der kommunalen Vermögensbilanz wird nunmehr zwar der Wertverlust der Immobilien in Form von Abschreibungen erfasst, aber es ist damit keine betriebswirtschaftliche Steuerung im Sinne eines modernen Facility Managements verbunden.

Anders sieht es in den Kommunen aus, die ihre Immobilien in einen Eigenbetrieb oder eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung ausgegliedert haben. Unabhängig von der Größe der Kommune und ihres Immobilienbestands können und müssen die ausgegliederten Einheiten wesentlich effizienter arbeiten, weil sie auch die Ergebnisverantwortung tragen. Ein Teil dieser Betriebe hat bereits im Jahre 2002 den Verband der kommunalen Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen (VKIG e. V.) gegründet.

Um die Akteure im Bereich der kommunalen Gebäudewirtschaft stärker miteinander zu verzahnen und gegenseitige Synergieeffekte zu erzielen, hat sich der VKIG im zurückliegenden Jahr mit dem Vorschlag einer Kooperation an den vhw gewandt. Im November 2012 wurde dann eine Kooperationsvereinbarung über eine engere Zusammenarbeit im Bereich des Themenfelds „Management öffentlicher Immobilien“ unterzeichnet. Die Kooperation bezieht sich zunächst auf einen jährlichen Workshop zur Themenentwicklung und auf die Durchführung gemeinsamer Seminare mit Referenten aus dem Kreis der VKIG-Mitglieder.

So hat im Juni 2013 ein erster Workshop mit den VKIG-Mitgliedskommunen zum Thema „Betreiberverantwortung: Aufbau einer sicheren Betriebsorganisation im kommunalen Gebäudemanagement“ stattgefunden. In diesem Workshop hat sich gezeigt, dass es eine große Diskrepanz zwischen dem rechtstechnischen GEFMA-Ansatz (Deutscher Verband für Facility Management e. V.) und der praktischen Umsetzbarkeit einer ganzheitlichen Organisation von Betreiberverantwortung in den Kommunen gibt.

Für die Zusammenarbeit von vhw und VKIG leitet sich aus der bisherigen Aufbereitung zum Schwerpunkt Betreiberverantwortung ab, dass es im Fortbildungsprogramm für 2014 gemeinsam getragene Seminare zu diesem Thema geben wird.

Seminarreihe „Kommunale Immobilien“

Im Bereich „Kommunale Immobilien“ konnten im Berichtszeitraum insgesamt 41 Seminare mit 1.319 Teilnehmern durchgeführt werden. Die Seminare wurden im Durchschnitt von 32,2 Teilnehmern besucht; mithin ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit durchschnittlich 40 Teilnehmern.

Die im Berichtszeitraum durchgeführten Seminare verteilen sich wie folgt auf die Regionen:

- Region Nord: 8 Seminare mit 269 Teilnehmern
- Nordrhein-Westfalen: 8 Seminare mit 295 Teilnehmern
- Region Ost: 4 Seminare mit 98 Teilnehmern
- Bayern: 9 Seminare mit 281 Teilnehmern
- Baden-Württemberg/ Region Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland: 12 Seminare mit 376 Teilnehmern

Inhaltlich verteilen sich die Seminare und Teilnehmer auf folgende Themenbereiche:

- Technisches Gebäudemanagement: 24 Seminare mit 858 Teilnehmern

- Infrastrukturelles Gebäudemanagement: 12 Seminare mit 347 Teilnehmern
- Kaufmännisches Gebäudemanagement: 5 Seminare mit 102 Teilnehmern

Eine sehr große Nachfrage konnten die folgenden Seminarthemen verbuchen, die an verschiedenen Standorten angeboten wurden:

- Technische Anlagen: Verkehrssicherungs- und Überwachungspflichten bei kommunalen Immobilien: 229 Teilnehmer
- Umsetzung der Trinkwasserverordnung in der kommunalen Praxis: 186 Teilnehmer
- Fußbodenreinigung: 139 Teilnehmer / Wege zur wirtschaftlichen Reinigung: 77 Teilnehmer / Ergebnisorientierte Reinigung: 68 Teilnehmer
- Kommunales Energiemanagement: 125 Teilnehmer

Darüber hinaus wurde das Seminarthema „Energieeinsparung in Gebäuden: Praktisches Anwenderwissen für Hausmeister/innen“ in sechs Fällen als Inhouse-Seminar von Kommunen nachgefragt.

Nachdem es in den Jahren 2010/2011 zu einer rückläufigen Nachfrage infolge der extremen Personalauslastung in den kommunalen Bauverwaltungen durch das Konjunkturpaket II gekommen war, konnte im Zeitraum 2011/12 ein deutlicher Wiederanstieg der Teilnehmerzahlen verzeichnet werden. Der Zeitraum 2012/13 ist dadurch gekennzeichnet, dass das Interesse an technischen Themen auf einem konstant hohen Niveau geblieben ist, während im Bereich der Reinigungsthemen und der kaufmännischen Themen eine nachlassende Nachfrage zu konstatieren ist.

Seminarreihe Kirchliche Immobilien

Die Angebote in der Seminarreihe „Kirchliche Immobilien“ werden in gemeinsamer Trägerschaft von Ev. Bundesverband für Immobilienwesen in Wissenschaft und Praxis e. V. sowie dem KSD Katholischer Sied-

vhw-Fort- und Ausbildung

lungsdienst e. V. und vhw entwickelt und durchgeführt. Die Seminarreihe soll dem bundesweiten Austausch von Erfahrungen und Handlungsansätzen im kirchlichen Immobilienmanagement dienen.

Im Berichtszeitraum wurde ein Seminar zum Thema „Umnutzung von Kirchen und Kirchenstandorten – unter besonderer Berücksichtigung der Prozesse und der Wirtschaftlichkeit“ angeboten. Mit 39 Teilnehmern konnte das Seminar erfolgreich an ein Seminar aus dem Vorjahreszeitraum zur „Umnutzung von Kirchengebäuden und Kirchenstandorten – Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis“ anknüpfen.

Seminarreihe „Senioren-Immobilien/ Sozial-Immobilien“

In der Seminarreihe „Senioren-Immobilien“ fanden im Betrachtungszeitraum sechs Seminare mit insgesamt 125 Teilnehmern statt. Es wurden zwei Seminare in Mannheim für die Region Südwest/Baden-Württemberg und jeweils ein Seminar in Berlin, Hamburg, Hannover und Dortmund angeboten. Inhaltlich wurden folgende Themen behandelt:

- Baugemeinschaften und Wohngruppenprojekte – Neue Zielgruppen am Wohnungsmarkt und Stadt-/ Gemeindeentwicklung
- Bewirtschaftung von (Alten-)Pflegeeinrichtungen und Sozialimmobilien – unter operativen und strategischen Gesichtspunkten
- Haus- und Wohngemeinschaftskonzepte im Spannungsfeld zwischen Heimgesetzen und Pflegeunterstützungsgesetz
- Praxis der Trinkwasserverordnung – Umsetzung und Mängelbeseitigung in Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Im Rahmen der vorgenannten Seminarreihen wurden im Fortbildungsbereich „Management (halb-)öffentlicher Immobilien“ 48 Seminare mit insgesamt 1.483 Teilnehmern durchgeführt.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Die Veranstaltungen im Schwerpunktbereich Stadtentwicklung ergänzen das bau- und planungsrechtliche Seminarprogramm der örtlichen Geschäftsstellen mit Fachthemen, strategischen Aufgabenstellungen und spezifischen Fragestellungen aus dem Städtebaurecht. Von besonderer Bedeutung sind dabei nach wie vor die ökonomischen Grundlagen der Stadtentwicklung, die mit Seminaren und Workshops zur Steuerung und Bewertung von Einzelhandelsvorhaben, zur betriebswirtschaftlichen Kalkulation von städtebaulichen Projekten sowie zum Einsatz von ÖPP-Modellen für die kommunale Infrastruktur aufgegriffen wurden.

Ein weiterer Fokus richtete sich auf Fragen der Mobilität. Hier wurde die bereits im Jahr 2010 begonnene Reihe zur Verkehrsplanung mit den Themen „Barrierefreie Straßenräume“ und „Sicherheit auf Stadtstraßen“ fortgesetzt. Im Bereich der spezifischen Steuerungsinstrumente standen im letzten Jahr die Koordinierung umwelt- und energierechtlicher Nutzungsansprüche sowie der Rechtsschutz der Gemeinden gegen überörtliche Planungen und Projekte im Mittelpunkt.

Ergänzt wurde dieses Kernspektrum mit Veranstaltungen zum Umgang von Städten und Gemeinden mit verwahrlosten Immobilien, zur Vermeidung und Beseitigung von Leerstandsentwicklungen in Dorfkernen und zum Management der Öffentlichkeitsarbeit in Krisensituationen.

Alles in allem wurde ein breites Spektrum an zum Teil hochspezialisierten Fragestellungen aufgerufen. Dieses

Angebot soll im Geschäftsjahr 2014 fortgeführt und mit neuen Schwerpunkten zur kommunalen Infrastruktur weiterentwickelt werden.

Die jährliche „Bundesrichtertagung“ des vhw

Die ohnehin sehr vielseitigen städtebaulichen Aufgabenstellungen unterliegen ebenso wie die planungsrechtlichen Grundlagen einer temporeichen Entwicklung. So werden die Anforderungen an Standorte, Flächen und Nutzungsmöglichkeiten heterogener und erfordern entsprechend differenzierte Steuerungsinstrumente. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den in recht kurzer Folge ergehenden Änderungen des Bau- und Planungsrechts wider. Diese Dynamik führt selbst bei Experten bisweilen zur Verunsicherung und zu einer Erschwerung der Rechtsanwendung in der Praxis. Von entscheidender Bedeutung für die städtebaulich relevante Planungs-, Genehmigungs- und Beratungspraxis ist die Rechtsprechung des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts.

Der vhw hat am 26. November 2012 zum siebten Mal seine Sonderveranstaltung zur aktuellen Rechtsprechung zum Städtebaurecht mit Mitgliedern des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts durchgeführt. Die Bundesrichter haben die wichtigsten aktuellen städtebaurechtlichen Entscheidungen erörtert und intensiv mit den rund 130 anwesenden Teilnehmern der Veranstaltung diskutiert. Im Vordergrund der Veranstaltung standen in diesem Jahr Entscheidungen u. a.:

- zum Raumordnungsrecht,
- zum Bauplanungsrecht (u. a. Abwägungsgebot),
- zur Vorhabenzulassung (u. a. Einzelhandel, Windenergieanlagen),
- zum Besonderen Städtebaurecht und
- zum Verwaltungsprozessrecht.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Das Umweltrecht hat sich in den vergangenen Jahren zu einem überaus vielschichtigen und selbst für Fachleute nur noch schwer in seiner Gänze überschaubaren Rechtsgebiet entwickelt. Es ist geprägt durch eine Vielzahl unterschiedlichster Vorschriften auf völkerrechtlicher, europäischer, nationaler und in Deutschland nicht zuletzt föderaler Ebene. Hinzu kommt die dichte Verzahnung mit zahlreichen naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen. Dies spiegelt sich in den Seminar Konzepten wider. Neben der rechtlichen Betrachtung fließen in die Seminare daher zunehmend planerische, biologische oder auch technische Aspekte mit ein, die der vhw mit interdisziplinären Referententeams abbildet, da auch in der Praxis Juristen, Planer und Naturwissenschaftler Hand in Hand zusammenarbeiten müssen.

Im Berichtszeitraum wurden bundesweit 79 Seminare mit 2.384 Teilnehmern mit spezifisch umweltrechtlicher Ausrichtung vorrangig zu den Themenfeldern: Immissionsschutz, Naturschutz, Gewässerschutz, Klimaschutz sowie der Kreislaufwirtschaft durchgeführt.

Innerhalb des Fortbildungsangebots im Kompetenzfeld Umweltrecht stellte der Immissionsschutz erneut ein thematisches Schwergewicht dar. Hierzu gehörten insbesondere zwei Veranstaltungsreihen, die einen Überblick über den Immissionsschutz in der Bauleitplanung bzw. im Genehmigungsverfahren und in der Überwachung gaben. Darüber hinaus wurde das bereits etablierte Seminarangebot zum Lärmschutz bezüglich in Betracht kommender Lärmquellen weiter ausdifferen-

vhw-Fort- und Ausbildung

ziert sowie eine Seminarreihe zur Lärminderungsplanung durchgeführt.

Kontinuierlichen Fortbildungsbedarf gab es auch im Bereich des Natur- und Artenschutzes. Rund 30 thematisch und landesspezifisch ausdifferenzierte Veranstaltungen konnten durchgeführt werden.

Auf besonderes Interesse stießen im Berichtszeitraum Seminare zum Ausbau erneuerbarer Energien im Zuge der Energiewende. Neben Seminaren zum Artenschutz und der „Veränderungen des Landschaftsbilds im Zusammenhang mit dem verstärkten Ausbau von Windenergieanlagen an Land“ waren dies Veranstaltungen zu den Konflikten zwischen Naturschutz und Netzausbau oder zur praktischen Anwendung der Gesetzgebung zum Klimaschutz wie dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) oder der Energieeinsparverordnung (EnEV).

Auf gute Resonanz trafen die neun Veranstaltungen zur Fachplanung und deren Konflikte mit dem Natur-, Arten- und Immissionsschutz. 372 Teilnehmer konnten erreicht werden.

Aktuelle Entwicklungen in der höchstrichterlichen Rechtsprechung gaben Anlass – neben den Rechtsprechungsseminaren „Update-Umweltrecht“ – eine spezielle Seminarreihe zum Umgang mit Störfallbetrieben in der Bauleitplanung und im Genehmigungsverfahren im Berichtszeitraum wieder ins Programm zu nehmen.

Über die aktuelle Gesetzgebung wurde etwa in Seminaren zum Kreislaufwirtschaftsgesetz, zum Wasserrecht oder zu den neuen Naturschutzausführungsgesetzen in Bayern und Brandenburg informiert. Aktuelle Gesetzgebungsvorhaben, etwa der Entwurf der Bundeskompensationsverordnung, wurden bereits in Seminaren vorausschauend berücksichtigt, um die Kommunen rechtzeitig auf die beabsichtigte Novellierung einzustimmen bzw. vorzubereiten.

Zum Spektrum der angebotenen Veranstaltungen gehörten zahlreiche weitere wichtige aktuelle Themen

wie z.B. die Förderung von unkonventionellem Erdgas im Rahmen des sogenannten „Fracking“, die Themen Fluglärm und Naturschutz beim Rohstoffabbau sowie Fragestellungen aus den neuer Gesetzgebung unterliegenden Bereichen des Wasser- und Kreislaufwirtschaftsrechts.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Gesellschaftliche Bedeutung des Themenfelds

War das Vergaberecht ursprünglich wegen der damaligen Verankerung im Haushaltsrecht eher ein Binnenrecht der Verwaltung, hat es sich seit der Einführung des neuen Rechtsschutzsystems im Jahre 1999 zwischenzeitlich unbestritten zu einem eigenständigen Rechtsgebiet mit hoher Komplexität und Dynamik entwickelt; hinzu kommt der wirtschaftliche Umfang: 30.000 öffentliche Auftraggeber in Bund, Ländern und Gemeinden vergeben pro Jahr öffentliche Aufträge im geschätzten Gesamtumfang von 300 Mrd. Euro.

Entsprechend wichtig ist dieser Fortbildungsbereich auch für den vhw. Die rechtlichen Änderungen, die zu einem Seminarangebot im Berichtszeitraum führten, reichen natürlich über diesen hinaus. Erwähnenswert sind: Anhebung der EU-Schwellenwerte, verschiedene Änderungen der Vergabeverordnungen (VgV), Einführung der Neufassung der Vergabeordnungen für Bauleistungen (VOB/A), zahlreiche Gesetzesvorhaben auf der Ebene der Bundesländer in Form von Vergabegesetzen, Mittelstandsförderungsgesetzen und Mindestlohnregelungen im Zusammenhang mit öffentlichen Auftragsvergaben. Hinzu kommt eine ebenfalls kaum noch

zu überschaubare Fülle von Entscheidungen der Vergabekammern, Vergabesenate und des europäischen Gerichtshofs, welche die Materie ebenfalls prägen.

Diversifikation des Themenfelds

Ebenso wie das eigentliche Vergaberecht werden das Bauvertragsrecht und etwa die Problembe- reiche der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure im Seminarangebot verarbeitet. Gerade das Beispiel der HOAI verdeutlicht, dass anstehende Änderungen und Entwicklungen nicht erst abge- wartet, sondern bereits vorausschauend beim Semi- narangebot berücksichtigt, ggf. auch in der Planung alternativ berücksichtigt werden müssen, da etwa Gesetzesänderungen sich zeitlich vorher meist nicht fixieren lassen. Denn die weitreichenden Änderungen der HOAI 2013, wie etwa Korrektur von Fehlern der vorherigen Novelle, Auswertung der Vertragsfreiheit, Neustrukturierung der über 30 Jahre alten Leistungs- bilder und die neue Honorarstruktur müssen, um die Erwartungen an den vhw als qualitätsorientierten und serösen Fortbilder erfüllen zu können, wegen ihrer Bedeutung etwa auch im Bereich der öffentlichen Hand und der Immobilienwirtschaft und der Notwen- digkeit, sich darauf einstellen zu können, rechtzeitig in Seminaren erläutert werden.

Der kontinuierliche Anstieg der Teilnehmerzahlen, die Verstärkung der hohen Anzahl von Seminaren und die erreichten wirtschaftlichen Ergebnisse machen deutlich, dass die Kontinuität und der stetige Wandel im Vergaberecht sich rechtzeitig auch im Seminaran- gebot für Vergaberecht und Bauvertragsrecht des vhw wiederfinden und dieses daher von Teilnehmern beim vhw nachgefragt und intensiv genutzt wird.

So sind im Berichtszeitraum 126 offene Seminare mit insgesamt 4.734 Teilnehmern bundesweit durchge- führt worden. Wie schon in den Vorjahren dargestellt, sind die thematischen Schwerpunkte einerseits weit ausdifferenziert und wenden sich andererseits an die unterschiedlichsten Zielgruppen. Neben bewährten

und fortlaufend weiterentwickelten Vertiefungsver- anstaltungen etwa zu den Kernpunkten des Verga- berechts wie z.B. Leistungsbeschreibung, Wertung und Dokumentation, die neben ständig aktualisierten Lehrgängen für Einsteiger, Crashkursen oder Update- Seminaren stehen, werden immer wieder auch neue Themen wie "Energieeffiziente Beschaffung" oder „Nachhaltigkeit bei Kantinenessen“ besetzt, selbst wenn sie zunächst wenig ertragreich sind, aber zukunftsorientiert gewertet werden. Besonders her- vorzuheben für den Praxisbezug sind, exemplarisch genannt, auch die stark nachgefragten Bauleitersemi- nare, welche eine spezielle Zielgruppe berücksichtigen.

Leuchttumveranstaltungen: Vergabeforen

Mit seinen Vergabeforen hat der vhw Veranstaltun- gen kreiert, die seit Jahren wegen ihres hohen Niveaus von Fachleuten und Praktikern nachgefragt werden. Jedes vhw-Forum gibt einen kompakten Querschnitt wichtiger Themenfelder bei Vergabe und Beschaffung, die aktuell sind – Gesetzesänderungen und praktische Anwendung im Lichte der Rechtspre- chung. Zwei Tage in besonderem Ambiente sind der Information, der Diskussion mit den Experten und dem Erfahrungsaustausch untereinander gewidmet.

Folgende Foren fanden im Berichtszeitraum statt:

Im 2. Halbjahr 2012:

- Das 6. Vergaberechtsforum Süd am 9. und 10. Juli in Ulm,
- das 6. Vergaberechtsforum West und Südwest am 13. und 14. Dezember in Bonn.

Als Besonderheit ist hervorzuheben, dass im Jahr 2012 das Vergaberechtsforum West des vhw NRW und das Vergaberechtsforum des vhw Südwest speziell für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland örtlich und zeitlich zusammengeführt wurden, um in noch größerem Expertenkreis mit unterschiedlichen Sichtweisen Erfahrungen über die Region hinaus auszutauschen

vhw-Fort- und Ausbildung

und sich den Entwicklungen des Vergaberechts auf EU-Ebene, in Deutschland, in den Ländern bis hinein in die Kommune zu widmen.

Im 1. Halbjahr 2013:

- Das Potsdamer Vergaberechtsforum des vhw am 25. und 26. April 2013. Dieses Forum, im Jahr 2004 von den damaligen Landesverbänden aus der Taufe gehoben, feierte 2013 ein Jubiläum: Es fand zum 10. Mal mit über 200 Teilnehmern (also vier Mal so vielen wie im Gründungsjahr) aus sämtlichen fünf östlichen Bundesländern kommend, statt.
- Das Vergaberechtsforum Nord für Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen am 10. und 11. Juni 2013 traditionell in Hamburg.

Praxisbezogene Textausgabe zum neuen Vergaberecht

Um den Teilnehmern der vhw-Seminare auch die richtige Arbeitsgrundlage bieten zu können, hat der vhw erstmals 2010 eine praxisbezogene Textausgabe „Das neue Vergaberecht“ herausgegeben, die im Berichtszeitraum wegen der zwischenzeitlichen Änderungen in den Rechtsgrundlagen im Oktober 2012 bereits in 2. Auflage erschienen ist. Auch dies zeigt den stetigen Wandel im Vergabe- und Bauvertragsrecht, der kontinuierlich abgearbeitet wird, um beim Kunden zu reüssieren.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im im Berichtszeitraum wurde das Kompetenzfeld Wohngeldrecht/Sozialrecht weiter ausgebaut. Erstmals wurden 167 Seminare mit insgesamt über 6.500 Teilnehmern durchgeführt.

Neben den seit der Einführung der Hartz IV-Reformen noch immer auftretenden, z.T. ungeklärten materiell-rechtlichen Fragen des SGBII wie Einkommen und Vermögen, Kosten der Unterkunft, Umgang mit Selbstständigen und verfahrensrechtlichen Problemen (Bescheidtechnik, insbesondere bei Aufhebung und Erstattung, Widerspruchs- und Klageverfahren) standen im Berichtszeitraum folgende neue Themen im Mittelpunkt des Seminarprogramms:

- Umsetzungsfragen des zum 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Pflege-Neuausrichtungsgesetz, mit dem auf den demografischen Wandel und die Herausforderungen für die Pflege reagiert wird: 11 Seminare,
- das durch die UN-Behindertenrechtskonvention auch in Deutschland geforderte „inklusive“ Schulsystem mit den Schwerpunkten „Integrationshelfer



Abb.54/55/56/57 Foren als Fachaustausch der Vergabeverantwortlichen

Foto: vhw

(Schulbegleiter)“ und den „Eingliederungshilfen nach dem SGB XII und SGB VIII“: 9 Seminare sowie

- Zuständigkeitsfragen bei der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen: 2 Seminare.

Mit diesen neuen Themen konnten neue Zielgruppen aus den Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämtern der Städte und Gemeinden sowie aus kommunalen Pflegestützpunkten und privaten Trägervereinen gewonnen werden.

Auf dem Gebiet des Wohngeldrechts wurden die bewährten Veranstaltungen zu Praxisfragen bei der Umsetzung des Wohngeldgesetzes in allen Bundesländern fortgeführt und ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den Referenten aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den jeweiligen Länderministerien und den Teilnehmern ermöglicht.

auch „Grundlagen der kaufmännischen und rechtlichen Due Diligence“ berücksichtigt.

Zum Juli 2013 wird das Kompetenzfeld Wohnungswirtschaft mit den Kompetenzfeldern Mietrecht und PREM zum Themenkomplex Immobilienrecht, -management und -förderung zusammengelegt.



5.4 Fortbildung und Forschung – Synergien stärken

Ziel ist es, die Erfahrungen und Kompetenzen aus der Forschung in die Fortbildung zu integrieren. Hierbei steht die Entwicklung von neuen Formaten im Raum. Aus der Forschungsabteilung sollen somit entsprechende Themen generiert werden, die in der Fortbildung zur Anwendung kommen. Als relevante Kompetenzfelder für die Fortbildung zählen zunächst einmal die Bereiche Wohnen, Klima und Nachhaltigkeit sowie Einzelhandel und Gewerbe. Hierbei geht es darum, die Probleme der Kommunen zu identifizieren. Gemäß dem Leitbild des vhw gilt es, die Themen als Bestandteil einer bürgerorientierten integrierten Stadtentwicklung zu sehen. Somit sollen die Erkenntnisse aus den durchgeführten Dialogverfahren aus dem Städtenetzwerk in die Fortbildung eingefügt werden. Dies wird kein einfacher aber notwendiger Weg sein, um den Kommunen mögliche Handlungsoptionen zu einer bürgerorientierten integrierten Stadtentwicklung anzubieten. Dabei steht jeweils der Bezug zu einem konkreten Sachthema im Vordergrund.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Zwischen Juli 2012 und Juni 2013 fanden im Kompetenzfeld Wohnungswirtschaft bundesweit 54 Seminare mit rund 1.000 Teilnehmern statt.

Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Weiterbildungsangebote auf Vertiefungsveranstaltungen für die Wohnungswirtschaft. Dazu zählten beispielweise Mediationsverfahren und Konfliktmanagement, „Modernisierung im Wohnungsbestand ökonomisch – ökologisch – technisch“ sowie „Praxisfragen und Dokumentation bei Verkehrssicherungspflichten“.

Daneben wurden zahlreiche Veranstaltungen mit kaufmännischem Schwerpunkt angeboten. Neben Controlling, Bilanz- und Kostenrechnung wurden beispielsweise

5.5 Fernlehrgänge



Abb.58/59/60: Titel der Werbeflyer zu den Fernlehrgängen

Mit den vhw-Fernlehrgängen zum vhw-Diplom

Nach jahrzehntelanger, erfolgreicher Arbeit im Rahmen von Präsenzseminaren ist der vhw seit März 2010 mit Fernlehrgängen auf dem Markt. In der Ausbildungsreihe „Basiswissen für Nichtjuristen“ bietet er gegenwärtig die drei folgenden Fernlehrgänge an:

- Anschlussbeitrags- und Benutzungsgebührenrecht
- Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht
- Städtebaurecht

Alle Fernlehrgänge sind von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) zugelassen und werden mit einem vhw-Diplom abgeschlossen.

Das Format der Fernlehrgänge ermöglicht den Teilnehmern, sich neben ihrer Arbeit orts- und zeitunabhängig Wissen anzueignen. Jeder Lehrgang ist in 12 bis 14 Lektionen aufgeteilt; in den entsprechenden Lehrheften ist der Lehrstoff auf zwischen mindestens 30 bis maximal 60 Seiten komprimiert und in einer für Nichtjuristen verständlichen Weise aufbereitet. Jedes Lehrheft endet mit vier Selbstkontrollaufgaben und einer Fremdkontrollaufgabe (Einsendeaufgabe). Die Bewertung der Einsendeaufgabe erfolgt durch den Autor des jeweiligen Lehrhefts; diese Bewertung ist Grundlage für das bei erfolgreichem Abschluss des

Lehrgangs zu erteilende vhw-Diplom. Die Autoren der Lehrhefte sind renommierte Experten, vornehmlich Richter und Rechtsanwälte.

„Die Fernlehrgänge des vhw vermitteln ein optimales Grundwissen, nicht nur für die tägliche praktische Arbeit, sondern auch für das Verständnis von Gerichtsentscheidungen sowie Meinungsäußerungen in Kommentaren und Fachzeitschriften“, so Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus, ehemaliger Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht und pädagogischer Leiter der Fernlehrgänge.

Die Fernlehrgänge sind vom Markt gut angenommen worden; es ist zu erwarten, dass sich bis Juni 2014 etwa 450 Teilnehmer angemeldet haben werden. Interessenten können im Vorfeld telefonisch oder schriftlich Informationsunterlagen anfordern und sich u. a. auf der Grundlage von Lehrheftauszügen ausführlich über Aufbau und Inhalte der Lehrgänge informieren. Inzwischen haben schon viele Teilnehmer einen Fernlehrgang erfolgreich abgeschlossen und ein vhw-Diplom erhalten.

Birgit Möhres, Gummersbach, erste Absolventin des vhw-Fernlehrgangs Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht: „Der Lehrgang hat mir sehr geholfen, mich in kürzester Zeit mit der Materie vertraut zu machen. Ich fühlte mich zu keiner Zeit überfordert und bedanke mich für die gute und praxisnahe Betreuung.“

Als weitere vhw-Fernlehrgänge sind die Fernlehrgänge „Vergaberecht“ sowie „Wohn- und Gewerberaummietrecht“ in Vorbereitung. Es ist zu erwarten, dass die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht den entsprechenden Zulassungsanträgen noch in 2013 stattgegeben wird. Im Jahr 2014 soll der zurzeit von den dafür gewonnenen Autoren erarbeitete Fernlehrgang „Straßen- und Straßenverkehrsrecht“ angeboten werden.

5.6 Fachliteratur

Der vhw gibt Fachliteratur und Publikationen zu den Bereichen Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft heraus. Sie geben den Lesern einen praxisorientierten Überblick über ausgewählte Fragen des Wohnungs- und Städtebaus und unterstützen damit die Tätigkeit des vhw im Rahmen der Fort- und Ausbildung.

Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 2012 und 1. Halbjahr 2013:



Handbuch Einzelhandel

Herausgeber Stefan Kruse
1. Auflage, August 2012

Die Rahmenbedingungen

Einzelhandel ist Spannungsfeld! Die nach wie vor anhaltende Dynamik auf der Anbieterseite einerseits sowie die scheinbar sich in immer kürzeren Zyklen ändernden Verhaltensmuster der Verbraucher andererseits führen zu intensiven Diskussionen um beispielsweise Definitionen von Verkaufsflächen, Standorten, Zuordnungen von einzelnen Sortimenten, Atypik von Betriebskonzepten u. ä. Gleichzeitig hat sich die Schlagzahl von rechtlichen Auseinandersetzungen und letztlich auch diesbezüglichen Urteilen massiv erhöht. Und das nicht nur auf der Ebene der Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte, sondern auch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat sich in der jüngeren Vergangenheit immer häufiger mit Fragen der Einzelhandelssteuerung auseinandersetzen dürfen.

Die zunehmende Komplexität in diesem Beziehungsgeflecht gepaart mit einer zunehmenden juristischen Relevanz hat zu einem hohen Beratungsbedürfnis, insbesondere auf Seiten der Gemeinden, aber auch bei Grundstückeigentümern, Betreibern und Projektentwicklern geführt. Auch das anhaltende Interesse an entsprechenden Fortbildungsseminaren macht deutlich, dass es einen enormen Informationsbedarf gibt.

Mit dem vorliegenden Handbuch Einzelhandel werden zum ersten Mal alle relevanten und aktuellen Aspekte und Fragestellungen rund um das Thema „Einzelhandels- und Stadt-/Regionalentwicklung“ in einem Werk aufgegriffen und diskutiert. Eine Vielzahl namhafter Experten erläutert die wesentlichen wirtschaftlichen, rechtlichen, städtebaulichen, konzeptionellen, planerischen Aspekte, Kriterien, Positionen, Argumentationslinien und Strategien rund um das Beziehungsgeflecht Einzelhandel/Stadtplanung/Regionalentwicklung.

Insbesondere werden behandelt:

Aktuelle Trends im Einzelhandel und ihre räumlichen Konsequenzen; die übergeordneten Interessen einer ausgewogenen Einzelhandelsentwicklung in Stadt und Region aus der Sicht zweier Bundesländer, einer Kommune sowie übergeordneter Institutionen und Verbände (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Hauptverband des deutschen Einzelhandels); rechtliche Aspekte der Einzelhandelssteuerung (Steuerung durch Raumordnungsplanung, Steuerung über Sondergebietsfestsetzung, bauplanungsrechtliche Zulässigkeit, Ausschluss und Beschränkung außerhalb zentraler Versorgungsbereiche); Einzelhandelskonzepte und Vertraglichkeitsgutachten (Aufbau, Inhalte, Erforderlichkeiten, Grenzen), Zentrenrelevanz von Sortimenten, städtebauliche Rahmenbedingungen und ihre Bedeutung für den Einzelhandel (Standorte, Verkehr, Raumstrukturen, Architektur), Anforderungen an trag- und zukunftsfähige Standorte aus Sicht des Einzelhandels (Lebensmittelvollsortimenter, Warenhaus, Shopping-Center, Inhabergeführter Einzelhandel).

Die umfangreichen Ausführungen werden in einzelnen Beiträgen durch Grafiken, Tabellen und Fotos verdeutlicht und durch aktuelle Quellenangaben praxisorientiert ergänzt.



Das neue Vergaberecht – Praxisbezogene Textausgabe mit einer systematischen Einführung

Herausgeber Lutz Horn
2. Auflage, Oktober 2012

Das öffentliche Auftragswesen

Wird durch das „Vergaberecht“ geregelt und damit in der Bundesrepublik Deutschland ein Auftragsvolumen von rund 300 Milliarden Euro.

War das Vergaberecht in früheren Zeiten eher ein Binnenrecht der Verwaltung, hat es sich gerade in den letzten 10 Jahren zu einem eigenständigen, sehr komplexen und dynamischen Rechtsgebiet entwickelt. Dabei existiert eine markante Zweiteilung mit besonderen Regeln für Vergaben einerseits unterhalb und andererseits oberhalb bestimmter Wertgrenzen, der sogenannten Schwellenwerte.

Diese Textausgabe ist auf dem aktuellsten Stand und dokumentiert das Vergaberecht wie es zum Beispiel in einer Kommune gebraucht wird.

Der Herausgeber hat der Textsammlung eine fortgeschriebene, ausführliche, systematische Einführung mit Übersichten in das neue Recht vorangestellt. Dadurch gewinnt der Nutzer schnell einen kompakten Überblick, entweder als Neueinsteiger in das Vergaberecht oder als „alter Hase“.



Bescheidtechnik – Erlass, Änderungen und Aufhebung von Bescheiden durch die Ausgangsbehörde

Sven Müller-Grune
1. Auflage, April 2013

Bescheide geben Verwaltungsakten eine Gestalt

Sie sind Qualitätsausweis der behördlichen Verwaltungstätigkeit. Woher wissen Mitarbeiter aber wie ein solcher Bescheid äußerlich und inhaltlich zu gestalten ist? Gesetzliche Vorgaben über Inhalt und Aufbau eines Bescheids existieren nicht. Dennoch ergibt sich daraus keine vollkommene Freiheit für die Gestaltung des Bescheids. Der rechtliche Maßstab ergibt sich vielmehr aus dem Inhalt der durch den Bescheid verkörperten Verwaltungstätigkeit selbst. Das Verwaltungsverfahrenrecht sowie teilweise das Verwaltungsprozessrecht enthalten Vorgaben, deren Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung unmittelbaren Einfluss auf die rechtliche Bewertung des Bescheids haben.

Der Aufbau des Bescheids wird mit dem vorliegenden Buch nach klassischem Verständnis anhand der Vorgaben des Verwaltungsverfahrenrechts erläutert; auf Verfahrensvorschriften des Sozialrechts, des Ordnungsrechts und des Steuerrechts wird jeweils verwiesen. Ziel ist es, in klarer Sprache einen leicht verständlichen, handlichen und übersichtlichen Ratgeber für ein schnelles Nachschlagen anzubieten. Dem dienen die klare Strukturierung und das Stichwortverzeichnis. Sowohl der Übersichtlichkeit als auch der Anwenderfreundlichkeit dieses Ratgebers Rechnung tragend, wurde auf eine Darstellung akademischer Streitfragen verzich-

tet. Ebenfalls erfolgt eine Beschränkung auf den durch die Ausgangsbehörde zu erstellenden Bescheid, wobei Änderungen innerhalb und außerhalb eines Rechtsbehelfsverfahrens ebenfalls erläutert werden. Rechtsprechung findet nur Erwähnung soweit dies der Verdeutlichung von Beispielen oder der Klarstellung aktueller Probleme des Verwaltungsverfahrensrechts dient. Für eine vertiefende Einarbeitung folgt ein Anhang mit praxistauglichen Literaturempfehlungen.

Eine Anwendungshilfe für die Praxis

Das Buch beruht auf der Weiterentwicklung von Unterlagen, welche der Autor im Rahmen seiner Vortragstätigkeiten für den vhw entwickelt hat. Es reflektiert damit unter anderem die dabei gemeinsam mit den Teilnehmern diskutierten Probleme. Tragendes Anliegen dieser Veranstaltungen war und ist es, den Teilnehmern das Verwaltungsverfahrensrecht in seiner praktischen Umsetzung „gerichtsfest“ zu vermitteln, bzw. es gemeinsam mit den Teilnehmern wiederholend zu vertiefen. Naturgemäß erfolgt dabei eine Konzentration auf den Verwaltungsakt als Hauptinstrument behördlichen Handelns, wobei der Autor seine Erfahrungen als Dozent, als Berater kleinerer und mittlerer Kommunalverwaltungen sowie als Prozessvertreter einfließen lässt.



Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis

Stephan Gatz
2. Auflage, Juni 2013

Nach der Energiewende, die in Deutschland nach Fukushima in beachtlichem Tempo politisch auf den Weg gebracht worden ist, hat die Windenergie noch weiter an Bedeutung gewonnen. Sie gilt als Zugpferd der Erneuerbaren Energien und ist Eckpfeiler der Energiewende.

So unverzichtbar der Ausbau der Windenergie aus Sicht der Energie- und Klimaschutzpolitik ist, bringt dieser auch Konfliktpotenziale mit sich und wirft zahlreiche Rechtsfragen auf. Das rechtliche Instrumentarium zur Vermeidung oder Lösung solcher Konflikte ist vielschichtig.

Von zentraler Bedeutung sind dabei die vom Gesetzgeber auf verschiedenen Planungsebenen geschaffenen Möglichkeiten zur Steuerung der Ansiedlung von Windkraftanlagen. Versäumnisse, mangelnde Abstimmungen und Fehler bei der Planung, insbesondere von Konzentrationsflächen und bei der Ausweisung von Vorranggebieten, können erhebliche Folgewirkungen nach sich ziehen. Die Rechtsprechung hat sich dem Thema in den letzten Jahren wiederholt gewidmet und Klarstellungen getroffen, wie mit welchen Planungsinstrumentarien auf kommunaler und überörtlicher Ebene die Ansiedlung von Windenergieanlagen rechtssicher gesteuert werden kann.

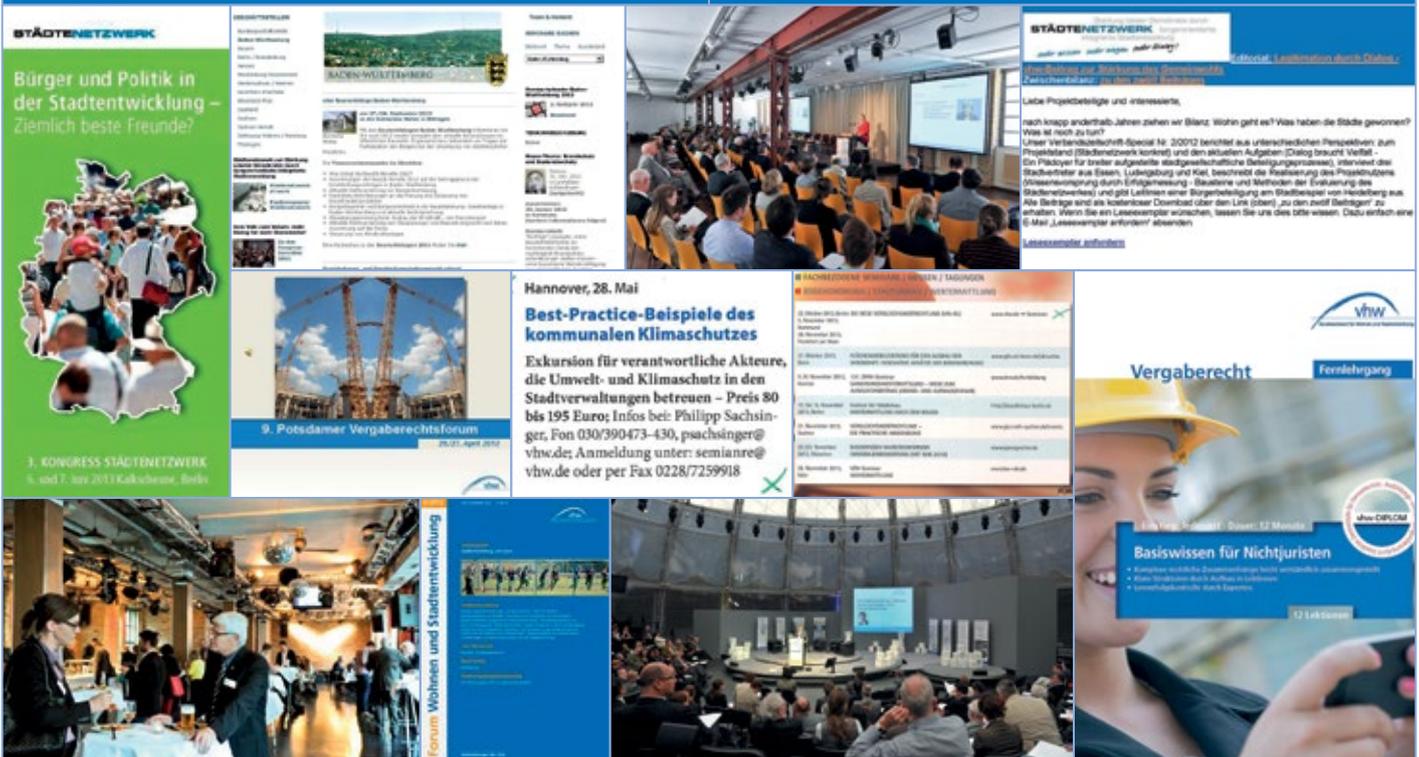
Die vorliegenden Handreichungen bieten praxisnahe Hilfestellungen für die Planung und Zulassung von Windkraftanlagen. Die Darstellung zeichnet sich dadurch aus, die Planungspraxis nicht zu überfordern, ihr zugleich aber konkrete Argumentationshilfen an die Hand zu geben, sodass ihre Entscheidungen einer rechtlichen Überprüfung standhalten.



vhw-Fort- und Ausbildung

ÖA informiert: **Verbandszeitschrift Nr. 5/2012 online**

ÖA informiert: **Google maps = neuer Service online**



STÄDTENETZWERK
Bürger und Politik in der Stadtentwicklung – Ziemlich beste Freunde?

STÄDTENETZWERK
Baden-Württemberg

Hannover, 28. Mai
Best-Practice-Beispiele des kommunalen Klimaschutz
Exkursion für verantwortliche Akteure, die Umwelt- und Klimaschutz in den Stadtverwaltungen betreuen – Preis 80 bis 195 Euro; Infos bei: Philipp Sachsinger, Fon 030/390473-430, psachsinger@vhw.de; Anmeldung unter: seminar@vhw.de oder per Fax 0228/7259918

Vergaberecht
Fernlehrgang

Forum Wohnen und Stadterwicklung

Basiswissen für Nichtjuristen

6. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt in den Bereichen Pressearbeit, Seminarmarketing, Internet- und Zeitschriftenredaktion, Grafik & Gestaltung sowie Evaluation und unterliegt dem vom Vorstand in Abstimmung mit den Gremien festgelegten verbandspolitischen Zielen.

6.1 Internet

Im Berichtszeitraum 2012/2013 wurden 246.000 Besuche registriert, was dem Vergleichswert zum vorherigen Berichtszeitraum entspricht. Durchschnitt-

Die 15 am häufigsten besuchten Inhalte/Seiten (gruppiert) im Zeitraum: 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013:

(grün=aufgestiegen)

1. Seminare (ab Juli 2013: Fort- und Ausbildung)
2. Home
3. Geschäftsstellen
4. **Kompetenzfelder** (ab Jan 2013 Themenfelder)
5. Publikationen
6. Uploads Seminarprogramme
7. **Wir über uns**
8. Uploads (FW, Satzung, Tätigkeitsbericht, Städtenetzwerk, Forschung, Politik, Presse etc.)
9. **Externe Verweise**
10. **Fernlehrgänge**
11. Suche (verwendeten ca. 17 Prozent der Besucher)
12. Forschung
13. Presse
14. Politik
15. Film Städtenetzwerk

lich wurden 4,8 Seiten angeschaut und dafür – wiederum durchschnittlich – knapp über drei Minuten Zeit verwendet. Mit über 1,18 Million Seitenzugriffen gesamt hat sich das Nutzervolumen im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum wiederum leicht gesteigert.

Die Zugriffsentwicklung auf „Seminare“/„Fort- und Ausbildung“ folgt einer jährlich analogen Kurve bei einem leicht ansteigenden Niveau. Durchschnittlich registrieren wir 20.000 Besuche im Monat auf der vhw.de-Internetseite.

Die beliebtesten 15 Zielseiten* im Zeitraum: 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012:

1. Home
2. Seminare (ab Juli 2013: Fort- und Ausbildung)
3. Geschäftsstelle Baden-Württemberg
4. Geschäftsstelle Niedersachsen/Bremen
5. Geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen
6. Themenfeld Wohngeld & Sozialrecht
7. Geschäftsstelle Hessen
8. Geschäftsstelle Schleswig-Holstein/Hamburg
9. Geschäftsstelle Bayern
10. Fernlehrgang Städtebaurecht
11. Publikationen - Verbandszeitschrift
12. Geschäftsstelle Berlin-Brandenburg
13. Geschäftsstelle Sachsen
14. Themenfeld Bodenrecht & Immobilienbewertung
15. Fernlehrgänge (Startseite)

*Zielseite bezeichnet jene Seite, über die der Nutzer in den vhw-Internetauftritt einsteigt, die er für seinen Besuch dadurch als „Ziel“ definiert.

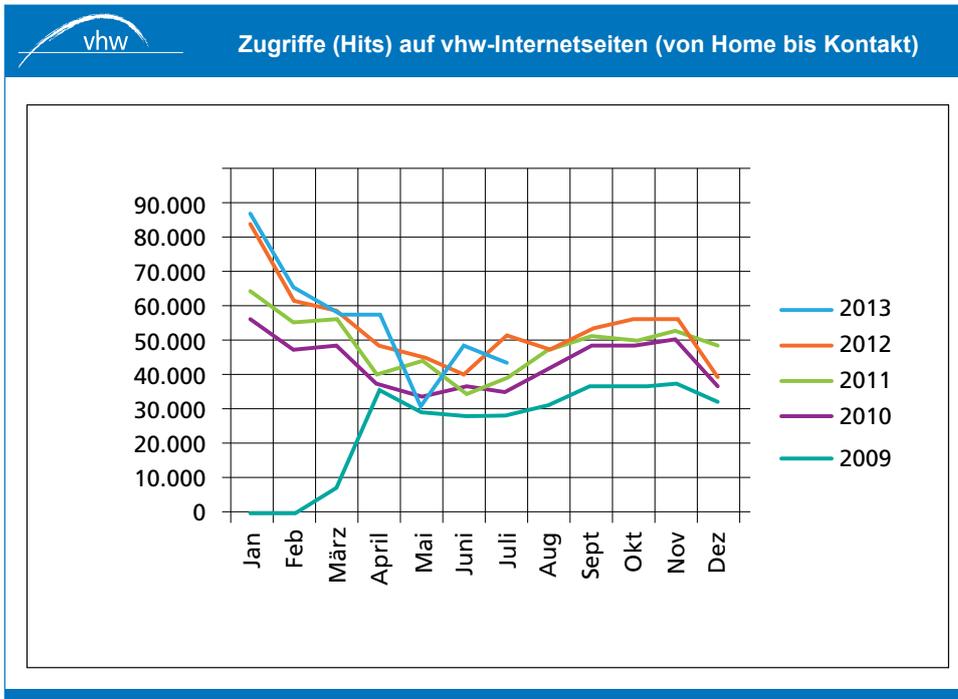


Abb.61: Zugriffsentwicklung auf „vhw.de“ über fünf Jahre

Kooperationen im Netz

Über 850 verweisende Websites haben als Informationskanäle zu den vhw-Fort- und Ausbildungsangeboten agiert. Unter den Top-30 der verweisenden Websites sind Fachportale sowie Internetseiten von Rechtsanwaltskanzleien, Referenten, Bildungsanbietern sowie von Akteuren und Netzwerken aus der Stadtpolitik und der organisierten Bürgerschaft. Über 800 Verweisungen waren zeitlich begrenzte Aktivitäten.

Wo steht der vhw im WWW?

Fortbildung, Forschung und Politikberatung des vhw sind im www (Premiummedium Google ausgewertet) gut vernetzt aufgestellt. Nachfolgend ein Auszug

einer gerankten Auflistung von Schlüsselwörtern aus der verbandspolitischen und fachlichen Arbeit des vhw, wie sie nach ihrer Suche im Internet als Rankingergebnis aufgelistet angezeigt werden:



Abb.62: Suche nach „Stärkung lokaler Demokratie“ in Google, Ergebnis: Seite 1

vhw-Öffentlichkeitsarbeit

Ungefähr 138.000 Ergebnisse (0,33 Sekunden)

Cookies helfen uns bei der Bereitstellung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Dienste erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies setzen.

[Weitere Informationen](#)

[Städte-Netzwerk NRW: Start](#)
www.netzwerk.nrw.de/

Das **Städte-Netzwerk NRW** ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Städten und Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen. Gemeinsames Ziel aller Städte und ...

[VHW: Städtetzwerk at work](#)
www.vhw.de/home/staedtenetzwerk-at-work/

Wie kommt ein Verband wie der vhw dazu, ein **Städtetzwerk** zu initiieren, das mit seiner Arbeit einer bürgerorientierten integrierten Stadtentwicklung einen ...

[Gesunde Städte Netzwerk - START](#)
www.gesunde.staedte.netzwerk.de/

Abb.63: Suche nach „Städtetzwerk“ in Google, Ergebnis: Seite 1

Seite 2 von ungefähr 295.000 Ergebnissen (0,19 Sekunden)

Cookies helfen uns bei der Bereitstellung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Dienste erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies setzen.

[Weitere Informationen](#)

[Städtebauförderung - Integrierte Ansätze](#)
www.staedtebaufoerderung.info/.../IntegrierteAnsaeztz/IntegrierteAnsaeztz...
Ansätze **integrierter** bzw. integrativer **Stadtentwicklung** beziehen aktivierende und kooperative Ansätze ein und zählen in mehreren Ländern zu profilbildenden ...

[INTEGRATION \(Integrierte Stadtentwicklung\) - Stadt Stuttgart](#)
www.stuttgart.de > ... > Umwelt > Altlasten
Titel INTEGRATION (Integrierte Stadtentwicklung) ...

[Regionalkunde Ruhrgebiet - Integrierte Stadtentwicklung ...](#)
www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/.../Integrierte_Stadtentwicklung.php?...
Integrierte Stadtentwicklung - Antworten auf den Demografischen Wandel ... Die Geschichte der **Integrierten Stadtentwicklung** beginnt in Nordrhein-Westfalen ...

[Integrierte Stadtentwicklung – KommunalWiki](#)
kommunalwiki.boeell.de/index.php/Integrierte_Stadtentwicklung
Der Begriff **Integrierte Stadtentwicklung** verweist auf die Notwendigkeit, Planungsprozesse nicht sektoral, sondern ganzheitlich zu gestalten. Das bedeutet z.

[VHW: Städtetzwerk Stärkung lokaler Demokratie durch ...](#)
www.vhw.de/.../staedtenetzwerk-staerkung-lokaler-demokratie-durch-bu...
Die "Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt" von 2007 hat dem **integrierten Ansatz** in der **Stadtentwicklung** einen neuen Bedeutungsschub ...

Abb.64: Suche nach „integrierte Stadtentwicklung“ in Google, Ergebnis: Seite 2

Ungefähr 26.100 Ergebnisse (0,36 Sekunden)

Cookies helfen uns bei der Bereitstellung unserer Dienste. Durch die Nutzung unserer Dienste erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies setzen.

[Weitere Informationen](#)

[Städtetzwerk Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte...](#)
www.vhw.de/.../staedtenetzwerk-staerkung-lokaler-demokratie-durch-bu...
Die "Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt" von 2007 hat dem integrierten Ansatz in der **Stadtentwicklung** einen neuen Bedeutungsschub ...

[Friedberg – Bürgerorientierte Stadtentwicklung - Wegweiser ...](#)
www.buergergesellschaft.de/.../buergeroerorientierte-stadtentwicklung/1063...
Praxis Planungswerkstatt: Friedberg – **Bürgerorientierte Stadtentwicklung**. Die Stadt Friedberg stand unter Druck, die Innenstadt hatte stark an Attraktivität ...

[Leitbild Bürgerorientierte Kommune - Orientierungsrahmen und](#)
www.buergeroerorientierte-kommune.de/service/pdf/Leitbild_BK.pdf
Die ausführliche Fassung „Leitbild **Bürgerorientierte K** ... Das Thema **Bürgerorientierung** ist mehr als nur ein Schlagwort. **stadtentwicklung** essen.de. V.

Abb.65: Suche nach „bürgerorientierte Stadtentwicklung“ in Google, Ergebnis: Seite 1

Weitere Schlüsselwörter	Ranking im www
Bauvertragsrecht	nicht unter den ersten 10 (2011 Seite 1, 2012 Seite 2)
Bodenrecht und Immobilienbewertung	Seite 1
Erschließungsrecht	Seite 1
Forum Wohnen und Stadtentwicklung	Seite 1
Wohnen und Stadtentwicklung	Seite 1
Wohngeldrecht	Seite 2 (2011 Seite 1, 2012 S. 2)
Fernlehrgänge	nicht unter den ersten 10 (2012 Seite 1)
Fort- und Ausbildung	Seite 1

Nutzerverhalten

Im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahrs hat sich die Verweildauer von Nutzern im vhw-Internetauftritt leicht gesteigert. Das korrespondiert mit der ebenfalls leicht gesteigerten Anzahl von angesehenen Seiten, die durchschnittlich bei knapp fünf Seiten pro Besuch liegt. In der Tendenz haben wir bei ca. 59 Prozent wiederkehrenden und 40 Prozent erstmaligen Besuchern ein verstetigtes Niveau an neuen Nutzern.

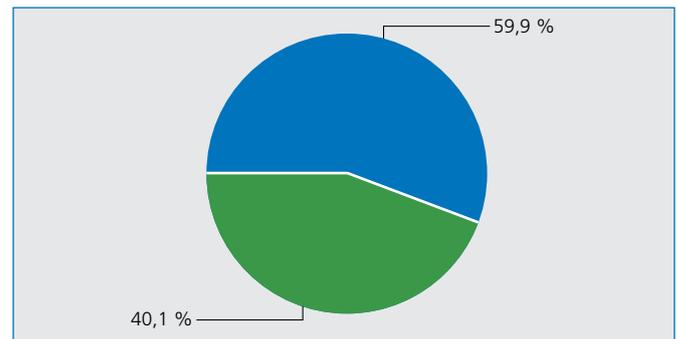


Abb.66: Neue Besucher (grün) 40,1 Prozent, wiederkehrende Besucher (blau) 59,9 Prozent

Grafik: vhw

Suchen & Finden

Wir haben uns für die wichtige Navigationsfunktion des Suchens extern evaluieren lassen. Dabei steht die thematisch motivierte Suche an erster Stelle. Kombiniert wird dann mit dem regionalen Filter. Der Einstieg des Suchens erfolgte über den gesamten Zeitraum ab Neugestaltung des vhw-Internetauftritts 2009 über den Menüpunkt: „Seminare“ (ab Juli 2013: „Fort- und Ausbildung“). Es ist zu registrieren, dass die Suche – durch Filter wie Region und Zeit – verfeinert wird, aber deutlich weniger in eine zweite, neu aufgesetzte Suche führt, was den Schluss nahe liegen lässt, dass die Nutzer bereits mit der ersten Suche ein Ergebnis erzielen. Ein geringer Teil der Suchenden hat zudem die Suche über das Themenfeld Stadtentwicklung (seit Januar 2013 nicht mehr in der Hauptnavigation vorhanden) initiiert. Die Wege der Nutzer lassen nach Aussage der evaluierenden Agentur 3 PC darauf schließen, dass ein Großteil mit der Thematik vertraut ist. Über 20 Prozent der Besucher verwendet überhaupt die Seminarsuche. Gesucht wurde mit über 24.800 Suchbegriffen, von denen ca. 100 relevant (relevant = 50x wurde so gesucht) sind. Über den gesamten vhw-Internetneuauftritt waren die häufigsten Suchbegriffe: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen/Bremen, Bayern sowie thematisch: Vergaberecht und Städtebaurecht.

Knapp 60 Prozent der Besucher im Berichtszeitraum sind „New Visitors“, wobei ein neuer Besuch auch ein Besuch nach einem gelöschten Cache sein kann, insofern ist dieses Verhältnis nur bedingt aussagekräftig.

Interessanter als dieses Verhältnis ist die ablesbare Häufigkeit der Besuche: In 13 Besuchsfrequenz-Kategorien – von 1x/2x/4x/5x/6x/7x/8x/9-14x/15-25x/26-50x/51-100x/101-200x/200+ erfolgt die Einteilung. Knapp 60 Prozent der Besuche erfolgten einmalig (wobei auch hier eine Löschung der Cashedaten den möglichen realen Mehrfachbesuch minimiert), 11 Prozent besuchten den vhw 2x, 5 Prozent 3x, 24 Prozent machen die Mehrfachbesuche über 3 aus. 3,5 Prozent besuchten 9-14x, 3,7 Prozent

über 200 x, wobei hierfür eher im Web aktive Suchmaschinen verantwortlich sind.

Die leichte Mehrheit der Nutzer gelangt mit gezielter Suche (44,8 Prozent) zum vhw-Internetauftritt. Beinahe ebenso viele Nutzer kommen über den direkten Zugriff (44,3 Prozent). Knapp 11 Prozent der Besuche erfolgen über verweisende Seiten.

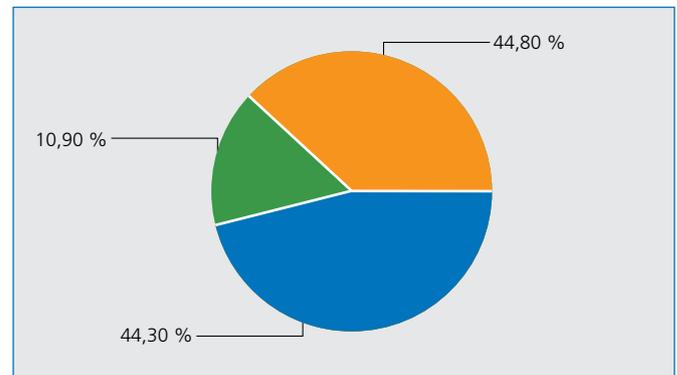


Abb.67: drei Zugriffsqualitäten 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013
44,80 % durch gesuchten Zugriff (orange), 44,30 % direkte Zugriffe (blau), 10,90 % durch Verweise zustande gekommene Zugriffe (grün) *Grafik: vhw*

Fest installiert oder portal?

Nur 2,4 Prozent (aber über 5.000 Zugriffe) der Besuche erfolgten als Zugriff von mobilen Geräten oder Tablets. Die Tendenz dabei ist aber ein Hin zu portalen Geräten, die eine gesonderte Konfiguration für alle portalen Geräte und Anbieter erfordern.



Abb.68: Wachsender Nutzermarkt bei mobilen Endgeräte auch in den Kommunen *Foto: fotolia*

vhw-Öffentlichkeitsarbeit

Kundenbetreuung und -service

In den vergangenen zwölf Monaten haben wir die Nutzer unseres Internetauftritts in Interaktion mit den Geschäftsstellen, der Seminarverwaltung, den Themenfeldseiten und den Publikationen mit stetig aktualisierten Internetseiten betreut. An die Redaktion verwiesene Anmeldeprobleme konnten in allen Fällen individuell mit den Problemmeldenden geklärt werden. Es lagen zu keiner Zeit Systemfehler, sondern immer durch Updates von Browsern und Kompatibilitätsdefizite zwischen Hard- und Software verursachte Bedienfehler vor.

Für einen gesteigerten Kundenservice haben die Bereiche Seminarverwaltung/Fortbildung, Systemadministration und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit der betreuenden Internetagentur eine neue Suchstruktur an den Start gebracht. Der alte Themenbaum mit Über- und Unterkategorien wurde gegen eine Themenmatrix mit 13 Kategorien erneuert.

Der neue Auftritt ab 12. Juni 2013 bietet zwei Suchzüge:

1. über den großen Veranstaltungskalender

- und 2. über die Geschäftsstellenseiten.



Abb.70: Suchmodus auf der vhw-Geschäftsstellenseite

Der Suchzugang von den Geschäftsstellenseiten agiert mit einem Zusatznutzen. Sucht man von der Geschäftsstellenseite thematisch fokussiert, ist das Ergebnis bereits regional voreingestellt und zeigt noch Ergebnisse aus den vorab vereinbarten „Nebenregionen“ als „Erweiterte Ergebnisse“.

Eingerichtet wurde eine Servicehotline beim vhw, die montags bis freitags von 9:00 bis 15:00 Uhr organisatorische, aber auch zunehmend inhaltliche Fragen beantwortet bzw. entsprechend vorbereitet und versteht.

Im Prozess der Optimierung wurde auch die Anmeldung überarbeitet und in vier Bereiche und Schritte gegliedert, die aber gleichzeitig auf einen Blick erfasst werden können. So ist es jetzt allen Anmeldenden – sowohl aus dem registrierten wie auch aus dem nicht



Abb.69: Suchmodus im vhw-Internet

registrierten Status – möglich, eine individuelle Nachricht mitzuschicken. Zur Anmeldung von Fernlehrgängen wurden gesonderte Zugänge gebaut wie sie von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht für den Anmeldeprozess vorgeschrieben ist.

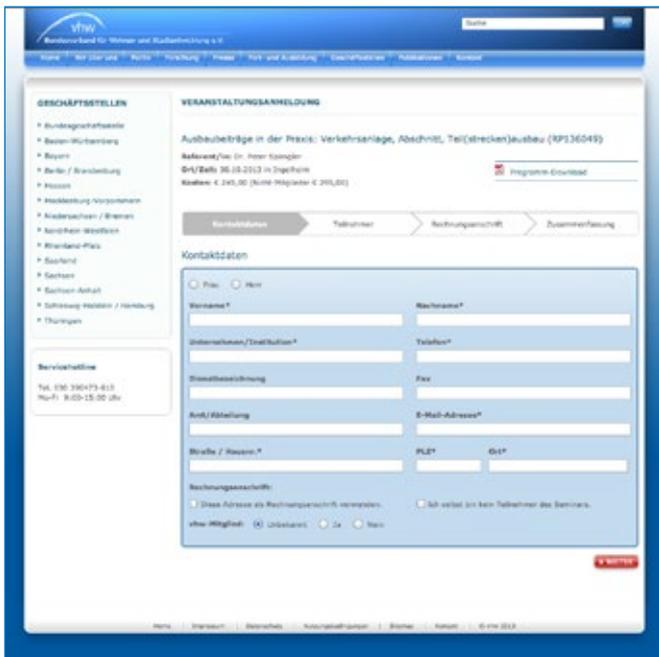


Abb.71: Anmeldung in vier Bereiche gegliedert

Für das zweite Halbjahr 2013 ist eine vom vhw initiierte On-/Offline-Befragung seiner Internetbesucher geplant, um eine Einschätzung aus (potenzieller) Nutzersicht zu Auf- und Darstellung der Fortbildungsangebote sowie deren Erreichbarkeit zu erfahren.

Internetredaktion

Die vhw-Internetredaktion ist eine tägliche Aufgabe. Aktualisierungen auf den Geschäftsstellenseiten und in den im Juni 2013 neu hinzugekommenen 13 Themenrubriken, sowie zu den Fernlehrgängen, Publikationen, Veranstaltungen und Projektinforma-

tionen „Städtenetzwerk“ erfolgen mediengerecht (= zeitnah). Berichte und Dokumentationen zu Veranstaltungen erfolgten im Berichtszeitraum u. a. zum Preis Soziale Stadt 2012, dem Verbandstag 2012 und dem 3. Städtenetzwerkkongress im Juni 2013. Sonderdokumentationen für Vergaberechtsforen oder Beitragstage werden individuell und nach Anforderung gebaut.

E-Mail-Informationsaktionen zu den über 1.450 Veranstaltungen der Fort- und Ausbildung nutzen direkte und verweisende Links auf die vhw-Internetseiten, sodass die Ansprache für Interesse als „Medien-Mix-Brücke“ zur Zielgruppe außerhalb und innerhalb des Internets erfolgt.

Aktuell betreut werden 83 sichtbare und zusätzlich 150 Seiten aus Archiven, Berichten und Verlinkungen zu nicht sichtbaren Seiten. Somit transportieren verschlankte 233 Inhaltsseiten verbandspolitische, wissenschaftliche, service- und andere fachliche Informationen und etablieren das Image des Bundesverbands.

Demnächst werden die Informationsseiten zu den Veranstaltungen um die Funktion der Verortung auf Google Maps erweitert. Buchungen der Seiten über RSS sind dann angedacht, wenn der Inhalt stetig aktualisiert wird. Die Programmierung unseres Internets für mobile Endgeräte wurde zum Teil schon hergestellt (I-Phone), muss aber an der Nutzung anderer Mobilgeräte ebenfalls ausgerichtet werden.

Neben den täglichen Aktualisierungen, der Text- und Bildredaktion sowie den regelmäßigen Linkchecks war es auch Aufgabe der Internetredaktion – unter Maßgabe des Vorstands – ein stärker inhaltlich vernetztes und dadurch verständlicheres Gesamtbild des vhw in der Außendarstellung zu realisieren. Die Aktualisierung im Projekt Städtenetzwerk ist in einem ersten Schritt erfolgt – in Nachrichtenform berichtet der vhw die Aktivitäten zum Städtenetzwerk vor Ort.

vhw-Öffentlichkeitsarbeit

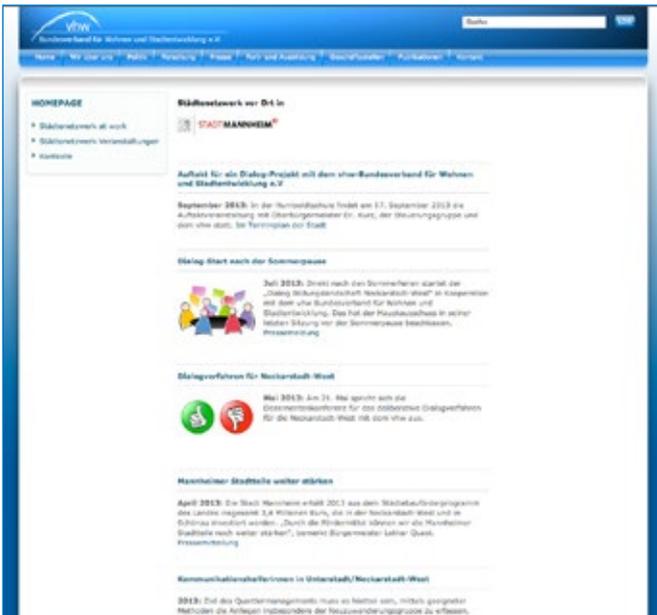


Abb.72: Städtenetzwerk vor Ort: Beispiel Dokumentation Mannheim

Redaktionelle Neuausrichtung

Ab Juli 2013 wird eine reine Termininformation auf Geschäftsstellenseiten nicht mehr stattfinden. Mit der Entscheidung, die Fort- und Ausbildung künftig in 13 Themenrubriken zu strukturieren, wird der vhw zusätzlich einen neuen Service auf den Geschäftsstellenseiten und in den Themenrubriken anbieten: In kurzer Nachrichtenform werden dann aktuelle Meldungen aus Politik und Verwaltung (Bundes-, Länder- und kommunale Ebene), Rechtsprechung, Wissenschaft und Forschung aufbereitet. Zu den Nachrichten- und ggf. Download-Quellen (bspw. Gesetze, Urteile, Drucksachen, Dokumentationen etc.) sowie weitergehenden Informationen wird verlinkt. Auf aktuelle Entwicklungen in diesen Bereichen und sich daraus ergebende Fragestellungen reagiert der vhw permanent und – wenn möglich – mit dazu passenden Fortbildungsangeboten.



Abb.73: Rechtliche Informationen auf einer der Geschäftsstellenseiten

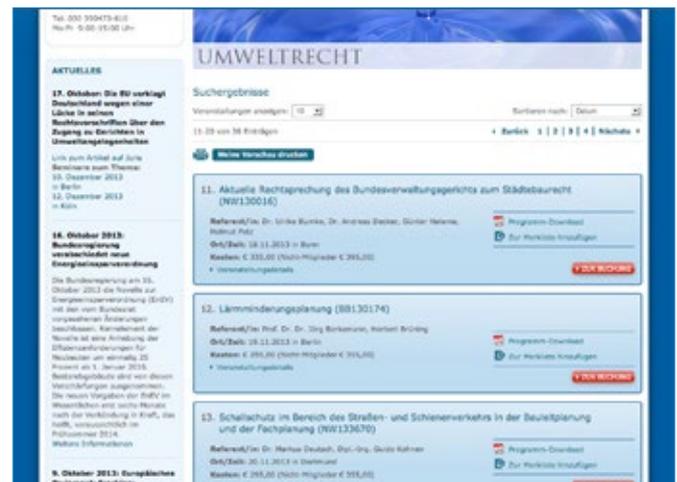


Abb.74: Rechtliche Informationen in der linken Themenrubrik zum Umweltrecht

Evaluation

Neben der Nutzung der Zugriffsmessung auf Ziel-, Haupt- und Unterseiten, die nur eine Quantität messen kann, wurde durch eine neue personelle Ressource ein Evaluations- und Feedbacktool geschaffen, dass die Kollegen zu jeder Veranstaltung – in Vor- oder Nachbereitung – nutzen können.

Als Basis für <http://vhw-auswertungen> wurde zuvor ein Datawarehouse, d. h. eine Auswertungsdatenbank entwickelt, in der wir zudem nun berechnete Informationen vorhalten wie z. B. „vererbte“ Eigenschaften oder die maximalen Entfernungen, die Kunden zu einem Seminar gereist sind.

Die Seite <http://vhw-auswertungen> wurde zudem um eine Übersicht der Aufträge in der Versandabwicklung erweitert. Sie zeichnet sich als Seite bzw. Tool besonders dadurch aus, dass es jetzt allen Mitarbeitern „auf Knopfdruck“ möglich ist, Auswertungen zu starten. Mehr Transparenz durch zeitnahe Information und Auswertungen können erfolgreiche Aktionen im Marketing bewirken.



Abb.75: Auswertungszugang des vhw

6.2 Forum Wohnen und Stadtentwicklung

Forum Wohnen und Stadtentwicklung

Die Verbandszeitschrift des vhw „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ gehört weiter zu den wichtigen Publikationen an der Schnittstelle von Stadtplanung, Städtebau, Wohnungswirtschaft und Sozialforschung im deutschsprachigen Raum. Auch im Berichtszeitraum 2012/2013 wurden die sechs Ausgaben pro Jahr neben Mitgliedern und Abonnenten auch der Fachöffentlich-

keit auf Tagungen und Kongressen – nicht nur des vhw – zugänglich gemacht, wenn thematische Schnittstellen bestanden. Die Autoren der Hefte kommen aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern im Spannungsfeld von Wohnen und Stadtentwicklung, sei es aus der Wohnungswirtschaft, aus Wissenschaft und Forschung, aus Politik und Verwaltung, aus Bund, Ländern oder Kommunen. Der Forumscharakter der Zeitschrift befördert dabei den Wissensaustausch und die Diskussion zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis.

Als Verbandsorgan und Fachzeitschrift berichtet das Forum weiterhin nicht nur über die vielfältigen Aktivitäten des Verbands, sondern darüber hinaus auch über ein Schwerpunktthema in jeder Ausgabe. Auf den Internetseiten des vhw bietet die Online-Präsenz des „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ mit ihrer Archivfunktion einen Überblick über alle bislang erschienenen Zeitschriftenausgaben. In den Inhaltsverzeichnissen finden sich seit dem Jahrgang 2003 Abstracts zu jedem Artikel. Überdies können seit Ausgabe 1/2009 alle Beiträge pro Ausgabe kostenlos im PDF-Format heruntergeladen werden.

Folgende Ausgaben sind im Berichtszeitraum erschienen:

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2012

BürgerMachtStadt – Kommunen als Rettungsanker der Demokratie?

Juli – September 2012



Abb.76: FW 4/2012

Das „Verbandstagheft 2012“ – erschienen zum vhw-Verbandstag im Berliner Gasometer mit gleichem Titel – nimmt den Bürger als Hauptakteur in der Stadtentwicklung in den Fokus. „Kommunen im Stress –

Machen Bürger in Zukunft die Stadtentwicklung?“ ist vor diesem Hintergrund eine zentrale Frage im Beitrag von Dr. Angelika Vetter von der Universität Stuttgart. Die Stadtoberhäupter von Saarbrücken, Mannheim und Ludwigsburg – alle Mitglieder im vhw-Städtenetzwerk – nehmen dazu Stellung und kommen zu dem Schluss, dass die Grundhaltung entscheidend sei, dass eine Stadt nur gemeinsam durch alle Beteiligten gestaltet werden kann. Einen Ausblick auf künftige Forschungsfelder wagt Prof. Dr. Steffen Schneider, der die empirische Legitimitätsforschung auch auf lokale politische Systeme übertragen sehen will.

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2012

Nachhaltigkeit und Wohnen

Oktober – November 2012



Abb.77: FW 5/2012

Ausgabe 5/2012 des Forums lässt noch einmal den vhw-Verbandstag 2012 Revue passieren und beschäftigt sich in den weiteren Artikeln mit dem Thema „Nachhaltigkeit und Wohnen“, wobei insbesondere Maßnahmen zum Klimaschutz an Gebäuden beleuchtet werden. Neben Passivhäusern und gar Gebäuden als Energieerzeuger werden auch die energetische Quartiersanierung am Beispiel von Kiel-Gaarden sowie Mobilitätsaspekte als Nachhaltigkeitsfelder thematisiert. Michael Sachs, Staatsrat in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg, unterstreicht in seinem Editorial zu diesem Heft, dass es neben der vielfach bekannten ökologischen Nachhaltigkeit auch darum gehen müsse, ökonomische, soziale und funktionale Aspekte miteinander zu verbinden.

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 6/2012

Stadtentwicklung und Sport

Dezember 2012



Abb.78: FW 6/2012

Heft 6/2012 thematisiert zum ersten Mal den Schwerpunkt „Stadtentwicklung und Sport“, und obwohl hinlänglich bekannt ist, dass die enge Zusammenarbeit von Kommunen und Sportorganisationen für die Entwicklung von Städten und Gemeinden wie für den Sport von großer Bedeutung ist, schien das Thema eher zu den „weichen Themen“ zu gehören. Das enge Verhältnis von Sport zur Stadtentwicklung wird etwa durch Beiträge zu seinen Integrationsleistungen, seiner Raumbedeutbarkeit, seinem Bildungsauftrag und seinem freiraumgestalterischen Ansatz unterstrichen. Die Zusammenstellung der Beiträge und Autoren sowie das Editorial von Dr. Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), haben dazu geführt, dass diese Ausgabe des Forums eine reißende Nachfrage erlebte. Der DOSB hat gar einen umfangreichen Nachdruck in Auftrag gegeben.

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 1/2013

Soziale Stadt und Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung

Januar – Februar 2013



Abb.79: FW 1/2013

Das Heft stellt rund um die Dokumentation der Preisträger im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2012“ Perspektiven für die Entwicklung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf in den Vordergrund. Hilmar von Lojewski, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr im Deutschen Städtetag in Köln, formuliert das in seinem Editorial wie folgt: *„Wie kann und muss es weitergehen? Für die Städte ist es angesichts sich weiter verengender Handlungsspielräume essentiell, die Bedingungen für kontinuierliches Arbeiten auf auskömmlichem Förderniveau zu schaffen.“* Noch immer überschatten die Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ die Arbeit der Kommunen und der anderen aktiven Akteure vor Ort. Zum Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ fordert von Lojewski vor diesem Hintergrund: *„Die alle zwei Jahre stattfindende Preisverleihung sollte eigentlich zum Pflichtprogramm für Haushaltspolitiker gehören, die [...] mit Kürzungsansinnen schwanger gehen.“*

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 2/2013

Stadtentwicklung anderswo – Integrierte Prozesse, Partizipation und Netzwerke im internationalen Kontext

März – April 2013



Abb.80: FW 2/2013

Der vhw hat den Ball der Leipzig Charta mit Ausgabe 2/2013 seiner Verbandszeitschrift aufgenommen und den Blick über den berühmten Tellerrand gewagt. Wie laufen Prozesse integrierter Planung eigentlich woanders ab? Welchen Stellenwert haben Partizipation und Bürgerwille in anderen Ländern? Man kennt das: In der Fremde lernt man auch viel über das eigene Land und

kann Prozesse und Diskussionen in der Heimat besser reflektieren. Einen allumfassenden Überblick über das ganze Spektrum stadtentwicklungspolitischer Themen im Ausland kann und will dieses Heft jedoch nicht geben – vielmehr einen Einblick in aktuelle Themen ausgewählter Länder, die vielleicht hier und da eine Reflexion und einen Vergleich mit eigenen, alltäglichen Ansätzen auslösen. So landen die internationalen und nationalen Diskurse über nachhaltige, integrierte und bürgerorientierte Stadtentwicklung am Ende wieder auf der kommunalen Ebene, wo die Umsetzung durch die lokal tätigen Akteure ansteht.

Forum Wohnen und Stadtentwicklung 3/2013

Differenzierte Märkte – differenzierte Antworten am Wohnungsmarkt

Mai – Juni 2013



Abb.81: FW 3/2013

Es wird nicht ausreichend sein, eine Anzahl X an Wohnungen neu zu bauen, um den vielschichtigen Herausforderungen am Wohnungsmarkt begegnen zu können. Vielmehr muss der Wohnungsneubau auf die zukünftigen Bedürfnisse der Kunden und vor dem Hintergrund des oft diskutierten demografischen und gesellschaftlichen Wandels erfolgen. Wohnformen für Jung und Alt, Begegnungsstätten, innovative Service- und Betreuungskonzepte, Integration des Neubaus in bestehende Quartiere – all das setzt differenzierte Betrachtungen und Antworten voraus. Und schließlich gilt es dann, diese differenzierten Antworten in nachhaltigen und ganzheitlichen Lösungsansätzen miteinander zu vereinen. Die Beiträge in Heft 3/2013 betrachten eben diese wichtigen

Teile wie Bestandsentwicklung, Wohnungsneubau, soziale Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Wandel.

6.3 Seminarmarketing

Im Berichtszeitraum wurden 13 monatliche Themen- und Kommunallisten an ca. 185 Medien (Zeitschriften, Online-Kalender, interne Verteiler) über personalisierte E-Mails mit individuellen Angeboten sowie besonderen Veranstaltungshighlights versendet. Die Versendung erfolgt i. d. R. bis zum 10. des Monats mit Terminen und vier Monate im Voraus. Die Themenlisten gehen an Fachportale und Fachmedien, die Kommunallisten gehen an Medien Kommunalen Spitzen- und Landesverbände. Die Veranstaltungstermine der Themenlisten fließen in die Kommunallisten ein. Als Themenlisten wurden 13 Themen monatlich aufbereitet: Abgabenrecht, Bodenrecht & Immobilienbewertung, Mietrecht & WEG (Neu ab Juli 2013: Immobilienrecht, -management und -förderung), Stadtentwicklung (gesondert Denkmalrecht), Städtebaurecht, Umweltrecht (gesondert Abfall- und Wasserrecht & Erneuerbare Energien sowie Windanlagen, gesondert NRW), Vergaberecht, Verwaltungsrecht, Wohngeld- & Sozialrecht, und Wohnungswirtschaft. Bei der Aufbereitung der Listen wird auch die URL zum Seminar bzw. zur Seminardetailseite aufgeführt, sodass diese Information schnell von den Adressaten übernommen werden kann. Neben den Seminarvorschauen und -kalendern sind die Themen- und Kommunallisten eine inzwischen erwartete, zusätzliche Zweitverwertung von Veranstaltungsterminen für die Zielgruppe (Fach-) Medien/Multiplikatoren. Der Adressverteiler dazu wurde entsprechend aktuell gehalten. Regelmäßig verwenden die Adressaten von Kommunal- und Themenlisten vhw-Fortbildungsangebote – ausgewählt nach ihren redaktionellen Schwerpunkten.

Neben diesem redaktionell ausgerichteten Service wurde der Service der Terminverwertung in ausgewählten Fachportalen zum Sozialrecht, Vergaberecht, Immobilienrecht, -management & -förderung sowie im

neuen themenoffenen Portal Semigator gepflegt. Diese Maßnahmen vermitteln zusammen mit den Auslagekooperationen zwischen Medien und Veranstaltungsverantwortlichen, den Terminverweisen durch Referenten sowie Einlagekooperation (z. B. mit der Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel) unserer Zielgruppe, die in ganz unterschiedlichen Themen und Medien unterwegs ist, vhw-Information in der Zweit- und Drittverwertung „vor Ort“.

Sonderterminversendungen, Bilderservice, Kleinkooperationen, Trailer und Mitarbeiterinformation

Nach Bedarfen wurden im Berichtszeitraum verschiedene Sondertermine separat beworben. Die Verteiler gingen nach erfolgtem Versand dem Geschäftsführer/Referent zur Kenntnis zu.

Die Öffentlichkeitsarbeit unterstützte zudem bei der Bildmotivsuche für Veranstaltungsflyer und für das Internet, übernahm die Gestaltung und grafische Umsetzung von Anzeigen und Seminarvorschauen, unterstützte temporäre Kooperationen und stellte Sonderformaten (Tagungen, Vergaberechtsforen) Ankündigungstrailer 2012 und 2013 zur Verfügung.

Handlungsanleitungen für die Seminarflyer wurden nach neuen Entscheidungen aktualisiert bzw. angelegt (Von der Datenbank ins Internet). Regelmäßig informiert die Öffentlichkeitsarbeit mit dem Format „ÖA informiert“ zu Neuerungen und Service im Internet, verbandspolitischen Veranstaltungen, Werbemaßnahmen, Kooperationen und Projektaktivitäten. Im Berichtszeitraum gab es 48 „ÖA informiert“:

ÖA informiert:
Tätigkeitsbericht und Mitgliederstatus aktualisiert

ÖA informiert:
Städtenetzwerkkongress am 6./7. Juni 2013 online

TOP-TEMA	Wesmer Immobilienrechtstag	26.-27.9.2013 Weimar	330 Euro / 415 Euro**	vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Telefon 030 390473-170, www.vhw.de
	Expo Real - 16. Internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen - größter europäischer Treffpunkt der Gewerbelimmobilienbranche	7.-9.10.2013 München	2-Tages-Ticket (gültig 0+140): 295 Euro, 3-Tages-Ticket 395 Euro	Messe München GmbH, Telefon: 089 949-11628, www.expo-real.net
	Hotelforum 2013	9.10.2013 München	590 Euro	Hotelforum management GmbH, Telefon 089 466681-25, www.hotelforum.org
	10. Biberacher Geothermientag	10.10.2013 Biberach	150 Euro	Akademie der Hochschule Biberach, Telefon 07351 582-551, www.akademie-biberach.de
	European Heat Pump Summit	15.-16.10.2013 Nürnberg	480 Euro	NümbgMesse GmbH, Telefon 0911 8606-0, www.hp-summit.de
	T. CBA-Symposium - aktuelle Herausforderungen für Asset Manager und Investoren	16.10.2013 Frankfurt am Main	345 Euro	DVA GmbH, Telefon 069 264848-101, www.dva.de
	Seminare und Schulungen			
	Einführung in das Wohnraumrecht	19.9.2013 Wiesbaden	295 Euro	Südwestdeutsche Fachakademie der Immobilienwirtschaft, Telefon 0611 1746375-12, www.sfa-immo.de
	Rechtsgrundlagen Betriebsverantwortung im FM	26.9.2013 Berlin	290 Euro	Bauakademie, Telefon 030 54997510, www.bauakademie.de
	WG-Recht: Einstieg und Praxis	23.9.2013 Düsseldorf	499 Euro	Beck Akademie Seminare, Telefon 089 38189-503, www.beck-akademie.de
BWL-Crashkurs für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	23.-24.9.2013 Mannheim	490/590** Euro	vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Telefon 030 390473-170, www.vhw.de	
Gebäude- und Objektmanagement in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft	24.9.2013 Dortmund	295/355** Euro	vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Telefon 030 390473-170, www.vhw.de	

Hannover, 28. Mai

Best-Practice-Beispiele des kommunalen Klimaschutzes

Exkursion für verantwortliche Akteure, die Umwelt- und Klimaschutz in den Stadtverwaltungen betreiben - Preis 80 bis 195 Euro; Infos bei: Philipp Sachsinger, Fon 030/390473-430, psachsinger@vhw.de; Anmeldung unter: semianre@vhw.de oder per Fax 0228/7259918

SEMINAR DES BUNDESVERBANDS FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG

WG-Konzepte zwischen Heimgesetzten und PNG

Hannover 11. Der immer deutlicher werdende Paradigmenwechsel in der deutschen Pflegepolitik und Pflegerverteilung veranlasste den Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung in Kooperation mit dem DfS Institut für Serviceimmobilien und Justizrat Dr. Lutz H. Michel, von Praxis Seminar zu den Chancen und Rahmenbedingungen von quaternarisierten Wohn- und Dienstleistungsangeboten in einer „jüngeren Gesellschaft des langen Lebens“ im Elderredstift in Hannover zu veranstalten.

Dr. Lutz H. Michel skizzierte in seinem Einführungsvortrag ebenso die politischen Rahmbedingungen und andererseits deren Umsetzung in den Landesbetriege setzen. Er charakterisierte den Paradigmenwechsel durch die Stichworte „mehr Wohnen, noch mehr Quartierbezug, noch mehr Integration aller Akteure, um Wohnen in einer Gesellschaft des langen Lebens zu ermöglichen. Er machte deutlich, dass eben die Vernetzung unterschiedlicher Angebote verlangt, bei der Bedeutung der Kooperation von sozialen Dienstleistern mit der Wohnungswirtschaft hervor und zeigte die Chancen hierfür auf verbunden mit dem Pfädger, durch abgeleitete staatliche Kontrolle die Selbstregulation neuer Wohnformen zu ermöglichen.

Thorsten Müller, Fachbereichsleiter Soziale Dienste/Wohnungswirtschaft der IHS-Anstalt zeigte in seinem Ausführungen die wesentlichen Erfolgsfaktoren für vernetzte Angebote im Quartier auf. Anhand von Wohnungsmischungsmodellen skizzierte er die Gesamterfolge von Quartiersprojekten und schärfte das „Johannes-Konzept“. Eingehend erläuterte er die Finanzierungsmodelle und Fördermöglichkeiten für Quartiersprojekte als „Blaupausen“ für ambulante Dienstleistungen.

Dorothee Wiederhold, langjährige Leiterin Wohnen und Pflege der Elisenriedstift, stellte die dort realisierten Wohnmodelle der stationären und teilstationären Altenheime als Alternative zur Ambulanzisierung stationärer Pflege vor. Sie schärfte den Qualitätsbezug und das im Elderredstift verfügbare Prinzip der „Ecken-Alternativen“. Ihre Ausführungen waren ein Pfädger dafür, in stationären Einrichtungen

mehr Lebensqualität zu schaffen, indem man sich hin zum Normalitätsprozess entwickeln müsse.

Antje Möbertsch, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Steuerrecht, skizzierte die Chancen vermieteter Angebote aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes. Sie stellte die verschiedenen leistungswirtschaftlichen Neuerungen in der Pflegeversicherung vor und erläuterte das Konzept „Wohnangebote mit stationären und teilstationären Pflegeangeboten durch vernetzte AAL - Systeme zu vernetzen.“

In der Diskussion wurde von den Teilnehmern aus der ambulanten wie stationären Szene insbesondere die Notwendigkeit betont, nutzungsgerechte Konzepte auch rechtlich und leistungswirtschaftlich zu ermöglichen. An die Organisatoren wurde das Petition geachtet, durch abgestufte Anforderungen und klar gegliederte Angeboten alternativen Wohnformen mehr Chancen zu geben.

Länderspezifische Förderprogramme finden in Dortmund und in Bielefeld statt. (30)

www.vhw.de/fact-sheet
Ausbildung

Veranstaltungskalender

MESSEN

- 10. bis 11. Juni 2013, WEIMAR: **Parfen 2013**, www.parfen-messe.de
- 16. Juni 2013, HANNOVER: **Die Zukunft von Wohnen im unbepflanzten Innenbereich und im Außenbereich**, www.vhw.de
- 17. Juni 2013, DORTMUND: **Fachsymposium Gebäudeheile**, www.industriebau-online.de/gelbaudheile
- 17. Juni 2013, MÜNCHEN: **Zukunftsanalyse Photovoltaik**, www.vhw.de
- 18. bis 19. Juni 2013, STUTTGART: **Energieberatung**, www.vhw.de
- 18. Juni 2013, DORTMUND: **Projekte und Abläufe aktiv gestalten und effektiv kommunizieren**, www.akademie-der-berufshilfe.de
- 18. bis 19. Juni 2013, WEIMAR: **Tri-Internationale Symposium für energetische Architekten**, www.tri-ifa.com
- 18. Juni 2013, HANNOVER: **Die Zukunft von Wohnen im unbepflanzten Innenbereich und im Außenbereich**, www.vhw.de
- 18. Juni 2013, MÜNCHEN: **10. BIM-Anwendertag des baufdgMART e.V.**, www.baufdgmart.de
- 18. Juni 2013, HOCH-GERINGEN: **Altanlagenrecht und Regenerative Energien**, www.energiecheck.de
- 18. Juni 2013, GIESSEN: **Aufbau des Geschäftsfelds Contracting**, www.energiecontracting.de
- 24. bis 25. Juni 2013, LINDZ: **Gewerbe- und Industriehallen - Berücksichtigung in der Bauleitplanung - Passiver Schallschutz - Verhältnis zur Genehmigungspraxis**, www.vhw.de
- 25. Juni 2013, WÜRZBURG: **Energieeffizienz mit Schwerpunkt Baurecht**, www.vhw.de
- 25. Juni 2013, DORTMUND: **Zukunft von Wohnen - Innen- und Außenbereich**, www.vhw.de
- 25. Juni 2013, MÜNCHEN: **Änderungen an die Bauhofwahl**, www.vhw.de

Diese Liste enthält keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nachschauen für Daten, Terminänderungen oder für 2013/2014 dieses Verzeichnis in Internet unter www.industriebau-online.de. Bitte beachten für die Nutzung der Termine.

FACHBEZOGENE SEMINARE / MESSEN / TAGUNGEN

BODENRECHNUNG / BODENRECHT / VERMITTLUNG

- 23. Oktober 2013, Berlin: **DER NEUE WERBUNGSMARKETING (W-M)**, www.theadv.de
- 1. November 2013, Dortmund: **Forum**
- 26. November 2013, Frankfurt am Main: **Forum**
- 21. Oktober 2013, Bonn: **KLIMASCHUTZSICHERUNG FÜR DEN ANWAS DER BUNDEWEIT-REINHAUPT ANWAS DER BODENRECHNUNG**, www.globo-chem.de/bodenre
- 1. bis 3. November 2013, Kempten: **111. DVB-Seminar MARKTENTWICKLUNG - WISS ZUM ANWERTUNGSMARKT (RECHNUNG UND VERMITTLUNG)**, www.dvbforum.de
- 14. bis 15. November 2013, Berlin: **Handel für Stadtbau WERTENTWICKLUNG NACH DEM ANWAS**, www.stadtbau-berlin.de
- 21. November 2013, Aachen: **MENSCHENBEREICHUNG - DIE PRAKTISCHE ANWERTUNG**, www.glo-berlin.de/aachen
- 20./21. November 2013, München: **MAGAZINEN MARKTENTWICKLUNG - WISS ZUM ANWERTUNGSMARKT (RECHNUNG UND VERMITTLUNG)**, www.gloforum.de
- 26. November 2013, Köln: **VW-Seminar WERTENTWICKLUNG**, www.fair-ufa.de

I+E

Zeitschrift für Immissionschutzrecht und Emissionshandel

Herausgeber: Prof. Dr. Andrea Wendt

Prof. Dr. Martin Beckmann, Carsten Diekmann, Dr. Gerd-Rüdiger Engel, Dr. Jürgen Fluck, Andrea Gensch, Herfried Dr. Bernd Martin Guck, Prof. Dr. Peter D. Jovan, Prof. Dr. Hans-Joachim Koch, Dr. Frank-Andreas Schaefer, Dr. Alexander Schick, Prof. Dr. Marijnien Schout, Andrea Thoenen

Bestenfalls Informationen, Entwicklungen im Bereich des Immissionsrechts, Anmerkungen zur der Wirkung der Immissionsrechte

Wolfgang Schmidt-Bender, Juristische Darstellung von Immissionsrechten nach dem Bundes-Immissionsgesetz

Andrea Thoenen, Die Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über Immissionsrechte und Immissionsrechte, Neue Fallbeispiele für Immissionsrechte

lexion 1 2013

Abb.82 bis 87: Auszug aus der Terminverwertung: Immobilien Wirtschaft, Facility Manager, Industriebau, Care konkret, Forum-Zeitschrift der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Umwelt Briefe, Zeitschrift für Immissionschutzrecht und Emissionshandel (von links nach rechts, von oben nach unten) *Abbildungen: vhw aus genannten Medien*

Fernlehrgänge

Bei den Fernlehrgängen sind: Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht, Anschlussbeitrags- und Benutzungsgebührenrecht sowie Städtebaurecht noch aktiv in der Vermarktung.

Wichtigste Werbekanäle in eigener Sache sind – neben dem Internet – der Werbetext in E-Mailings, der Informationshinweis in den gedruckten Flyern und die Auslage der Werbeflyer auf den Präsenzveranstaltungen durch die Geschäftsstellen. Nach der Auslage erfolgt zeitnah eine Rückmeldung des Seminarbetreuers oder der Geschäftsstelle. Für alle drei Fernlehrgänge wurden Werbeflyer nachproduziert, die von den Geschäftsstellen entsprechend abgerufen wurden. Zwei weitere Fernlehrgänge sind zum Vergaberecht und zum Wohn- und Gewerberaummietrecht Ende 2013/Anfang 2014 geplant. Die ersten Werbeaktivitäten zum neuen Fernlehrgang Vergaberecht werden bereits in der zweiten Hälfte 2013 auf den Präsenzveranstaltungen zum Vergaberecht beginnen.

Verbandstag 2012



Abb.88/89: Vom Flyer bis zum Regieplan für einen reibungslosen Veranstaltungsablauf
Fotos: vhw

3. Städtenetzwerkkongress 2013



Abb.90/91: Moderationsbriefing, Verteiler und Trailer zum Gelingen der Veranstaltung
Fotos: vhw

zu leisten sowie Öffentlichkeitsarbeit z. B. Rezensionen für die Schriftenreihe Nr. 4 des vhw: das vhw-Kommunikationshandbuch zu vereinbaren.

6.4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Neben unterschiedlichen Informations- und Marketingmaßnahmen für den vhw-Fort- und Ausbildungsbereich an und mit Fachmedien, war die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vorrangig über das zentrale Projekt Städtenetzwerk zu leisten. Initiatoren waren dabei oft die Beteiligten vor Ort, unsere Städte im Städtenetzwerk, die die regionale Presse mit konkreten Ereignissen im Rahmen des Städtenetzwerkprojekts, die in die kommunalen Kommunikationsprozesse eingebunden sind, belieferten.

Begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Vorbereitung & Organisationsdurchführung, Absprachen & abschließende Dokumentation galt es für die Veranstaltungen:

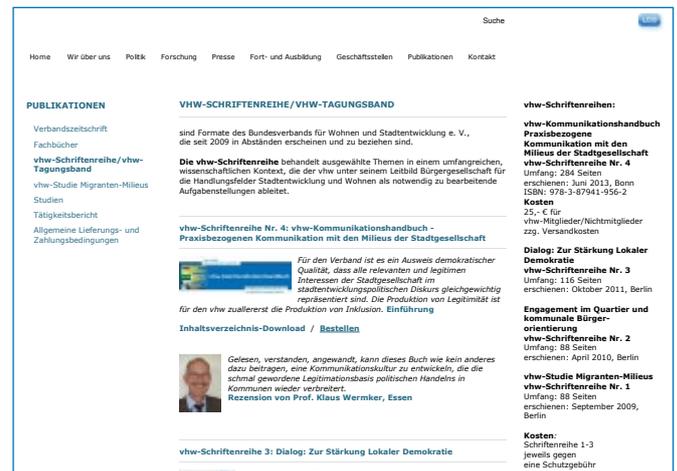


Abb.92: Rezension von Prof. Wermker zur Schriftenreihe Nr. 4

Zudem wurden die Aktiven und Projektinteressierte zum Städtenetzwerkwerk mit Informationen im Format eines Städtenetzwerknewsletters versorgt.

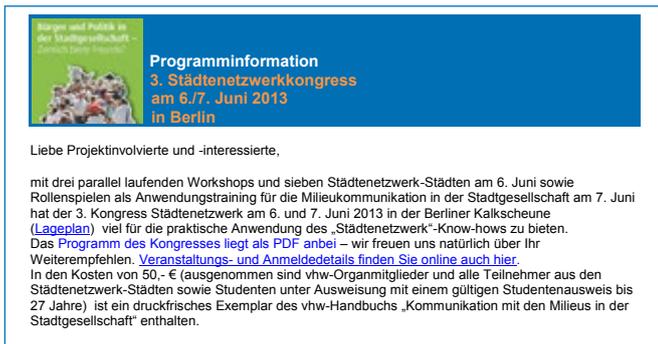


Abb.93: 1. Städtenetzwerknewsletter im Januar 2013

Dazu wird eine Datenbank entsprechend vorgehalten und nach jedem Newsletterversand aktualisiert. Gleichzeitig wurde für die Erweiterung der Datenbank um die Zielgruppenkategorien: Bürgergesellschaft, Wissenschaft und „politische Partner“ wie Stiftungen und Institutionen Adressmaterial recherchiert. Mit Spiegelung bereits vorhandener Datengruppen in der zentralen Datenbank der Fort- und Ausbildung und Bewertung der vorerst grob ermittelten Eckdaten erfolgt in der zweiten Hälfte 2013 die entsprechende Aktualisierung bzw. aktualisierte Eingabe, sodass die Ansprache für politische Veranstaltungen und -aktivitäten sowie auch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen an einen aktuellen Interessentenkreis erfolgen kann.

6.5 vhw-Schriftenreihe Nr. 4

Milieus erstmals im Kontext von Stadtentwicklungsfragen

Anlässlich des 3. Städtenetzwerkkongresses im Juni 2013 in Berlin ist das vhw-Kommunikationshandbuch erschienen. Es soll helfen, die Lebenswelten von Milieus im Kontext von Stadtentwicklung zu verstehen.

Für den Verband ist es ein Ausweis demokratischer Qualität, dass alle relevanten und legitimen Interessen der Stadtgesellschaft im stadtentwicklungspolitischen Diskurs gleichgewichtig präsentiert werden. „Allerdings ist es mit einem reinen ‚Mehr‘ an Beteiligungsmöglichkeiten und -formen keineswegs getan, wenn dem Bürger eine anerkennungsfähige und -würdige (also legitimierte), flexibel institutionalisierte Mitwirkungsplattform verfügbar gemacht werden soll.“ So das Zitat aus der Einleitung der Schriftenreihe Nr. 4. Daher beschreibt das Kommunikationshandbuch in acht Kapiteln nicht nur die Milieugruppen und Milieus in ihren Haltungen und Erwartungen bei Partizipation und Kommunikation, sondern vermittelt über erste Fallbeispiele hinaus auch ein Anwendungsverständnis bei Fragen der Integrierten Stadtentwicklung. Dieser erlebbare und nachvollziehbare Anwendungsbereich soll im Laufe der Zeit mit weiteren Beispielen Externer und Erfahrungen des vhw aus den Dialogprozessen des Städtenetzwerks fortgeschrieben werden.



Abb.94: Die visualisierte Lebenswelt der Bürgerlichen Mitte aus vhw-Kommunikationshandbuch S. 70

Collage: vhw



vhw-Öffentlichkeitsarbeit

7 Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

7.1 Rechtliche Verhältnisse

Der vhw – Bundesverband wurde als Deutsches Volksheimstättenwerk e.V. am 1. Dezember 1946 gegründet. Er war im Vereinsregister beim Amtsgericht Bielefeld unter der Vereinsregister-Nr. 415 und seit dem 4. März 1964 in Köln unter der Vereinsregister-Nr. 4924 eingetragen. Mit der Verlegung des Vereinssitzes nach Bonn erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn am 27. März 1986 unter der Vereinsregister-Nr. 5286. Seit dem 21. August 2001, mit der Verlegung des Vereinssitzes nach Berlin, ist der vhw beim Amtsgericht Berlin Charlottenburg unter der Vereinsregister- Nr. 21002 B eingetragen.

Nach der Satzungsänderung in der Mitgliederversammlung vom 17. September 2008 erfolgte die Umbenennung in vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Der letzte Freistellungsbescheid erfasst den Veranlagungszeitraum bis 2012 und wurde am 26. August 2013 unter der Steuernummer 205/5783/1805 vom Finanzamt Bonn ausgestellt.

7.2 Ehrenmitgliedschaften

Die Mitgliederversammlung kann nach § 13 der Verbandssatzung Persönlichkeiten, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenvorsitzenden oder Ehrenmitgliedern berufen. Ehren-

vorsitzende und Ehrenmitglieder haben das Recht, an den Sitzungen der Organe und Arbeitsgruppen des Verbands beratend teilzunehmen, denen sie früher angehört haben.

Ehrenvorsitzende des vhw sind:

Dr. Dieter Haack
Bundesminister a. D.
Erlangen

Reinhart Chr. Bartholomäi
Staatssekretär a. D.
Frankfurt am Main

Ehrenmitglieder des vhw sind:

Peter Berberich
Ottendorf

Prof. Dr. Klaus Borchard
Regierungsbaumeister
Königswinter

Dr. Ottobert L. Brintzinger
Ministerialdirigent a. D.
Kiel

Werner Cholewa
Beigeordneter a. D.
Bonn

Wilma Döring-Vitt
Koblenz

Volker Nordalm
Kamen

Johann Schell
Oberursel

Dr. h. c. Hanns Seuß
Nürnberg

Reiner Wyszomirski
Langen



Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

7.3 Organe des Verbands

Zur Erfüllung seiner Aufgaben als gemeinnütziger, der wissenschaftlichen Arbeit verpflichteter Verband handelt der vhw durch seine Organe und Einrichtungen.

7.3.1 Die Mitgliederversammlung (§§ 7-9 der Satzung)

Die Mitgliederversammlung hat in ihrer Sitzung am 21. September 2012 in Berlin nach Aussprache

- die Mitglieder des Verbandsrats (§ 8 Abs. 1 Nr. 1) gewählt,
- die vom Verbandsrat vorgeschlagenen Mitglieder des Kuratoriums (§ 8 Abs. 1 Nr. 2) gewählt,
- den vom Verbandsrat vorgeschlagenen Vorstand (§ 8 Abs. 1 Nr. 3) gewählt,
- den Rechnungsprüfungsausschuss (§ 8 Abs. 1 Nr. 4) gewählt,
- den Bericht des Verbandsrats (§ 8 Abs. 1 Nr. 5) zustimmend entgegengenommen,
- den Bericht des Vorstands (§ 8 Abs. 1 Nr. 6) zustimmend entgegengenommen,
- den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses (§ 8 Abs. 1 Nr. 7) zustimmend entgegengenommen,
- den vom Verbandsrat und Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2011 festgestellt (§ 8 Abs. 1 Nr. 8),
- dem Verbandsrat für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt (§ 8 Abs. 1 Nr. 9) und
- dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt (§ 8 Abs. 1 Nr. 10).

7.3.2 Das Kuratorium (§ 10 der Satzung)

Nach § 10 Abs. 3 hat das Kuratorium insbesondere die Aufgabe, den Verbandsrat in Grundsatzfragen der Verbandspolitik zu beraten und die Arbeit der Arbeits-

gruppen zu begleiten. Das Kuratorium kann Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung stellen.

Die Kuratoriumssitzungen fanden am 11. Dezember 2012 und am 5. Juni 2013 in Berlin statt.

Dem Kuratorium gehören derzeit an:

Vorsitzender:

Prof. Klaus Wermker

Essen

Stellv. Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Aring

Büro für Angewandte Geographie
Meckenheim

Mitglieder:

Prof. Dr. Hansjörg Bach

Prorektor

HfWU Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Nürtingen-Geislingen

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann

Institutsleiter

difu Deutsches Institut für Urbanistik
Berlin

Prof. Dr. Sebastian Braun

Humboldt-Universität zu Berlin,
Leiter des Forschungszentrums
für Bürgerschaftliches Engagement
Berlin

Prof. Dr. Jens Dangschat

Technische Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung,
Department für Raumentwicklung,
Infrastruktur- und Umweltplanung
Fachbereich Soziologie (ISRA), Wien

Prof. Thomas Dilger

Geschäftsführer

Nassauische Heimstätte Wohnungs-
und Entwicklungsgesellschaft mbH
Frankfurt am Main

Gabriele Dönig-Poppensieker

Oberbürgermeisterin
Stadt Filderstadt

Axel Gedaschko

Senator a. D.
Präsident
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen e. V.
Berlin

Albert Geiger

Referatsleiter
Nachhaltige Stadtentwicklung und
Fachbereichsleiter im Bürgerbüro Bauen
Stadt Ludwigsburg

Karl-Heinz Goetz

Geschäftsführer
Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften
Berlin

Dr. Jürgen Goldschmidt

Bürgermeister
Stadt Forst (Lausitz)

Dr. Hartwig Hamm

Verbandsdirektor
Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen im
Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V.
Berlin

Guido Höffner

Vorstand
Gemeinnützige Baugesellschaft
Kaiserslautern AG
Kaiserslautern

Folkert Kiepe

Beigeordneter des Deutschen Städtetages a. D.
Rechtsanwalt
Partner of Counsel
Becker Büttner Held
Köln

Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Berlin

Dr. Dieter Korczak

Leiter und Geschäftsführer
GP-Forschungsgruppe Institut für
Grundlagen- und Programmforschung
München

Dr. Rolf Kornemann

Präsident
Haus und Grund Deutschland
Berlin

Dr. Dieter Kraemer

Geschäftsführer
VBW Bauen und Wohnen GmbH
Bochum

Frank Krätzschar

Geschäftsführer
LEG Thüringen
Erfurt

Hans-Otto Kraus

Technischer Geschäftsführer
GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH
München

Dr. Holger Krawinkel

Fachbereichsleiter Bauen, Energie, Umwelt
vzbv Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.
Berlin

Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier

Vorstandsvorsitzende
empirica ag
Berlin

Jan Kuhnert

Geschäftsführender Gesellschafter
KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH
Hannover



Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

Ute Kumpf, MdB

Stellv. Vorsitzende im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement
Deutscher Bundestag
Berlin

Dr. Martin Lenz

Bürgermeister
Stadt Karlsruhe

Gernot Mittler

Staatsminister a. D.
Mendig

Prof. Dr. Edda Müller

Ministerin a. D.
Vorsitzende
Transparency International Deutschland e. V.
Berlin

Ulrich Müller

Geschäftsführer
KSD Katholischer Siedlungsdienst e. V.
Berlin

Prof. Dr. Halit Öztürk

Professur für Pädagogik unter besonderer
Berücksichtigung interkultureller und internationaler
Pädagogik, Philosophische Fakultät,
Institut für Pädagogik
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Norbert Portz

Beigeordneter
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Bonn

Reiner Pröbß

Referatsleiter für Jugend, Familie und Soziales
Stadt Nürnberg

Walter Rasch

Senator a. D.
Vorstandsvorsitzender
BFW Bundesverband Freier Immobilien-
und Wohnungsunternehmen e. V.
Berlin

Hans Rauch

Präsident
Verband Wohneigentum e. V.
Bonn

Dagmar Reiß-Fechter

Geschäftsführerin
ESWiD Evangelischer Bundesverband für
Immobilienwesen
in Wissenschaft und Praxis e. V.
Nürnberg

Klaus Riegert, MdB

Sportpolitischer Sprecher
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Stellvertretender Vorsitzender im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement
Deutscher Bundestag
Berlin

Prof. Dr. Roland Roth

Professur für Politikwissenschaft
Hochschule Magdeburg-Stendal
Berlin

Dr. Peter Runkel

Ministerialdirektor a. D.
Institutsdirektor
ifs Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft
und Bausparwesen e. V.
Berlin

Dr. Peter Schaffner

Managing Director Wohnungswirtschaft
Aareal Bank AG
Wiesbaden

Stephan Schmickler

Erster Beigeordneter und Stadtbaurat
Stadt Bergisch Gladbach

Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt

Berlin

Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert

Forschungsprofessur
Neue Formen von Governance
WZB Wissenschaftszentrum
Berlin

Prof. Dr. Klaus Selle

Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
Aachen

Prof. Dr. Heidi Sinning

Studiendekanin Stadt- und Raumplanung
Leiterin Institut für Stadtforschung, Planung und
Kommunikation (ISP)
Fachhochschule Erfurt

Prof. Dr. Guido Spars

Lehrstuhl „Ökonomie des Planens und Bauens“
Fachbereich Architektur
Bergische Universität
Wuppertal

Anna Stratmann

Geschäftsführung
Bundesvereinigung der Landes- und
Stadtentwicklungsgesellschaften e. V.
Berlin

Roland Vogelmann

Prokurist
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Schwäbisch Hall

Jörn von der Lieth

Geschäftsführer
Hilfswerk-Siedlung GmbH
Berlin

Dr. Rena Wandel-Hoefer

Baudezernentin
Landeshauptstadt Saarbrücken

Prof. Dr. Stefanie Wesselmann

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Öffentliches Management
Hochschule Osnabrück

Beate Wilding

Oberbürgermeisterin
Stadt Remscheid

Prof. Dr. Erol Yildiz

Kulturwissenschaftler
Institut für Erziehungswissenschaft
und Bildungsforschung
Lehrstuhl für Migrationsforschung und
Interkulturelle Bildung
Alpen-Adria Universität Klagenfurt

Andreas J. Zehnder

Vorsitzender des Vorstands
Verband der Privaten Bausparkassen e. V.
Berlin

Martin zur Nedden

Leipzig

7.3.3 Der Verbandsrat (§ 11 der Satzung)

Dem Verbandsrat obliegen die Beratung und Aufsicht des Vorstands sowie die in § 11 Abs. 6 der Satzung aufgeführten Beschlussfassungen über:

1. den Vorschlag der von der Mitgliederversammlung zu wählenden/abzuberufenden Mitglieder des Kuratoriums,
2. den Vorschlag des von der Mitgliederversammlung zu wählenden/abzuberufenden Vorstands,
3. die Grundsätze der Verbandspolitik,
4. die Grundsätze der Rechnungslegung,



Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

- den Wirtschaftsplan und den Arbeitsplan,
- die Verwendung von Jahresüberschüssen und Ergebnissrücklagen sowie die Deckung von wirtschaftlichen Unterschüssen und
- über die Tagesordnung der Mitgliederversammlung.

Ehrenvorsitzende:

Dr. Dieter Haack

Bundesminister a. D.
Erlangen

Reinhard Chr. Bartholomäi

Staatssekretär a. D.
Frankfurt am Main

Vorsitzender:

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Stellvertretende Vorsitzende:

Hendrik Jellema

Mitglied des Vorstands
GEWOBAG Gemeinnützige
Wohnungsbauaktiengesellschaft
Berlin

Werner Spec

Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Mitglieder:

A. Udo Bachmann

Essen

Charlotte Britz

Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt
Saarbrücken

Helmut Knüpp

Vorstandsvorsitzender Wankendorfer
Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein eG
Kiel

Prof. Dr. Thomas Olk

Philosophische Fakultät III – Erziehungswissenschaften
Institut für Pädagogik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Elke Pahl-Weber

Institut für Stadt- und Regionalplanung
Technische Universität Berlin

Michael Sachs

Staatsrat
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Freie und Hansestadt Hamburg

Karl-Christian Schelzke

Geschäftsführender Direktor
Hessischer Städte- und Gemeindebund
Mühlheim

Lukas Siebenkotten

Direktor
Deutscher Mieterbund e. V.
Berlin

Peter Stubbe

Vorstandsvorsitzender
GEWOBA
Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen
Bremen

Prof. Christiane Thalgott

München

Hilmar von Lojewski

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen
Wohnen und Verkehr
Deutscher Städtetag
Berlin

Der Verbandsrat ist seit der Mitgliederversammlung am 21. September 2012 dreimal zusammengetreten, nämlich am 12. Dezember 2012, am 13. März 2013 und am 19. Juni 2013. Er hat sich in seinen Sitzungen insbesondere mit der Vorbereitung der verbandspolitischen Entscheidungen, der Verbandsarbeit in den Arbeitsgrup-

pen, der Vorbereitung der öffentlichen Veranstaltungen sowie mit der wirtschaftlichen Situation des Verbands auseinandergesetzt. Außerdem bereitete er die Mitgliederversammlung am 15. November 2013 vor.

7.3.4 Der Vorstand (§ 12 der Satzung)

Herr Peter Rohland wurde gemäß § 12 der Satzung in der Sitzung der Mitgliederversammlung am 21. September 2012 erneut zum Vorstand gewählt.

Laut § 12 Abs. 3 der Satzung führt der Vorstand die Geschäfte des Verbands im Rahmen der Beschlüsse der Verbandsorgane. Er leitet die Geschäftsstelle und ist Dienstvorgesetzter der in ihr tätigen Dienstkräfte sowie der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer der regionalen Geschäftsstellen.

Ihm obliegt insbesondere

1. die Verwaltung des Verbandsvermögens und die laufende Geschäftsführung des Verbands im Rahmen der Richtlinien des Verbandsrats,
2. die Vorbereitung der Mitgliederversammlung,
3. die Vorbereitung der Beratungen und die Durchführung der Beschlüsse der Verbandsorgane und sonstigen Einrichtungen,
4. die Aufstellung des Jahresabschlusses, gemeinsam mit dem Verbandsrat,
5. die Aufstellung des Wirtschaftsplans,
6. die Aufstellung des Arbeitsplans,
7. der Vorschlag für die Berufung eines wissenschaftlichen Beirats und der Arbeitsgruppen sowie die Betreuung dieser Einrichtung,
8. die Bestellung der Geschäftsführerinnen oder der Geschäftsführer der regionalen Geschäftsstellen,
9. die Beratung und Betreuung der regionalen Geschäftsstellen sowie

10. die Herausgabe oder Schriftleitung der Veröffentlichungen des Verbands.

7.3.5 Rechnungsprüfungsausschuss (§ 6 Abs. 3 der Satzung)

Der von der Mitgliederversammlung gewählte Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses sind kraft ihres Amtes geborene Mitglieder des Kuratoriums.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss gehören derzeit an:

Willibald Fussel

Kaarst

Michael Hampel

Düsseldorf

Guido Höffner

Vorstand

Gemeinnützige Baugesellschaft

Kaiserslautern AG

Herbert Jaspert

Bielefeld

Helmut Mäule

Ludwigsburg

Karl-Heinz Nienhaus

Rösrath



Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

7.4 Verbandsstruktur

Sitz des Verbands ist Berlin. Die Verwaltungssitze des Verbands sind Bonn und Berlin. Der Verband ist in regionale Geschäftsbereiche gegliedert.

7.4.1 Bundesgeschäftsstelle/ Hauptgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle in Berlin war zum 30. Juni 2013 mit dem Vorstand des vhw, dem Bereichsleiter für Forschung und Consulting, sieben wissenschaftlichen Referenten, einer Verwaltungsgeschäftsführerin, zwei Referentinnen für Öffentlichkeitsarbeit, drei Verwaltungsmitarbeitern, einem IT-Administrator sowie einer Assistentin des Vorstands, einer Sekretärin und einer Sekretariatsmitarbeiterin besetzt.

Die Fortbildung war mit den Abteilungen Seminar- und Adressverwaltung sowie mit dem Fortbildungssekretariat mit 20 Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern besetzt.

Das Organigramm mit personeller Besetzung und Kontaktdaten steht unter: <http://www.vhw.de/wir-ueberuns/organisation/>.

7.4.2 Geschäftsstellen

Nach § 15 Abs.1 und 2 der Satzung ist der Verband in regionale Geschäftsbereiche gegliedert. Die regionalen Geschäftsstellen werden durch Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer geleitet:

Baden-Württemberg:

Rainer Floren

Sindelfingen

Bayern:

Yves Müller

München

Region Nord:

Petra Paul

Philipp Sachsinger

Niedersachsen / Bremen

Schleswig-Holstein / Hamburg

Hannover

Nordrhein-Westfalen:

Eva Isabel Spilker

Bonn

Region Ost:

Maja Stratmann

Petra Lau

Berlin / Brandenburg

Berlin

Eleonore Papenhagen

Mecklenburg-Vorpommern / Sachsen-Anhalt

Berlin

Petra Dietrich

Sachsen / Thüringen

Leipzig

Region Südwest:

Uwe Tutschapsky

Hessen / Rheinland-Pfalz

Ingelheim

Saarland:

Detlef Loch

Saarbrücken

7.5 Mitgliederbewegung

Im Berichtszeitraum 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013 wurden 104 Mitglieder neu aufgenommen, 21 Mitglieder sind ausgeschieden.

Dem Verband gehören somit zum 30. Juni 2013 1.546 Mitglieder an.

Der Mitgliederbestand weist folgende Struktur auf:

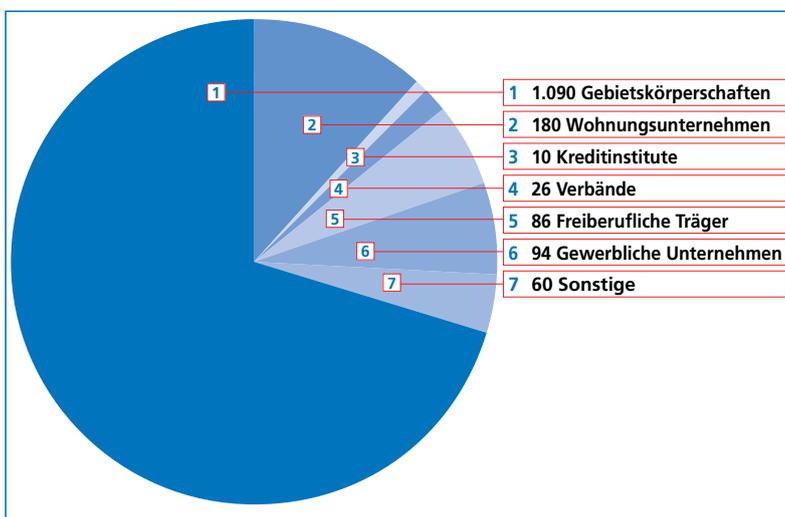


Abb.95: aktuelle Mitgliederverteilung

Grafik: vhw

7.6 vhw-Dienstleistung GmbH

Das Verlagsgeschäft des vhw wird seit dem 1. Januar 1982 in der Rechtsform der vhw-Verlag Deutsches Volkshausstättenwerk GmbH betrieben. Mit dem Eintrag ins Handelsregister B (HRB 397) des Amtsgerichts Bonn am 11. Oktober 2004 wurde der vhw-Verlag in vhw-Dienstleistung GmbH umfirmiert. Mit der Namensänderung wurde auch der Unternehmensgegenstand – bisher Herstellung, Verlegen und Vertrieb von Druckergebnissen – um die Geschäftsfelder Aus- und Fortbildung sowie Beratung Dritter erweitert. Der Geschäftszweck sollte insbesondere auf den Gebieten der Stadtentwicklungs-, Umwelt-, Vermögens- und Wohnungspolitik sowie des Städtebau- und Wohnungsrechts umgesetzt werden. Alleingesellschafter ist der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin, mit einem Geschäftsanteil von 33.233,97 Euro.

Die Gesellschafterversammlung

Die 31. ordentliche Gesellschafterversammlung wird am 29. August 2013 in Berlin stattfinden.

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aktivitäten der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2012/2013 in seiner Sitzung am 12. März 2012 beraten und wird in seiner Sitzung am 29. August 2013 die Vorbereitung für die 31. Gesellschafterversammlung veranlassen. Der Aufsichtsrat wird dem Gesellschafter empfehlen, dem von der Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BMO, Köln aufgestellten Jahresabschluss 2012 zuzustimmen und ihn festzustellen.

Dem Aufsichtsrat gehören derzeit an:

Vorsitzender:

Reinhart Chr. Bartholomäi

Ehrenvorsitzender des vhw e. V.

Mitglieder:

A. Udo Bachmann

Verbandsratsmitglied des vhw e. V.,

Volker Nordalm

Ehrenmitglied des vhw e. V.

Die Geschäftsführung

Geschäftsführer der vhw-Dienstleistung GmbH ist

Peter Rohland

Vorstand des vhw e. V.

Das Verlagsgeschäft

Die vhw-Dienstleistung GmbH gibt Fachliteratur zu den rechtlichen Grundlagen des Planens und Bauens heraus. Die verlegten Fachbücher – überwiegend Textausgaben, Leitfäden und Rechtssprechungssammlungen – unterstützen die Tätigkeit des vhw e. V. im Rahmen der Fort- und Ausbildung. Damit rundet das Fachbuchprogramm das Dienstleistungsangebot des Verbands ab. Der Vertrieb der Broschüren erfolgt durch gezieltes Direktmarketing, u. a. abgestimmt auf das bundesweite Aus- und Fortbildungsprogramm des vhw e. V. Das Fachbuchprogramm des Verlags ist auf aktuelle Fragen in den Bereichen Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft gerichtet. Es umfasst 22 Buchtitel und eine Loseblattsammlung zum ersten Halbjahr 2013. Neuerscheinungen im Berichtszeitraum werden in Kapitel 5.6 vorgestellt.

**vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Berlin/Bonn**

- Bilanz zum 31. Dezember 2012
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

Berlin, den 3. September 2013

gez. Dr. Peter Kurz
Vorsitzender des Verbandsrates

gez. Peter Rohland
Vorstand



Bilanz zum 31. Dezember 2012

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Aktiva

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	796,50		5.347,50	
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	796,50	10.710,00	16.057,50
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		497.263,75		531.877,25
2. Geleistete Anzahlungen		0,00		400,00
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen		33.233,97		33.233,97
		531.294,22		581.568,72
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Fertige Erzeugnisse und Waren		82.545,32		87.381,47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	77.174,55		118.201,25	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.272,18		18.611,43	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	82.214,01	167.660,74	59.313,01	196.125,69
II. Wertpapiere				
Sonstige Wertpapiere		2.284.841,45		1.197.661,04
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
		1.344.651,54		700.550,73
		3.879.699,05		2.181.718,93
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		901,60		7.695,27
		4.411.894,87		2.770.982,92

Passiva

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Verbandsvermögen (Freie Eigenmittel)		616.135,31		616.135,31
II. Rücklagen				
1. Freie Rücklage	375.978,25		49.816,19	
2. Betriebsmittelrücklage	32.582,23	408.560,48	0,00	49.816,19
III. Bilanzgewinn		1.445.313,29		358.744,29
		2.470.009,08		1.024.695,79
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	780.159,00		635.643,00	
2. Sonstige Rückstellungen	494.374,00	1.274.533,00	397.375,00	1.033.018,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen	266.313,18		311.542,25	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	247.846,46		267.392,22	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	153.193,15	667.352,79	134.334,66	713.269,13
		4.411.894,87		2.770.982,92

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

- 1. Mitgliederbeiträge, Spenden**
- 2. Ergebnis aus Lehrgängen**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 3. Ergebnis aus Fernlehrgängen**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 4. Ergebnis Qualitätsmanagement Fortbildung**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 5. Ergebnis aus Adressdatenbank**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 6. Ergebnis aus Seminarverwaltung**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 7. Ergebnis aus Modulsekretariat**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 8. Ergebnis aus Forum Wohnen + Stadtentwicklung**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 9. Ergebnis aus Wissenschaftsarbeit**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 10. Ergebnis aus Veranstaltungen**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
- 11. Sonstige Erträge**
- 12. Personalaufwand mit Gemeinkostencharakter**
- 13. Abschreibungen**
- 14. Sächl. Verwaltungsk. mit Gemeinkostencharakter**
 - a Sonstige sächliche Verwaltungskosten
 - Bundesgeschäftsstelle
 - Hauptgeschäftsstelle
 - b Öffentlichkeitsarbeit
 - c EDV-Kosten
- 15. Zinsen und ähnliche Erträge**
- 16. Abschreibungen Wertpapiere des Umlaufvermögens**
- 17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**
- 18. Außerordentliche Aufwendungen**
- 19. Steuern vom Einkommen und Ertrag**
- 20. Kaufmännischer Jahresüberschuss**
- 21. Jahresüberschuss / Bilanzgewinn**
- 22. Geplante Einstellung in Rücklagen**
- 23. Bilanzgewinn nach gepl. Einstellung in Rücklagen**

2012		2011	
Euro		Euro	
	428.531,59		406.170,02
12.753.410,00		11.814.526,67	
<u>-9.089.228,57</u>	3.664.181,43	<u>-9.144.667,37</u>	2.669.859,30
181.759,07	¹⁾	230.193,95	
<u>-119.467,17</u>	62.291,90	<u>-116.770,14</u>	113.423,81
260.000,00		260.000,00	
<u>-260.000,00</u>	0,00	<u>-260.000,00</u>	0,00
368.570,85		394.336,55	
<u>-375.000,00</u>	-6.429,15	<u>-380.000,00</u>	14.336,55
235.000,00		240.000,00	
<u>-235.000,00</u>	0,00	<u>-240.000,00</u>	0,00
190.000,00			
<u>-190.000,00</u>	0,00		
9.289,92		9.158,61	
<u>-86.367,60</u>	-77.077,68	<u>-86.772,51</u>	-77.613,90
18.308,99		34.309,43	
<u>-944.746,85</u>	-926.437,86	<u>-938.614,94</u>	-904.305,51
14.979,03		2.350,00	
<u>-97.677,05</u>	-82.698,02	<u>-122.038,98</u>	-119.688,98
	43.062,55		44.017,36
	-768.189,24		-1.019.141,81
	-86.831,83		-133.394,72
-474.064,37		-453.012,39	
<u>-27.636,81</u>		<u>-25.320,93</u>	
-501.701,18		-478.333,32	
-129.999,13		-70.080,25	
<u>-55.392,36</u>	-687.092,67	<u>-47.909,99</u>	-596.323,56
	66.853,71		25.005,83
	-18.225,50		-8.417,30
	-36.137,00		-24.676,00
	-130.487,00		-30.487,00
	-1,94		-19,80
	1.445.313,29		358.744,29
	1.445.313,29		358.744,29
	-1.445.313,29		-358.744,29
	0,00		0,00

Bundesgeschäftsstelle

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-0
Fax: 030 390473-190
bund@vhw.de
www.vhw.de

Hauptgeschäftsstelle

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-0
Fax: 0228 72599-19
bonn@vhw.de

vhw-Dienstleistung GmbH

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-30
Fax: 0228 72599-19
verlag@vhw.de

Geschäftsstellen

Baden-Württemberg

Gartenstraße 13
71063 Sindelfingen
Tel.: 07031 866107-0
Fax: 07031 866107-9
gst-bw@vhw.de

Bayern

Rosenbuschstraße 6
80538 München
Tel.: 089 291639-30
Fax: 089 291639-32
gst-by@vhw.de

Region Nord

Niedersachsen/ Bremen Schleswig-Holstein/ Hamburg

Sextrostraße 3
30169 Hannover
Tel.: 0511 984225-0
Fax: 0511 984225-19
gst-ns@vhw.de
gst-sh@vhw.de

Nordrhein-Westfalen

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-40
Fax: 0228 72599-49
gst-nrw@vhw.de

Region Ost

Berlin/ Brandenburg

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-320
Fax: 030 390473-390
gst-bb@vhw.de

Mecklenburg-Vorpommern

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-310
Fax: 030 390473-390
gst-mv@vhw.de

Sachsen

Grassistraße 12
04107 Leipzig
Tel.: 0341 9 84 89-10
Fax: 0341 9 84 89-11
gst-sn@vhw.de

Sachsen-Anhalt

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-310
Fax: 030 390473-390
gst-st@vhw.de

Thüringen

Grassistraße 12
04107 Leipzig
Tel.: 0341 98489-24
Fax: 0341 98489-23
gst-th@vhw.de

Region Südwest

Hessen

Rheinland-Pfalz

Binger Straße 89
55218 Ingelheim
Tel.: 06132 71496-1
Fax: 06132 71496-9
gst-he@vhw.de
gst-rp@vhw.de

Saarland

Heuduckstraße 1
66117 Saarbrücken
Tel.: 0681 92682-10
Fax: 0681 92682-26
gst-sl@vhw.de

Herausgeber: vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V.

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Telefon: 030 39 04 73-0

Fax: 030 39 04 73-190

www.vhw.de

Redaktion: Ruby Nähring/Ruth Twellmann

Gestaltung/

Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Collage/Cover

Fotos/Grafiken: Bündnis für eine Soziale Stadt, Europarat,
fotolia, Google, Schaal/Ritzi, Stadt Filderstadt,
Stadt Ludwigsburg, vhw, Wikipedia, Zürn

Oktober 2013

